



## Die Fallensteller

### Wie der Westen Konflikte und Kriege inszeniert

#### In der **Ukraine:**

Die Skandalchronik des Ukraine Konfliktes, verfasst vom ehemaligen Bundeswehroffizier Wolfgang Effenberger. Sie zeigt ebenso nüchtern wie eindringlich, wie leicht dieser Krieg zu einem Flächenbrand werden kann.

**ab Seite 4**



#### **Russland** treffen, wo es wehtut



Joschka Fischer und FDP-Politiker Alexander Graf Lambsdorff drängen unverhohlen auf einen Konflikt mit Russland und China. Und die Grünen, die einst pazifistische Partei, die den NATO-Austritt forderte, fordert jetzt lauter denn je den Stopp von Nordstream 2.

Von Leo Ensel

**▶ SEITE 8**

#### Westliche Interessen vs. **Tansania**



Der ehemalige Präsident Tansanias und promovierte Chemiker John Pombe Magufuli wurde als „Corona-Leugner“ diskreditiert. Die wahren Hintergründe sind gigantische Nickel und Kobaltvorkommen, die für die westliche Elektromobilität unverzichtbar sind. Von Whitney Webb

und Jeremy Loffredo

**▶ SEITE 26**

#### **Syrien** und der ewige Krieg



Die ehemalige US-Kongressabgeordnete Tulsi Gabbard dekonstruiert den Syrienkrieg der USA – weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Einer der besten Investigativjournalisten der Welt, der als Zeuge in Sachen Syrien vor den Vereinten Nationen aussagte, berichtet.

Von Aaron Maté

**▶ SEITE 45**



## Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21 funktioniert als Netzwerkprojekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung, die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

### Herausgeber:

Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., c/o Marika Matthaei, Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin, E-Mail: verein@free21.org

**Eingetragen** beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.

St.-Nr. 27/680/76987

**Redaktion:** Dirk Pohlmann

**ViSdPR:** Dirk Pohlmann, c/o Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin, Telefon: +49 176 579 12 654 E-Mail: redaktion@free21.org

**Lizenz:** CC BY-NC-ND 4.0.

Alle Artikel auf Free21.org können (sofern nicht anders angegeben) für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei genutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

**Bildrechte des Covers auf Seite 1 dieses Magazins:** Bild 1: ©Shoofit.

Bild 2: Heinrich-Böll-Stiftung, Flickr.com, CC-BY-SA 2.0. Bild 3: Paul Kagame, Flickr.com, CC-BY-NC-ND 2.0. Bild 4: Screenshot YouTube, Aaron Maté

## GEOPOLITIK

### 4 Gefährliches Zündeln am Pulverfass Ukraine

Diese Skandalchronik des Ukraine-Konfliktes zeigt ebenso nüchtern wie eindringlich, wie leicht dieser Krieg zu einem Flächenbrand werden kann. *Vom ehemaligen Bundeswehroffizier Wolfgang Effenberger*



### 8 Russland treffen, wo es weh tut

Joschka Fischer und FDP-Politiker Alexander Graf Lambsdorff drängen unverhohlen auf einen Konflikt mit Russland und China. Und niemand fordert lauter als die Grünen – die einst als pazifistische Partei antraten und den NATO-Austritt Deutschlands vorschlugen – den Abbruch von Nordstream 2. *Von Leo Ensel*



### 11 Anti-Putin-PSYOP's verstehen: Vorbereitungen für den Krieg



Die erste Phase der US Anti-Putin Psy-Ops zur Einleitung eines Regime-Changes in Russland, seine Dämonisierung als teuflischer Machtpolitiker, ist gescheitert. Jetzt beginnt eine neue Strategie: Putin soll in Russland als geheimer und willfähriger Agent ausländischer Kräfte diskreditiert werden. *Von Andre Raevsk (The Saker)*

### 17 Das Gesetz des Dschungels

Der Meister des geopolitischen Journalismus analysiert die Rede Wladimir Putins zur Lage der russischen Nation. Sie war eine Generalabrechnung mit der Außenpolitik der USA und ihres willfährigen transatlantischen Netzwerkes in Europa. *Von Pepe Escobar*

### 26 Tansanias verstorbener Präsident John Pombe Magufuli

Die Hintergründe der Diskreditierung des promovierten Chemikers und ehemaligen Präsidenten Tansanias als „Corona-Leugner“ sind gigantische Nickel und Kobaltvorkommen, die für die westliche Elektromobilität unverzichtbar sind. *Von Whitney Webb und Jeremy Loffredo*



## GESELLSCHAFT

### 20 Die offene Gesellschaft und ihre neuen Feinde

Ein brillantes Essay des Wissenschaftsphilosophen und Leopoldina-Mitgliedes über die Gefahr eines neuen Totalitarismus. *Von Prof. Michael Esfeld*

### 39 Die „unerhörten“ OPCW-Syrien-Whistleblower

Der größte Fake News Skandal der letzten Jahre: Der angebliche Giftgasangriff des syrischen Präsidenten Assad hat nie stattgefunden, wie die Inspektoren der OPCW festgestellt haben und die Führung ihrer Organisation auf politischen Druck verschweigt. *Von Aaron Maté*



### 45 Der ewige Krieg in Syrien



Aaron Maté, einer der besten Investigativjournalisten der Welt, der als Zeuge in Sachen Syrien vor den Vereinten Nationen aussagte, berichtet, wie die ehemalige US Kongressabgeordnete Tulsi Gabbard den Syrienkrieg der USA dekonstruiert - weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit. *Von Aaron Maté*

# Glaubwürdigkeitsruinen

Liebe Leserinnen und Leser,

Der militärisch organisierte Westen, also die USA, die Staaten des ehemaligen britischen Empire sowie das von den USA dominierte Militärbündnis NATO, arbeiten seit Jahren systematisch an einer Konfrontation mit Russland. Eine Kette von dubiosen und ungeklärten Ereignissen, vom Massaker auf dem Maidan über den Abschuss von MH 17, den angeblichen Hackerangriffen der Russen gegen die USA, die Manipulation der dortigen Präsidentschaftswahlen bis zur angeblichen Vergiftung der Skripals und des rechtslastigen Bloggers Andrej Nawalny durch Russland wird genutzt, um die angebliche Ruchlosigkeit Russlands unter Präsident Wladimir Putin zu belegen. Jeder Fall ist mit massiven Fragezeichen versehen oder bereits widerlegt, so wie „Russiagate“, die Kollaboration von Donald Trump mit Putin zum Schaden der USA, die es nie gegeben hat, oder „Putins Palast“, der ihm gar nicht gehört, der aber eine äußerst populäre You-Tube Fake News Story war.

Jeder Fall ist von der Beweislage her ein Kartenhaus, alle gemeinsam erzeugen den Eindruck, dass irgendetwas dran ist an den westlichen Vorwürfen. Mittlerweile ist die Dämonisierung des russischen Präsidenten soweit fortgeschritten, dass der neue US Präsident Joe Biden ihn einen Killer nennt, der keine Seele habe. Das sind bisher einzigartige verbale Entgleisungen, die die Frage aufwerfen, welche Wirkung sie erzielen sollen. Wann immer in der Politik moralisch geladene Ereignisse wie aus einem Hollywood-Drehbuch medial genutzt werden, um strategische Ziele zu erreichen, ist äußerste Vorsicht geboten. Mit solchen Operationen der psychologischen Kriegsführung arbeiten insbesondere „demokratische“ Regierungen, die durch Wahlen und Öffentlichkeit legitimiert sein müssen, wenn sie die Bevölkerung ihrer Länder auf Kriegskurs bringen wollen. Solche Ereignisse ermöglichen ihnen, den Eindruck zu er-

wecken, nur auf die medial vermittelten Willensbekundungen einer Medienöffentlichkeit zu reagieren, die mit steigender Vehemenz genau das von ihr fordert, was die Regierung politisch durchsetzen will.

Zur Erinnerung: Es war die ehemalige Sowjetunion, die unter ihrem Generalsekretär und späteren Präsidenten Michail Gorbatschow nicht mehr als Feind zur Verfügung stand, sondern mit immer neuen Vorschlägen Abrüstungsabkommen und schließlich das Ende des Kalten Krieges ermöglichte. Gorbatschow und seine Frau Raissa wollten die Sowjetunion wie in der Zeit nach 1917 zu Sehensort für Menschen guten Willens aufbauen, die trotz der Herrschaft Stalins und der bleiernen Jahre Breschnews an einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz mitwirken wollten. Aber ein wesentlicher Teil der Politikelite des Westens sah in Gorbatschow vor allem die Möglichkeit, den Kalten Krieg triumphal zu gewinnen, den sowjetischen Bären zu töten, ihn auszuweiden und sein Fell als Trophäe an die Wand zu hängen. Die Utopie dieser Akteure war es, die Ressourcen des größten Flächenstaates der Welt unter die Herrschaft von internationalen US-Konzernen ausbeuten zu können. Fast wäre diese Vision des kapitalistischen Endsieges unter dem Alkoholiker Boris Jelzin Wirklichkeit geworden, hätte der nicht am Ende seiner Amtszeit Wladimir Putin ins Amt verholfen. Aus der Sicht der Mehrheit der Russen hat Putin den Ausverkauf Russlands gestoppt und dem Land zu neuer Größe verholfen. Sie werden nach den erlittenen Demütigungen den Beteuerungen des „Freien Westens“ nicht mehr glauben, dass es in dessen Außenpolitik um die Durchsetzung von Menschenrechten und Demokratie ginge, um das in der US Verfassung garantierte „Streben nach Glück“ für alle Menschen.

Das Ergebnis dieser Fehlentwicklung ist eine Erosion der Glaubwürdigkeit

des Westens, die nur durch eine radikale Umkehr repariert werden könnte. Aber die ist nicht in Sicht. Eher ist ein Jugoslawienkrieg 2.0 in der Ukraine wahrscheinlich, der als Regionalkonflikt geplant ist, aber zum Flächenbrand werden kann. Vielleicht sollten wir etwas gegen diese „Zukunftsvision“ unternehmen, statt zuzuschauen?

*Ihr Dirk Pohlmann, Chefredakteur*





Dieser Text wurde zuerst am 21.04.2021 auf [www.kenfm.de](http://www.kenfm.de) unter der URL <<https://kenfm.de/gefaehrliches-zuendeln-am-pulverfass-ukraine/>> veröffentlicht.  
Lizenz: © Wolfgang Effenberger, KenFM



Brennende Barrikaden auf dem Majdan am 19. Februar 2014 (Foto: Mstyslav Chernov, Wikipedia, CC BY-SA 3.0)

# Gefährliches Zündeln am Pulverfass Ukraine

Am 15. April 2021 forderte der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, vor dem Hintergrund russischer Manöver an der Grenze zur Ukraine nicht nur Solidaritätsbekundungen, sondern modernste Waffensysteme zur Verteidigung. Zugleich bekräftigte er die Forderung nach einer Nato-Mitgliedschaft seines Landes. Wenige Stunden zuvor hatten US-Präsident Biden und Bundeskanzlerin Merkel in einem Telefonat über die Lage im Osten der Ukraine gesprochen. Nach Angaben von Regierungssprecher Seibert waren sich beide darüber einig, dass Moskau zu einer Deeskalation der Situation beitragen müsse. [1]

Dass diese Forderung von Personen kommt, die 2013/2014 tief in den Staatsstreich in der Ukraine verwickelt waren, zeugt von einem beharrlichen Willen, einen Krieg zu provozieren, dessen Folgen in Europa und vielleicht der ganzen Welt niemand absehen kann. Wenn Biden und Merkel sich an den vom Westen mit präziser Kaltblütigkeit geplanten und unter Zuhilfenahme von neofaschistischen Kräften wie der Swoboda-Partei und dem Asow-Regiment durchgeführten Putsch auch nicht mehr erinnern wollen, dann müssen es andere tun.

Am 13. Dezember 2013 ließ die damalige US-Beauftragte für europäische und asiatische Angelegenheiten, Victoria Nuland, im „National Press Club“ die Welt wissen, dass die USA 5 Milliarden Dollar in den Aufbau „demokratischer Institutionen“ in der Ukraine investiert haben. [2]

3,5 Millionen Dollar davon hatte das „National Endowment for Democracy“ (NED) in über 60 Zahlungen an knapp 60 verschiedene Einrichtungen in die Ukraine geleitet [3]. Diese unter dem Motto „Supporting Freedom around the World“ stehende Organisation, die also der Welt die Freiheit bringen will, hat natürlich den Auftrag, massiv politisch Einfluss zu nehmen. Das NED war 1983 von US-Präsident Reagan mit dem Ziel gegründet worden, um die CIA von rufschädigenden Aufgaben zu entlasten. Der an der Ausarbeitung der Gesetzgebung zur Gründung des NED beteiligte US-Historiker Allen Weinstein erklärte 1991: „Vieles von dem, was wir heute tun, wurde vor 25 Jahren im Geheimen von der CIA getan“ [4]. Und Carl Gershman, während der ersten Amtszeit der Reagan-Administration Botschafter

## Autor: Wolfgang Effenberger

Nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr studierte er Politikwissenschaft und Höheres Lehramt. Er ist Autor mehrerer Sachbücher über Militär- und Politikstrategie und lebt bei München.



der Vereinigten Staaten beim Menschenrechtsrat der UN und ab 1984 Präsident des „National Endowment for Democracy“, sagte 1986:

„Es wäre schrecklich für demokratische Gruppen auf der ganzen Welt, als von der C.I.A. subventioniert angesehen zu werden. Wir haben das in den 60er Jahren gesehen, und deshalb wurde diese Unterstützung eingestellt. Wir waren nicht in der Lage, dies zu tun, und deshalb wurde die Stiftung gegründet.“ [5]  
**National Endowment, 1986**

### Ständige NATO-Aggression vor der Haustür Russlands seit 2014

Im Moment läuft das NATO-Manöver DEFENDER 21 an. Über 30.000 Soldaten aus 26 Nationen proben von 12 Ländern aus den Anmarsch gen Osten – eine erneute Provokation Russlands! Schwerpunkte dabei sind Estland, Rumänien und Bulgarien. Die Manöver werden im Juni mit einer Strategie-Übung für die Hauptquartiere abgerundet. Deutschland ist dabei die Drehscheibe für alle Truppentransporte durch den Kontinent. Darauf hatte Generalsinspekteur Eberhard Zorn Ende September 2020 in der FAZ hingewiesen: „Wir beteiligen uns wesentlich am zentralen Abschreckungsinstrument, der Nato-Speerspitze, die wir 2023 wieder anführen. Unsere Heeresbrigaden führen multinationale Verbände zur Unterstützung Litauens. Und unsere Marine ist in allen Nato-Einsatzverbänden in Mittelmeer, Nord- und Ostsee aktiv. [...] Durch unsere Lage mitten im europäischen NATO-Gebiet sind wir Drehscheibe alliierter Truppenbewegungen und rückwärtiger Operationsraum, damit aber auch potentiell Angriffsziel. Wir befinden uns nach wie vor in Reichweite konventioneller und nuklearer Waffen [6].“ Ein Mann, der einmal geschworen hat, das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, erklärt dieses Land ungerührt zum Spielfeld eines Dritten Weltkriegs.

Bei DEFENDER 21 sollen die Militärs mit einer Vielzahl von Verlegerouten aus den USA quer durch Europa bis zur russischen Grenze vertraut gemacht

### NATO-Übungen von März bis Juni 2021(10)

GRIFFIN LIGHTING 21	01.-12.3.	Polen/Baltikum
NATO ADVISORY LIAISON	01.-16.3.	Pristina
TEAM PRE-DEPLOYMENT TRAINING (NALT) I 21		
KFOR ST I 21	09.-17.3.	Pristina
RAMSTEIN GUARD 1 21 DNK	21.-25.3.	Dänemark
NOBLE JUMP I 21	19.2.-10.4.	Italien
DYNAMIC MASTER 21	12.-13.4.	United Kingdom
RAMSTEIN GUARD 2 21	12.-23.4.	Niederlande
STEADFAST COBALT 21	12.-30.4.	Europa
RS TE II 21 (Resolute Support Training Event II 21)	13.-22.4.	Polen
LOYAL BONUS I 21	18.-22.4.	Türkei
RAMSTEIN GUARD 3 21	03.-14.5.	Portugal
DYNAMIC MERCY - L 21	10.-21.5.	Ostsee
CWIX 21	10.-22.5.	Polen
RS KLT I 21	12.-20.5.	Niederlande
(Resolute Support Key Leader Training I 21)		
NOBLE JUMP II 21	19.5.- 01.6.	Rumänien
STEADFAST DEFENDER 21	20.5.-22.6.	Rumänien/ Bulgarien/Ungarn

Geplante Nato-Übungen von März bis Juni 2021. [7] (Tabelle: Nato)

werden. Dazu gehören in einem simulierten „Schlachtfeld-Netzwerk“ von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer zahlreiche Kriegsübungen. In seiner Planung griff das Militärbündnis auf Übungsformate zurück, die es in der Region schon seit Jahren regelmäßig umsetzt. [7]

### Ein bewährtes Kriegsquartett

Präsident Joe Biden, Außenminister Antony Blinken – 2013 war er Nationaler Sicherheitsberater von Vizepräsident Joe Biden – und Victoria Nuland sind heute dabei, den Krieg in der Ukraine wieder aufzunehmen, den alle drei 2013/14 aufgelöst hatten. Geoffrey R. Pyatt, der vierte im Bunde – damals Botschafter in der Ukraine – ist heute Botschafter in Griechenland, das im Nordosten an Bulgarien grenzt. Nun schüren sie in der Ukraine die Kriegsfeuer, dirigieren Kriegsschiffe ins Schwarze Meer und halten Atombomber startklar. [8]

Die ukrainische Bevölkerung wird seit Anfang März 2021 zielgerichtet auf einen Konflikt mit Russland eingestimmt. Am 14. März 2021 titelte die FAZ: „Klitschko trainiert bei Schießübung Panzerabwehr“. Der ehemalige Boxweltmeister Klitschko, Bürgermeister von Kiew und 2014 Merckels Aspirant für das ukrainische Präsidentenamt, war mit seinen Mitarbeitern

und den Stadtbezirksbürgermeistern ins Manöver gezogen, um sich öffentlichkeitswirksam in einem Erdloch von einem heranrollenden Panzer überrollen zu lassen, anschließend Handgranaten zu werfen und mit dem Maschinengewehr zu feuern. Eindrucksvoll waren auch die Bilder, die Klitschko an der sowjetischen Flugabwehrkanone SU-23 zeigen. „Ich bin überzeugt“, so der Bürgermeister, „dass wir gut vorbereitet sein müssen, um bei Bedarf unsere Stadt und ihre Einwohner und unseren Staat zu verteidigen“. [9]

Zehn Tage später trat die Verordnung des Präsidenten der Ukraine N2117/2021 „über die Entscheidung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine vom 11. März 2021 zur Strategie der Entbesetzung und Wiedereingliederung des vorübergehend besetzten Gebiets der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol“ in Kraft.

„In Übereinstimmung mit Artikel 107 der Verfassung der Ukraine beschließt ich (Präsident Wolodymyr Selensky):

1. Umsetzung des Beschlusses des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine vom 11. März 2021 „Über die Strategie der Entbesetzung und Wiedereingliederung des vorübergehend besetzten Gebiets der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol“ (im Anhang).

2. Genehmigung der Strategie der Entbesetzung und Wiedereingliederung des vorübergehend besetzten Gebiets der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol (im Anhang).
3. Die Kontrolle über die Umsetzung des durch dieses Dekret erlassenen Beschlusses des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine liegt beim Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine.“ [10]

Dieses Dekret kommt einer ukrainischen Kriegserklärung an Russland sehr nahe. Am 6./7. April 2021 trafen sich der ukrainische Präsident und sein Generalstabschef Chomtschak mit dem Vorsitzenden des NATO-Militärkomitees, dem Briten Stuart Perch, Chef der Royal Air Force, der anschließend erklärte: „Die NATO-Mitglieder sind vereint, um die illegale Annexion der Krim durch Russland und seine aggressiven Aktionen in der Ostukraine zu verurteilen“ [11].

Kritik- und gedankenlos operiert ein hoher Offizier der NATO mit der Version „gewaltsame Annexion“ der Krim. Wenn es so gewesen wäre, müsste der Westen in der Tat Zwangsmaßnahmen ergreifen – ähnlich dem Vorgehen bei der gewaltsamen Annexion Kuwaits durch den Irak.

## Quellen:

- [1] Deutschlandfunk „Botschafter Melnyk: Reale Kriegsvorbereitungen Russlands“, am 15.4.2021: [https://www.deutschlandfunk.de/ukraine-botschafter-melnyk-reale-kriegsvorbereitungen.2932.de.html?drn:news\\_id=1248634](https://www.deutschlandfunk.de/ukraine-botschafter-melnyk-reale-kriegsvorbereitungen.2932.de.html?drn:news_id=1248634)
- [2] Voltaire Network, Victoria Nuland „Remarks by Victoria Nuland at the U.S.-Ukraine Foundation Conference“, am 13.12.2013: <https://www.voltairenet.org/article182080.html>
- [3] NED National Endowment for Democracy „Ukraine 2020“, am 22.02.2021: <https://www.ned.org/region/central-and-eastern-europe/ukraine-2020/> <https://www.ned.org/region/central-and-eastern-europe/ukraine-2018/>
- [4] The Washington Post, David Ignatius „Innocence abroad: The new world of spyless coups“, am 22.9.1991: <https://www.washingtonpost.com/archive/opinions/1991/09/22/innocence-abroad-the-new-world-of-spyless-coups/92bb989a-de6e-4bb8-99b9-462c76b59a16/>
- [5] The New York Times, David K. Shipler „MISSIONARIES FOR DEMOCRACY: U.S. AID FOR GLOBAL PLURALISM“, am 1.6.1986: <https://www.nytimes.com/1986/06/01/world/missionaries-for-democracy-us-aid-for-global-pluralism.html>
- [6] Frankfurter Allgemeine Zeitung, Eberhard Zorn „Wir brauchen eine vollausgestattete Bundeswehr“, am 1.10.2020: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/generalinspekteur-zorn-fuer-praesente-bundeswehr-im-alltag-16977307.html>
- [7] NATO Shape (Supreme Headquarters Allied Powers Europe) „Allied National Exercises“, am 6.4.2021: <https://shape.nato.int/exercises/allied-national-exercises>

Doch die Verhältnisse auf der Krim sind anders. Hier hat am 16. März 2014 die auf der Krim lebende Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit in einem Referendum beschlossen, sich von der Ukraine zu lösen und nach Russland zurückzukehren (innerhalb der Sowjetunion war die Krim 1954 der Ukraine zugeordnet worden). Laut einer Umfrage des 2015 vom Deutschen Bundestag eingerichteten Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) betrachten sich 80 Prozent der Krimbewohner als russische und nur 3 Prozent als ukrainische Bürger. 13,3 Prozent sehen sich nur als Bürger der Krim, darunter viele Tataren, von denen sich rund die Hälfte auch als Russen bezeichnen. Privat sprechen mehr als 80 Prozent nur Russisch, 1 Prozent nur Ukrainisch und 2 Prozent nur Tatarisch. [12]

In dem Referendum von 2014 sprachen die Bürger der Krim ihren Willen aus, dass Russisch weiterhin Amtssprache bleibt; zusätzlich wollten sie vermeiden, wie die Russen im Donbass von den Kiewer Neonazi-Bataillonen angegriffen zu werden.

Als Oberbefehlshaber reiste nun am 8. April 2021 der Staatschef in Kampfmontur an die Frontlinie im Osten zur Motivation der regierungstreuen ukrainischen Soldaten [13]. Von seinem Wahlkampfversprechen, in erster Linie für Frieden im Donbass zu sorgen, ist anscheinend nichts übriggeblieben. Im Gegenteil, er strebt nun die „Befreiung“ der Krim an. Will Präsident Selensky den gleichen Fehler machen wie 2008 der georgische Staatspräsident Saakaschwili? Die Vermutung liegt nahe, denn Selensky, der TV-Comedian ohne jede politische Erfahrung, hat Anfang Mai 2020 Saakaschwili zum Berater der ukrainischen Regierung gemacht [14]. Wer zog hier die Fäden? Trump oder die seit den 90er Jahren kriegsaffine Finanzelite?

Können die jüngsten Vorgänge in Russlands Nachbarschaft ohne Zustimmung der Finanziere des „Failed State“ Ukraine erfolgt sein? Diejenigen, die Bidens über 40jährige politische Laufbahn samt seinem Engagement für weltweite Kriegseinsätze verfolgt haben, fürchten, dass nach Trumps Regierungszeit die US-Aggressionen im Rahmen der Regime-Change-Politik des „Friedensfürsten“ Obama wieder aufgenommen wurden. Kann es sein, dass

das Dekret 117/2021 die Grundlage für die Reaktion Moskaus ist? Was, wenn aus dem Ukraine-Konflikt ein europäischer Konflikt wird? In seinem Gefolge könnte Europa zerstört werden und Weltwirtschaft und –finanzmärkte in ungeahnte Turbulenzen geraten. Bei der derzeitigen globalen Verschuldung könnte ein Krieg eine willkommene Ausrede für den Zusammenbruch abgeben. Was geht in den Köpfen der westlichen Geo-Strategen vor?

Es scheint jedenfalls alles so gewollt zu sein. Selensky befindet sich mit seinem Dekret im Einklang mit der am 4. Dezember 2014 im US-Kongress verabschiedeten Resolution H. Res. 758, die „das Vorgehen der russischen Föderation unter Präsident Wladimir Putin als eine Politik der Aggression gegen Nachbarstaaten mit dem Ziel der politischen und wirtschaftlichen Dominanz scharf verurteilt.“ [15]

Dieser Vorbemerkung folgt ein umfangreiches Sündenregister Russlands. Gebetsmühlenartig wird die Russische Föderation u.a. beschuldigt,

- in die Ukraine einmarschiert zu sein und deren Souveränität verletzt zu haben,
  - Computerattacken in den USA durchzuführen,
  - 2008 in Georgien einmarschiert zu sein,
  - an Syrien Waffen verkauft zu haben etc.
- Am Ende der langen Reihe meist unbewiesener oder zumindest fraglicher Vorwürfe folgen 22 Forderungen, die den Kongress und den Präsidenten zu Handlungen zwingen sollen. So soll der Präsident unter anderem
- auf die US-Verbündeten und Partner in Europa und die anderen Staaten der Welt hinwirken, gezielte Sanktionen gegen die Russische Föderation und ihre Führung zu verhängen, sowie den Abzug der russischen Truppen samt ihrer Ausrüstung von ukrainischem Territorium durchzusetzen,
  - in Abstimmung mit dem Kongress den Zustand und die Einsatzbereitschaft der US-Streitkräfte und der Streitkräfte der anderen NATO-Staaten zu überprüfen sowie die aus der Beistandsklausel (Art. 5) erwachsene Verpflichtung zur kollektiven Verteidigung ernst zu nehmen und dafür Sorge zu tragen, dass eventuelle Mängel abgestellt werden.

Noch am Tag der Verabschiedung der Resolution bezeichnete sie das Kongress-Urgestein Ron Paul auf seiner Homepage

in dem Artikel „Reckless Congress ‚Declares War‘ on Russia“ als „eines der übelsten Gesetze.“ [16]

Und der kanadische Ökonom Michel Chossudovsky sorgte sich um die weltweite Sicherheit. Für ihn hatte das Abgeordnetenhaus dem amerikanischen Präsidenten und Oberkommandierenden der Streitkräfte praktisch „grünes Licht“ gegeben, ohne weitere Zustimmung des Kongresses, in einen Prozess der militärischen Konfrontation mit Russland einzutreten [17]. „Diese historische Abstimmung“, so Chossudovsky, „die möglicherweise das Leben von hunderten Millionen Menschen weltweit beeinflusst, wurde in den Medien praktisch völlig ausgeblendet [18].“ Bis heute weiß die Öffentlichkeit kaum etwas davon! Der ehemalige stellvertretende Finanzminister der Regierung Reagan und Herausgeber des Wall Street Journal, Paul Craig Roberts, sah damals in der Resolution gegen Russland ein Paket von Lügen [19], und er fragt heute: Werden wir in einem Krieg zerstört werden, bevor wir unsere Freiheit an die inszenierte „Covid-Pandemie“ des Establishments verlieren?

„Ich hätte nie gedacht“, so Paul Craig Roberts weiter, „dass sich eine Regierung als so dumm erweisen würde wie die britische Regierung, die 1939 Polen eine Militärgarantie gab, was die polnische Militärdiktatur veranlasste, die Gespräche mit Deutschland über die Rückgabe der durch den Versailler Vertrag gestohlenen deutschen Gebiete und Menschen abzubrechen.“ Für Roberts steht fest: „Diese britische Garantie war die Ursache des Zweiten Weltkriegs“ [20].

Sollten die US-Marionetten in der Ukraine der amerikanischen „Garantie“ vertrauen und danach handeln, wird nach Roberts die Ukraine aufhören, als unabhängiges Land zu existieren, und sollte sich Washington einmischen, werden die USA aufhören zu existieren.

Auf die Beleidigungen und Provokationen Washingtons – hier sei u.a. an Bidens indirekte Aussage erinnert, Putin sei ein seelenloser Killer – hat der Kreml diesmal mit eindrucksvollen Manövern an der Ostgrenze Russlands reagiert. Selbstbewusst verkündete der russische Verteidigungsminister am 13. April 2021, dass genügend russisches Militär aktiviert wurde, um mit der Ukraine, der NATO und den

USA fertig zu werden. Für die Kriegsspiele von USA/Nato/Ukraine wurde übrigens kurzerhand die Straße von Kertsch (Asowsches Meer) für Kriegsschiffe bis Oktober 2021 geschlossen [21].

Am 15. April 2021 gab Präsident Biden eine Pressekonferenz, in der er sich gegenüber der russischen Regierung sehr konziliant äußerte, die Verantwortung der beiden Mächte für die globale Stabilität betonte, die russischen Sanktionen als angemessen und zurückhaltend bezeichnete und seinen Vorschlag für ein Gipfeltreffen im kommenden Sommer erneuerte [22].

Dieser Vorgang scheint die Vermutung zu bestätigen, dass eine Eskalation der von den Washingtoner Kriegstreibern verursachten Situation vermieden werden kann. Roberts zollt dafür der russischen Führung Respekt. Es sieht ganz danach aus, dass in Deutschland ab dem kommenden Herbst eine grün-rote Regierung die Geschicke des Landes bestimmt. Im Herbst 1998 war Rot-Grün der Wunschpartner von US-Präsident Bill Clinton, da sich eine Regierung Kohl – so Willy Wimmer – dem Krieg gegen Restjugoslawien verweigert hätte. Fischer und den Grünen ist es zu verdanken, dass aus großen Teilen der deutschen Friedensbewegung begeisterte Anhänger des USA/NATO-Menschenrechtsimperialismus geworden sind. Der Krieg gegen Jugoslawien wird nach der damaligen US-Außenministerin auch der Albright-War genannt. Danach gefragt, ob das durch die UN-Resolution 661 ausgelöste Sterben von 500.000 Kindern im Irakkrieg den Preis „wert“ sei, antwortete sie: „Wir meinen, dass sie den Preis wert sind.“ [23]

Die zynische Antwort eines Washingtoner Falken. Es gibt dort sicherlich auch Kräfte, für die Menschlichkeit nicht nur eine Worthülse ist und die sich gegen einen Krieg mit Russland stemmen. Vor allem für die US-Army wäre ein Landkrieg gegen Russland desaströs. Die US-Navy dürfte dagegen ihren Hauptgegner in der Volksrepublik China sehen, während große Teile der ideologiesteuerten „Neocons“, Teile der demokratischen Partei und Kräfte vor allem des spekulativ operierenden Kapitals, bereit sein dürften, eine strikt antirussische und somit risikoreiche Politik zu treiben. Wie bei den beiden Weltkriegen werden in ihren Augen ohnehin wieder andere das Risiko tragen.

## Quellen:

- [8] Vortaire Network, Manlio Dinucci „Die Kunst des Krieges - Ukraine, eine US-Bombe in Europa“, am 13.4.2021: <<https://www.voltairenet.org/article212706.html>>
- [9] Frankfurter Allgemeine Zeitung „Bei Bedarf Kiew verteidigen - Klitschko trainiert bei Schießübung Panzerabwehr“, am 14.3.2021: <<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/bei-bedarf-kiew-verteidigen-klitschko-trainiert-bei-schiessuebung-panzerabwehr-17244659.html>>
- [10] Offizielle Seite des Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selensky „Verordnung des Präsidenten der Ukraine Nr. 117/2021“: <<https://www.president.gov.ua/documents/1172021-37533>>
- [11] Vortaire Network, Manlio Dinucci „Die Kunst des Krieges - Ukraine, eine US-Bombe in Europa“, am 13.4.2021: <<https://www.voltairenet.org/article212706.html>>
- [12] Heise online/Telepolis, Florian Rötzer „Separatismus: Auch jetzt würden noch fast 80 Prozent der Krim-Bürger für die Sezession stimmen“, am 28.11.2017: <<https://www.heise.de/tp/features/Separatismus-Auch-jetzt-wuerden-noch-fast-80-Prozent-der-Krim-Buerger-fuer-die-Sezession-stimmen-3902899.html>>
- [13] Kyiv Post, Veronika Strashko „Zelensky visits front line amid Russian escalation in Donbas (PHOTOS)“, am 9.4.2021: <<https://www.kyivpost.com/multimedia/photo/zelensky-visits-front-line-amid-russian-escalation-in-donbas-photos>>
- [14] Deutsche Welle, Roman Goncharenko, Markian Ostaptschuk „Selenskyj ernennt Saakaschwili zum Top-Berater“, am 8.5.2020: <<https://www.dw.com/de/selenskyj-ernennt-saakaschwili-zum-top-berater/a-53368635>>
- [15] Congress.gov „H.Res.758 - Strongly condemning the actions of the Russian Federation, under President Vladimir Putin, which has carried out a policy of aggression against neighboring countries aimed at political and economic domination.“, am 4.12.2014: <<https://www.congress.gov/bills/113/congress/house-resolution/758/text>>
- [16] Ron Paul Institute, Ron Paul „Reckless Congress ‚Declares War‘ on Russia“, am 4.12.2014: <<http://www.ronpaulinstitute.org/archives/featured-articles/2014/december/04/reckless-congress-declares-war-on-russia>>
- [17] Global Research, Michel Chossudovsky „America is on a ‘Hot War Footing’: House Legislation Paves the Way for War with Russia?“, am 5.12.2014: <<https://www.globalresearch.ca/america-is-on-a-hot-war-footing-house-legislation-paves-the-way-for-war-with-russia/5418035>>
- [18] siehe [17]
- [19] Paul Craig Roberts „Russia Has Western Enemies, Not Partners“, am 5.12.2014: <<https://www.paulcraigroberts.org/2014/12/05/russia-western-enemies-partners-paul-craig-roberts/>>
- [20] Paul Craig Roberts „One Question Before Us Is: Will We Be Destroyed in War Before We Lose Our Civil Liberty to the Establishment’s Orchestrated ‘Covid Pandemic’?“, am 14.4.2021: <<https://www.paulcraigroberts.org/2021/04/14/one-question-before-us-is-will-we-be-destroyed-in-war-before-we-lose-our-civil-liberty-to-the-establishments-orchestrated-covid-pandemic/>>
- [21] New York Post, Mark Moore „Putin closes off access to Black Sea after Biden’s about-face on Ukraine“, 15.4.2021: <<https://nypost.com/2021/04/15/putin-closes-off-access-to-black-sea-after-biden-blinks/>>
- [22] The White House, President Joe Biden „Remarks by President Biden on Russia“, am 15.4.2021: <<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2021/04/15/remarks-by-president-biden-on-russia/>>
- [23] CBS News, Madeleine Albright „Punishing Saddam“, am 12.5.1996: <<https://www.youtube.com/watch?v=FbIX1CP9qr4>>

Joschka Fischer war von 1998 bis 2005 Außenminister und Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland und vom 1. Januar 1999 bis zum 30. Juni 1999 Präsident des Rats der Europäischen Union. Seit dem Ende seiner politischen Karriere (2005) ist er als Berater, Publizist und Lobbyist tätig. (Foto: Flickr / Heinrich-Böll-Stiftung, Lizenz: CC BY-SA 2.0)



## Fischer und Lambsdorff machen mobil: „Russland dort treffen, wo es wirklich wehtut!“

Nicht nur Amerika, auch Joschka Fischer „is back“! Ende April zeigte er zusammen mit Alexander Graf Lambsdorff im SPIEGEL Russland, wo es langzugehen hat. Erstes Opfer: Natürlich Nordstream 2.

**Autor:** Dr. Leo Ensel

ist Konfliktforscher und interkultureller Trainer mit Schwerpunkt „Post-sowjetischer Raum und Mittel-/Ost-Europa“. Er ist Autor einer Reihe von Studien über die wechselseitige Wahrnehmung von Russen und Deutschen. Im neuen Ost-West-Konflikt gilt sein Hauptanliegen der Überwindung falscher Narrative und der Rekonstruktion des Vertrauens.



Seien wir nicht ungerecht: Es ist ja nicht so, dass Deutschland Joschka Fischer überhaupt nichts zu verdanken hätte! Immerhin hat er uns als rot-grüner Außenminister 2003 davor bewahrt, von den USA in ihre Koalition der Willenlosen und damit in den Irak-Krieg hineingezogen zu werden. Sein trotziges „Excuse me, I am not convinced!“[1] mit leichtem Bibbern in der Stimme Richtung Donald Rumsfeld am 8. Februar 2003 auf der Münchner Sicherheitskonferenz war eine Sternstunde deutscher Selbstbehauptung und hätte der Startschuss für eine Emanzipation vom großen Bruder jenseits des Atlantiks werden können ...

**Das war es aber auch schon.**

Abgesehen von diesem Sündenfall bewährte sich der Frankfurter Ex-Spon-

ti stets als verlässlicher Transatlantiker, vermutlich zur vollen Zufriedenheit seiner Partner jenseits des großen Teichs. Legendär sein enges Verhältnis zu Madeline Albright! Mittlerweile genießt Fischer längst seinen wohlverdienten politischen Ruhestand, will sagen: Er berät über seine Consulting-Firma nicht nur finanzstarke Unternehmen (fast) sämtlicher Couleur, sondern belehrt altersweise, als wolle er Helmut Schmidt beerben, mit gerunzelten Sorgenfalten in der Stirne gleich die ganze Welt.

Letzte Woche war es mal wieder soweit, diesmal hatte das Qualitätsmagazin von der Hamburger Ericusspitze die Ehre, dem Elder Statesman die Stichworte zu liefern. Mit von der Partie war Fischers Transatlantikbruder im Geiste, der FDP-Bundestagsabgeordnete Alexander Graf Lambsdorff, und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass hier nicht



Dieser Text wurde zuerst am 02.05.2021 auf [www.de.rt.com](https://www.de.rt.com) unter der URL <https://de.rt.com/meinung/116884-russland-dort-treffen-wo-es-wirklich-wehtut-fischer-und-lambsdorff-machen-mobil/> veröffentlicht. Lizenz: © Leo Ensel, RT DE

nur Schleichwerbung für dessen neues Buch „Wenn Elefanten kämpfen“ betrieben, sondern auch – die GRÜNEN halten sich eben sämtliche Optionen offen – außenpolitische Gemeinsamkeiten für eine künftige Regierungskoalition öffentlich durchbuchstabiert werden sollten.

Es ging, natürlich, um Russland, das laut Spiegel „mit dem Säbel rasselt“ und um das „nach Macht und Einfluss strebende“ China. Bereits die Überschrift machte unmissverständlich klar, wohin die Reise bezogen auf Deutschlands großen Nachbarn im Osten zu gehen hat: „Wir müssen Russland dort treffen, wo es wirklich wehtut“. [2]



Alexander Graf Lambsdorff ist ein deutscher Politiker und Diplomat. Von 2001 bis 2019 gehörte er dem Bundesvorstand seiner Partei an, von 2004 bis 2017 war er Mitglied des Europäischen Parlaments und dort Vorsitzender der FDP-Gruppe. (Foto: Flickr / Marcus Harzem, Lizenz: CC BY 2.0)

## Retrograde Amnesie

Die Spiegel-Journalist\*innen gingen sofort in die Vollen: „Herr Fischer, Russland hat an der Grenze zur Ukraine große Truppenverbände zusammengezogen, nun hat der Kreml den Rückzug der Soldaten angekündigt. Wie nah war Europa einem neuen Krieg?“

Hintergrundhinweise auf Kiews zeitgleichen Truppenaufmarsch im Donbass unmittelbar an der Grenze zu den abtrünnigen „Volksrepubliken“ oder gar auf die NATO-Großmanöver „Defender Europe 2021“ [3], bei denen gerade mehr als 28.000 Soldaten aus 26 Nationen – darunter auch Nichtmitglieder wie Bosnien-Herzegowina, der Kosovo sowie die ehemaligen Sowjetrepubliken Moldawien, Georgien und, ausgerechnet!, die Ukraine im Baltikum, dem Südosten Europas und im Schwarzen Meer – (gegen wen eigentlich?) von Mitte März bis Mitte Juni Krieg spielen? – Fehlanzeige!

Dabei hätten die gewieften Spiegel-Leute nur die Homepage der „Seventh United States Army Europe and Afrika“ (USAREUR), Hauptquartier in Wiesbaden, konsultieren müssen. Dort steht in einer Pressemitteilung [4] vom 15. März diesen Jahres schwarz auf weiß: „Defender Europe 2021 demonstriert unsere Fähigkeit, als strategischer Sicherheitspartner auf dem westlichen Balkan und im Schwarzen Meer zu fungieren und gleichzeitig unsere Fähigkeiten in Nordeuropa, im Kaukasus, in der Ukraine und in Afrika zu erhalten.“ Gemeinsam sei man

in der Lage, „auf jede Krise zu reagieren, die sich ergeben könnte“. Stattdessen erweckten die Redakteur\*innen Konstantin von Hammerstein und Christiane Hoffmann den Eindruck, als sei Europa gerade um Haaresbreite an einem Krieg – vielleicht sogar dem Dritten Weltkrieg – vorbeigeschrammt. Und zwar ausschließlich aufgrund der an der Westgrenze des eigenen Territoriums zusammengezogenen russischen Truppenverbände.

Für Fischer jedenfalls ein willkommenes Anlass, über den bedrohlichen russischen Aufmarsch zu schwadronieren. Schließlich habe, so Fischer, Russland „schon einmal mit Waffengewalt europäische Grenzen verändert“, was für Europa „vollkommen inakzeptabel“ sei. Dann allerdings folgte ein bedenklicher Satz, der den begründeten Verdacht nahelegt, dass der 73-jährige Ex-Außenminister mittlerweile an retrograder Amnesie leiden könnte: „Die Europäer waren sich nach Ende des Kalten Krieges einig, dass ihr Kontinent nie wieder zum Schauplatz eines Krieges werden darf.“

## Wohl wahr! Aber war da nicht mal was?

Da Fischer es offenbar selbst nicht mehr schafft, wäre es hier die Aufgabe der beiden Qualitätsjournalist\*innen vom

Hamburger Nachrichtenmagazin gewesen, dem löchrigen Gedächtnis des grünen Bellizisten auf die Sprünge zu helfen und ihn entlang der klassischen psychoanalytischen Guideline „Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten“ geduldig dabei zu unterstützen, seinen offenbar tief verdrängten (gar abgespaltenen?) Anteil an des wiedervereinten Deutschlands erstem – und noch dazu, wie Fischers damaliger Chef, Gerhard Schröder Jahre später unumwunden einräumte, völkerrechtswidrigen – Waffengang, und zwar gegen die Bundesrepublik Jugoslawien im Frühjahr 1999, wieder ins Bewusstsein zurückzurufen. Nicht schlecht wäre es auch gewesen, Fischer bei dieser Gelegenheit mit dem gebotenen therapeutischen Taktgefühl behutsam an seinen damaligen mehr als abwegigen Auschwitzvergleich, mit dem er seine grüne Basis in den Krieg gelockt hatte, zu erinnern. – Doch nichts dergleichen, der Spiegel gab sich handzahn wie immer!

Auf der von ihnen vorgegebenen Welle kongenial mitsurfend, apportierten von Hammerstein und Hoffmann nun brav das nächste fällige Stichwort: „Wie sollte Europa auf eine solche Drohgebärde“ – gemeint war selbstverständlich immer noch das gerade beendete russische Manöver – „reagieren?“ Was Fischer endlich die Gelegenheit gab, vollends in heiligen Zorn auszubrechen und leidenschaftlich für das

Aus von Nordstream 2 als „klarem Signal“ zu poltern: „Was soll denn noch passieren, bevor Europa endlich auf die russische Aggression antwortet?“ Und der Transatlantiker von der FDP assistierte: „Angeheizt hat den Konflikt doch Russland mit der Verlegung großer Verbände an die ukrainische Grenze. Deshalb muss die Bundesregierung dem Kreml klarmachen, dass wir da sehr genau hinschauen, und er einen Preis dafür zahlen wird, wenn die Lage in der Ostukraine eskaliert.“ Aber das wäre für den Grafen nicht etwa nur der Baustopp für Nordstream 2. Ominös raunend brachte er noch „weitere Sanktionen“ ins Spiel, die er vorerst nicht näher ausführte.

Nochmals: Die zeitgleichen NATO-Manöver, zum Teil unmittelbar an Russlands Westgrenze, wie die Tatsache, dass Minsk II, für dessen Umsetzung es seit über sechs Jahren keinen Finger krumm machte, für Kiew offenbar erledigt ist, weshalb es sich jetzt für berechtigt hält, mit westlicher Militärhilfe seinerseits vor Donezk und Lugansk „mit dem Säbel zu rasseln“ – all dies scheint den vier Anwesenden völlig unbekannt zu sein. Was allerdings auch kein Wunder ist, sollten sie ihre Weltsicht lediglich aus dem Medium beziehen, das dieses Interview gerade zelebriert! Hauptsache, Nordstream 2 muss dran glauben.

### „Selbstfesselung“, „Nadelstiche“ und „Treffen, wo es wirklich wehtut“ ...

„Sollte der Westen rote Linien ziehen?“, fragt der Spiegel. Der erfahrene Staatsmann warnt: „Nein, denn rote Linien bedeuten immer eine Selbstfesselung der eigenen Politik.“

Womit Fischer seinem FDP-Kollegen endlich das fällige Stichwort geliefert hat. Als befände er sich nicht im postmodernen Spiegel-Tempel, sondern in einer BDSM-Session, springt die männliche Domina Lambsdorff wie von der Tarantel gestochen auf und holt nun die Lederpeitsche aus der Folterkammer: „Wir müssen deutlich machen, dass die aktuell ja sehr zurückhaltende Sanktionspolitik der Nadelstiche gegen einzelne Personen und einzelne Wirtschaftszweige



Panzer JNA M-84 zerstört durch eine von kroatischen Soldaten in Vukovar verlegte Mine im November 1991. Foto: Wikipedia / Peter Denton, Lizenz: CC BY-SA 2.0

nur so lange ausreicht, wie Russland die territoriale Integrität der Ukraine nicht noch weiter verletzt. Andernfalls müsste es um den Finanzsektor und die Gasexporte gehen. Wir müssen Russland dort treffen, wo es wirklich wehtut.“

Der Mann scheint sich auszukennen: Nur „wehtun“ reicht ihm längst noch nicht, „wirklich weh“ muss es tun – und zwar nicht irgendwo, sondern zielgenau an den ‚dolorgenen Zonen‘! Unwillkürlich fragt man sich, ob der ehemalige Vizepräsident des Europäischen Parlaments nicht doch seine eigentliche Berufung verfehlt hat, als er einst beschloss, Politiker zu werden ...

Der Spiegel jedenfalls nimmt diese bizarre Formel dankbar entgegen und setzt sie prompt als Überschrift über das gesamte Interview. Affirmativ – nicht kritisch, wohl gemerkt!

Halten wir inne, es reicht! Man muss sich nicht alles antun. Wer nur den Anfang dieses Elaborats gelesen hat, dem ist klar, was uns blüht, sollten diese beiden Männer demnächst Regierungsberater werden oder gar aktiv Politik betreiben. Aber wer weiß: Vielleicht kriegen die GRÜNEN das ja auch ohne externe Beratung hin!

Äußerungen ihrer sympathischen Kanzlerin-Kandidatin [5] lassen da wenig Zweifel aufkommen.

### Quellen:

- [1] YouTube, Joschka Fischer, „German FM makes impassioned plea for peace“, am 21.07.2015, <<https://www.youtube.com/watch?v=CpuNyM1sZU>>
- [2] Spiegel, Konstantin von Hammerstein und Christiane Hoffmann, „Wir müssen Russland dort treffen, wo es wirklich wehtut“, am 24.04.2021, <<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/joschka-fischer-und-alexander-graf-lambsdorff-im-interview-wir-muessen-russland-dort-treffen-wo-es-wirklich-wehtut-a-0f2c7fe6-cf2-4a79-81ea-8d382ca6f580?fbclid=IwAR07B-3Fa86Wh5ruS9u2iCOTHmuqcd-uzBvT0Eoo-eF7XxjeMuQxcuU7luwII>>
- [3] U.S. Army Europe and Africa, „What is DEFENDER-Europe 21?“, <<https://www.europeaf-rica.army.mil/DefenderEurope/>>
- [4] U.S. Army Europe and Africa, „Press Release - DEFENDER-Europe 21 activities begin this month, include two dozen nations“, am 15.03.2021, <<https://www.europeaf-rica.army.mil/ArticleViewPressRelease/Article/2537359/press-release-defender-europe-21-activities-begin-this-month-include-two-dozen/>>
- [5] Spiegel, „Baerbock wirft Laschet Nähe zu Russland vor“, am 21.01.2021, <[www.spiegel.de/politik/deutschland/gruenen-chefin-annalena-baerbock-wirft-armin-laschet-naehe-zu-russland-vor-a-b74fa8c5-a61f-4265-bc43-825c0a8a61f2](https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruenen-chefin-annalena-baerbock-wirft-armin-laschet-naehe-zu-russland-vor-a-b74fa8c5-a61f-4265-bc43-825c0a8a61f2)>

Dieser Text wurde zuerst am 31.03.2021 auf [www.unz.com](http://www.unz.com) unter der URL <https://www.unz.com/tsaker/understanding-anti-putin-psyops-preparing-for-war/> veröffentlicht. Lizenz: The Saker, unz.com, CC BY-NC-ND 4.0

Wird es bald wieder zu einem Krieg kommen, wie 2014? (Foto: OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine / Wikipedia / CC BY 2.0)



# Anti-Putin-PSYOPs verstehen: Vorbereitungen auf den Krieg

*Man übertreibt nicht, wenn man behauptet, dass Putin in der Mythologie des anglo-zionistischen Imperiums so etwas wie Satan ist oder zumindest eine Art „Sauron“, der der Inbegriff des Bösen ist. Und wir alle haben gehört, dass Biden kürzlich in einem aufgezeichneten Interview erklärte, dass Putin „ein Mörder“ sei. Jen Psaki hätte Biden dazu bringen können, die Aussage abzuschwächen, aber sie tat nichts dergleichen. Daraus können wir schließen, dass dies eine offizielle, bewusst geplante Charakterisierung des russischen Führers war. Diese Art von Sprache wurde von westlichen Beamten nicht mal während des Kalten Krieges verwendet, zumindest nicht auf den höchsten Ebenen. Warum also diese brodelnden Hasstiraden auf Putin?*

## Autor: The Saker

ist ein Pseudonym von einem russischen Ex-Patrioten mit Wohnsitz in Florida. Bevor er in die USA auswanderte, lebte er in der Schweiz, wo er die Schweizer Staatsbürgerschaft erhielt. Er arbeitete für das Internationale Rote Kreuz und war später als Militäranalytiker für das in Genf ansässige UN-Institut für Abrüstungsforschung (UNIDIR) tätig. Sein Blog Vineyard of the Saker können sie hier besuchen: <https://thesaker.is/>. Unterstützen können Sie ihn unter: <http://thesaker.is/contact-and-donations/>



Es hat nichts damit zu tun, dass er Ex-KGB-Agent war. Juri Andropow war ein ehemaliger KGB-Vorsitzender, und er tat eine Menge, um den KGB, sein Personal und seine Operationen zu stärken. Dennoch nannte ihn niemand einen Mörder. Es hat auch nichts mit der Krim oder dem Donbass zu tun, zumindest nicht direkt, denn als die UdSSR in die Tschechoslowakei und davor in Ungarn einmarschierte, nannten westliche Politiker Chruschtschow oder Breschnew nicht „Killer“. Es ist auch nicht wegen des Abschusses von MH-17 (westliche Führer wissen alle, dass dies Lügen sind, die von westlichen Spezialdiensten geschaffen wurden), denn es gab eine ganze Reihe von zivilen Verkehrsflugzeugen, die von verschiedenen Staaten abgeschossen wurden, aber das führte nicht zu der Art von totaler Dämonisierung der Führer dieser Staaten.

Ich könnte da noch mehr aufzählen, aber Sie verstehen den Punkt: Selbst wenn wir alle Anschuldigungen gegen Putin sorgfältig analysieren, stellen wir fest, dass die Art der totalen Dämonisierung, der er ausgesetzt war, in ihrer Intensität und ihrem Umfang ziemlich einzigartig war.

Es gibt einen großen Unterschied zwischen den Begriffen „Ursache“ und „Vorwand“. Alle Beispiele, die ich genannt habe, sind nichts als Vorwände. Wir müssen uns die wirklichen Ursachen eines solchen blinden Hasses auf Putin ansehen. Hier stoßen wir auf eine weitere Liste möglicher Gründe:

Erstens ist es unbestreitbar, dass, während Jelzin Russland als Land fast zerstört hat, Putin im Alleingang Russland in erstaunlich kurzer Zeit „wiederauferstehen“ ließ. Von einem Land, das in Trümmern lag, und einer Bevölkerung,

die sich nichts sehnlicher wünschte, als das nächste Deutschland oder, falls nicht, zumindest das nächste Polen zu werden, hat Putin Russland zur stärksten Militärmacht des Planeten gemacht. Er hat die russische Wahrnehmung von sich selbst und von Russland völlig umgestaltet. Und nicht nur das: Putin nutzte jeden einzelnen Schritt des Westens (wie z.B. Sanktionen, Boykotte oder Drohungen), um Russland weiter zu stärken (z.B. durch Importsubstitutionen, internationale Konferenzen und militärische Manöver). Vor allem aber koppelte Putin Russland von vielen US-kontrollierten Institutionen oder Mechanismen ab, wovon Russland ebenfalls immens profitierte.

US-Politiker sprachen von einem Land mit einer „Wirtschaft in Trümmern“ und von einer „Tankstelle, die sich als Land tarnt“. Aber in der realen Welt (Zone B [1]), ging es der russischen Wirtschaft viel besser als der westlichen. Was den „Energiekrieg“ zwischen den USA, dem KSA (Königreich Saudi-Arabien) und Russland betrifft, so endete er mit einer katastrophalen Niederlage für die USA und einem Triumph für Russland und in geringerem Maße, für das KSA. Dann kam COVID und das wirklich epische Desaster des totalen Missmanagements dieser Krise durch den Westen.

Nicht nur das, sondern der Kontrast, wie Russland (und China!) mit der Krise umging und was der Westen tat, hätte nicht größer sein können. Russland war das erste Land das einen Impfstoff entwickelt hat (mittlerweile sind es sogar drei; jetzt steht Russland kurz davor, einen weiteren Impfstoff herauszubringen, der diesmal Tiere vor COVID schützt), und schlimmer noch, Russland ist das Land, welches den besten Impfstoff der Welt entwickelt hat - Ein PR-Desaster für den Westen. Es gibt nichts, was der Westen tun kann, um das zu mildern. Wenn überhaupt werden die Dinge nur noch schlimmer, wie es sich an allen kommenden Lockdowns in Europa zeigt – und im Gegensatz dazu, dieses Foto vom glücklichen Lawrow in China mit einer Maske auf, auf der „FCKNG QRNTN“ geschrieben steht [2]!

Aber auch das ist nicht der wahre Grund, denn der Westen hasste Putin schon lange vor COVID-19.



Außenminister Sergey Lavrov posiert mit einer Maske, auf der „FCKNG QRNTN“ steht. (Foto: Ria Novosti / Twitter @tvrain / <<https://twitter.com/tvrain/status/1373945402718777348/photo/1>>)

## Der „gestohlene“ Sieg im Kalten Krieg

In Wahrheit hat der Westen eine sehr lange Liste von Gründen, um Putin und alles Russische zu hassen, aber ich glaube, dass es einen Grund gibt, der sie alle übertrumpft: Die westlichen Führer glaubten aufrichtig, dass sie die UdSSR im Kalten Krieg besiegt hatten (es wurden sogar Medaillen hergestellt, um an dieses Ereignis zu erinnern), und nach dem Zusammenbruch der ehemaligen Supermacht und der Machtübernahme durch eine ahnungslose, alkoholranke Marionette schien der Triumph des Westens vollständig. Doch die Realität war, wie immer, viel komplizierter.

Randbemerkung: Die Ursachen und Mechanismen des Zusammenbruchs der Sowjetunion sind heute nicht unser Thema, also werde ich nur darauf hinweisen, dass ich glaube, dass die UdSSR nie „zusammengebrochen“ ist, sondern dass sie absichtlich vom KPdSU-Apparat zerstört wurde, der beschloss, das Land zu zerschlagen, damit die Partei und die Nomenklatura an der Macht bleiben – nicht

an der Spitze der UdSSR, sondern an der Spitze der verschiedenen ehemals sowjetischen Republiken. Schwache Führer und Ideologien, an die niemand wirklich glaubt, inspirieren die Menschen nicht, für ihre Herrscher zu kämpfen. Deshalb ist die russische Monarchie zusammengebrochen, deshalb ist die freimaurerische Kerenskii-Demokratie zusammengebrochen und deshalb ist die Sowjetunion zusammengebrochen (dies wird auch einer der wahrscheinlichsten Gründe sein für den endgültigen Zusammenbruch der USA als Staat). (Anm. d. Red.: Kerenskii war ein russischer Politiker und zeitweise Chef der Übergangsregierung zwischen Februar- und Oktoberrevolution im Jahr 1917.)

Putin, der im Westen und übrigens auch in Russland nicht sehr bekannt war, kam an die Macht und kehrte sofort Russlands damaligen Kurs Richtung Abgrund um. Zuerst kümmerte er sich um die beiden dringendsten Bedrohungen, die Oligarchen und den wahabitischen Aufstand im Kaukasus. Viele Russen, mich eingeschlossen, waren absolut erstaunt über die Geschwindigkeit und Entschlossenheit seines Handelns. Das Ergebnis war, dass Putin sich plötzlich zu einer der beliebtesten Führer in der russischen Geschichte entwickelte. Zunächst geriet der Westen in eine Art Schockzustand, dann durchlief er einen Prozess, der an das sogenannte „5-Phasen-Modell nach Kübler-Ross“ (5 Stufen der Trauer, Anm. d. Red.) [3] erinnerte. Schließlich steigerte sich der Westen in eine russophobe Raserei hinein, wie man sie seit dem Nazi-Regime in Deutschland während des Zweiten Weltkriegs nicht mehr gesehen hatte.

Um zu verstehen, warum Putin der leibhaftige Teufel ist, müssen wir erkennen, dass die Führer des kollektiven Westens wirklich dachten, dass der Westen dieses Mal, nach einem Jahrtausend der Misserfolge und peinlichen Niederlagen [4], Russland endlich „besiegt“ hätte, und es nun ein führerloses, kulturloses, geistloses und natürlich geschichtsloses Territorium werden würde, dessen einziger Zweck es wäre, Ressourcen für den „triumphierenden Westen“ zu liefern. Nicht nur das, sondern die anglo-zionistischen Führer des Imperiums führten die 9/11

Operation unter falscher Flagge durch, die ihnen den Vorwand für die GWOT (Global War on Terrorism) lieferte, die aber den Westen komplett von seinem vorherigen Fokus auf die sogenannte „russische Bedrohung“ ablenkte, einfach weil es 2001 keine russische Bedrohung gab. Es gab also eine gewisse Logik hinter diesen Schritten. Und dann, „plötzlich“ (zumindest für westliche Führer) war Russland „zurück“: 2013 stoppte Russland den geplanten US/NATO-Angriff auf Syrien [5] (der Vorwand waren hier syrische Chemiewaffen). 2014 unterstützte Russland den novo-russischen Aufstand gegen das ukrainische Regime in Kiew [6], und im selben Jahr setzte Russland auch sein Militär ein, um der lokalen Bevölkerung auf der Krim die Abstimmung über ein Referendum zum Anschluss an Russland zu ermöglichen [7].

Im Jahr 2015 schließlich verblüffte Russland den Westen mit einer äußerst effektiven Militärintervention in Syrien [8]. In dieser Abfolge beging Russland zwei sehr unterschiedliche Arten von „Verbrechen“ (aus anglo-zionistischer Sicht, natürlich):

- Das kleinere Verbrechen, das zu tun, was Russland tatsächlich tat, und
- Das viel größere Verbrechen, das Imperium nie um die Erlaubnis darum zu bitten.

Der Westen behandelt den Rest des Planeten gerne wie eine Art Juniorpartner, mit sehr begrenzter Autonomie und fast keiner wirklichen Handlungsfähigkeit (das beste Beispiel ist das, was die USA mit Ländern wie Polen oder Bulgarien gemacht haben). Wenn ein solcher „Junior“-Partner etwas in seiner Außenpolitik tun will, muss es unbedingt seinen anglo-zionistischen Großen Bruder um Erlaubnis bitten. Dies nicht zu tun, ist so etwas wie Aufruhr und Revolte.

---

**In der Vergangenheit wurden viele Länder dafür „bestraft“, dass sie es wagten, eine andere Meinung zu haben oder, noch schlimmer, dass sie es wagten, danach zu handeln.**

---

Es wäre nicht falsch, das Ganze zusammenzufassen, indem man sagt, dass Pu-

tin dem Imperium und seinen Führern den Stinkefinger gezeigt hat. Dieses „Verbrechen der Verbrechen“ war der eigentliche Auslöser der aktuellen antirussischen Hysterie. Bald jedoch sahen sich die (meist ahnungslosen) Führer des Imperiums mit einem äußerst frustrierenden Problem konfrontiert: Während die russophobe Hysterie im Westen viel Anklang fand, erzeugte sie in Russland aufgrund eines typischen Putin-„Judo“-Griffs einen sehr starken Rückschlag: Weit davon entfernt, die antirussische Propaganda des Westens zu unterdrücken, nutzte der Kreml seine Macht, um sie über die russischen Medien weithin zugänglich zu machen (auf Russisch! – ich habe ausführlich darüber geschrieben [9, 10]). Die direkte Folge davon war zweierlei:

Erstens wurde die von der CIA/MI6 geführte „Opposition“ stark mit den russophoben Feinden Russlands in Verbindung gebracht und zweitens scharte sich die russische Öffentlichkeit weiter um Putin und seine unnachgiebige Haltung. Mit anderen Worten, indem sie Putin einen Diktator und natürlich einen „neuen Hitler“ nannten, erlangten die westlichen PSYOPs (psychologische Kriegsführung) einen begrenzten Vorteil in der öffentlichen Meinung des Westens, schossen sich aber bei der russischen Öffentlichkeit selbst ins Knie.

Ich bezeichne diese Phase als „Phase eins der strategischen Anti-Putin-PSYOP“. Was das Ergebnis dieser PSYOP betrifft, so würde ich nicht nur sagen, dass sie fast vollständig gescheitert ist, sondern ich glaube, dass sie innerhalb Russlands genau entgegen der eigentlichen Absicht wirkte. Ein Kurswechsel war dringend notwendig.

### Die Neuausrichtung der US-PSYOPs gegen Putin und Russland

Ich muss zugeben, dass ich keine hohe Meinung von der US-Geheimdienst-Gemeinschaft habe, einschließlich ihrer Analysten. Aber selbst eher langweilige US-amerikanische „Russland-Spezialisten“ haben schließlich herausgefunden, dass es zu einer typisch russischen Mischung aus Gelächter und Unterstützung für den Kreml führt, wenn man der

russischen Öffentlichkeit erzählt, Putin sei ein „Diktator“, ein „Mörder von Dissidenten“ oder einer, der „Exilanten mit chemischen Substanzen vergiften lässt“. Es musste etwas getan werden. Also kam irgendein Klugscheißer irgendwo in einem Keller auf folgende Idee: Es macht keinen Sinn, Putin Dinge vorzuwerfen, die ihn zu Hause beliebt machen, also lasst uns eine neue Liste von Anschuldigungen erstellen, die sorgfältig auf die russische Öffentlichkeit zugeschnitten sind.

Nennen wir dies eine „Phase 2 Anti-Putin-PSYOP-Operation“. Und so begann die „Putin steckt unter einer Decke mit“-Kampagne. Konkret wurden diese Vorwürfe von den US-PSYOPs und von den in ihrem Lohn stehenden, eingesetzt:

- Putin entwapnet Syrien
- Putin wird den Donbass ausverkaufen
- Putin ist eine Marionette Israels und insbesondere Netanjahus
- Putin ist ein korrupter Verräter an den nationalen Interessen Russlands
- Putin erlaubt Israel, Syrien zu bombardieren [11]
- Putin verkauft die sibirischen Reichtümer an China und/oder
- Putin unterwirft Russland an China
- Putin ist korrupt, schwach und sogar feige
- Putin wurde von Erdogan im Berg-Karabach-Krieg besiegt.

Dies sind die wichtigsten Anschuldigungen, die sofort gebilligt und von den strategischen PSYOP-Einheiten der USA gegen Russland umgesetzt wurden.

War es effektiv?

Ja, bis zu einem gewissen Grad. Zum einen wurden diese „antirussischen PSYOPs reloaded“ sofort von zumindest einem Teil dessen aufgegriffen, was man als „interne patriotische Opposition“ bezeichnen könnte (viele davon sehr aufrichtig und ohne das Bewusstsein, geschickt manipuliert zu werden). Noch giftiger war das Aufkommen einer ziemlich lauten neo-kommunistischen (oder, wie Ruslan Ostashko sie oft nennt, „emo-Marxistischen“) Bewegung (die ich persönlich als sechste Kolonne bezeichne [12]), die eine interne Anti-Kreml-Propaganda-Kampagne begann, die sich auf die folgenden Themen konzentrierte:

- „Alles ist verloren“ (всепропальщики): das ist die These, die besagt, dass nichts in Russland richtig läuft, alles ist entweder falsch oder böse, das Land kollabiert, so auch seine Wirtschaft, seine Wissenschaft, sein Militär, – etc. etc. etc. Das ist nur eine Hinterhof-Variante des Defätismus, mehr nicht.
- „Nichts wurde erreicht, seit Putin an der Macht ist“: Das ist seltsam, denn es erfordert eine absolut spektakuläre Menge an mentaler Gymnastik, um nicht zu sehen, dass Putin Russland, buchstäblich, vor der totalen Zerstörung gerettet hat. Diese Aussage liefert auch keine Erklärung dafür, dass Putin vom Imperium so gehasst wird (wenn Putin alles falsch gemacht hätte, wie z.B. Jelzin, würde er im Westen verehrt, nicht gehasst werden!).
- Alle Wahlen in Russland wurden gestohlen. Hier müsste sich die 5. (CIA/MI6-geführte) und die 6. Kolonne einig sein: laut beiden ist es absolut unmöglich, dass die meisten Russen Putin so viele Jahre lang unterstützt haben, und dass sie ihn jetzt immer noch unterstützen. Und sie ignorieren die Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der Umfragen zeigen, dass Putin die beliebteste politische Figur in Russland war und immer noch ist.

Schließlich hat das große SNAFU („Situation Normal, All Fucked Up“, Lage normal alles im Arsch) mit der Rentenreform, Putins Rating definitiv nicht verbessert, also musste er handeln: Er hat einige der schlimmsten Bestimmungen dieser Reform „aufgeweicht“ und schließlich einige der schlimmsten atlantischen Integrationsisten, einschließlich Medwedew selbst, erfolgreich ins Abseits gestellt.

Leider zeigten einige vermeintlich russische Websites, Blogs und Einzelpersonen ihr wahres Gesicht, als sie auf den Zug dieser zweiten strategischen PSYOP-Kampagne aufsprangen, wahrscheinlich in der Hoffnung, entweder mehr Beachtung zu finden oder eine Finanzierung zu erhalten, oder beides. Daher haben wir all diesen Unsinn darüber, dass Russland und Israel zusammenarbeiten würden oder über Putins „Ausverkauf“, so oft in letzter Zeit zu hören bekommen. Das Schlimmste dabei ist, dass diese Webseiten, Blogs und Einzelpersonen einige der besten,

wirklichen Freunde Russlands im Westen ernsthaft in die Irre geführt und beunruhigt haben. Keiner dieser Leute geht jemals auf eine sehr einfache Frage ein: Wenn Putin so ein Ausverkäufer ist und alles verloren ist, warum hasst das anglozionistische Imperium Putin so sehr? In fast 1000 Jahren der Kriegsführung (geistig, kulturell, politisch, wirtschaftlich und militärisch) gegen Russland, haben die Führer des Westens immer echte russische Patrioten gehasst und sie haben immer die (leider vielen) Verräter an Russland geliebt. Und jetzt hassen sie Putin, weil er so ein schrecklicher Führer ist? Das entbehrt jeglicher Logik.

### Fazit: Ist ein Krieg jetzt unvermeidlich?

Die USA/NATO führen strategische PSYOPs nicht nur durch, weil sie jemanden mögen oder nicht mögen.

---

**Der Hauptzweck solcher PSYOPs ist es, den Widerstandswillen der anderen Seite zu brechen. Dies war auch das Hauptziel der beiden (Phase eins und Phase zwei) Anti-Putin-PSYOPs.**

---

Ich bin froh berichten zu können, dass beide Phasen dieser PSYOPs gescheitert sind. Die Gefahr dabei ist, dass diese Versuche es nicht geschafft haben, die Führer des Imperiums von der Notwendigkeit zu überzeugen, dringend den Kurs zu ändern und die „russische Realität“ zu akzeptieren, auch wenn sie ihnen nicht gefällt.

Seitdem die „Biden“-Administration (das „Kollektiv Biden“, natürlich, nicht die Topfpflanze [Goldmarie]) (illegal) die Macht ergriffen hat, sahen wir eine scharfe Eskalation der antirussischen Aussagen. Daher das jüngste „huhu, er ist ein Killer“- das war kein Fehler eines senilen Geistes, das war eine sorgfältig vorbereitete Erklärung [13]. Schlimmer noch, das Imperium hat sich nicht nur auf Worte beschränkt, es hat auch einige wichtige Signale gesendet, um seine Entschlossenheit zu signalisieren, noch mehr in die Konfrontation mit Russland zu gehen:

- Es gab eine Menge Säbelrasseln vom Westen, vor allem einige ziemlich unkluge (oder sogar ausgesprochen dumme) Militärmanöver nahe/entlang der russischen Grenze. Wie ich schon eine Milliarde Mal erklärt habe, sind diese Manöver aus militärischer Sicht selbstzerstörerisch (je näher an der russischen Grenze, desto gefährlicher für die westlichen Streitkräfte). Politisch gesehen sind sie jedoch extrem provokativ und daher gefährlich.
- Die überwiegende Mehrheit der russischen Analysten glaubt nicht, dass die USA/NATO Russland offen angreifen werden, und sei es nur, weil das selbstmörderisch wäre (das derzeitige militärische Kräfteverhältnis in Europa neigt sich stark zugunsten Russlands, auch ohne den Einsatz von Hyperschallwaffen). Was viele von ihnen jetzt befürchten, ist dass „Biden“ die ukrainischen Streitkräfte gegen den Donbass entfesseln wird und damit sowohl die Ukraine als auch Russland „bestraft“ (erstere für ihre Rolle im US-Präsidentenwahlkampf). Ich neige dazu, beiden Aussagen zuzustimmen.

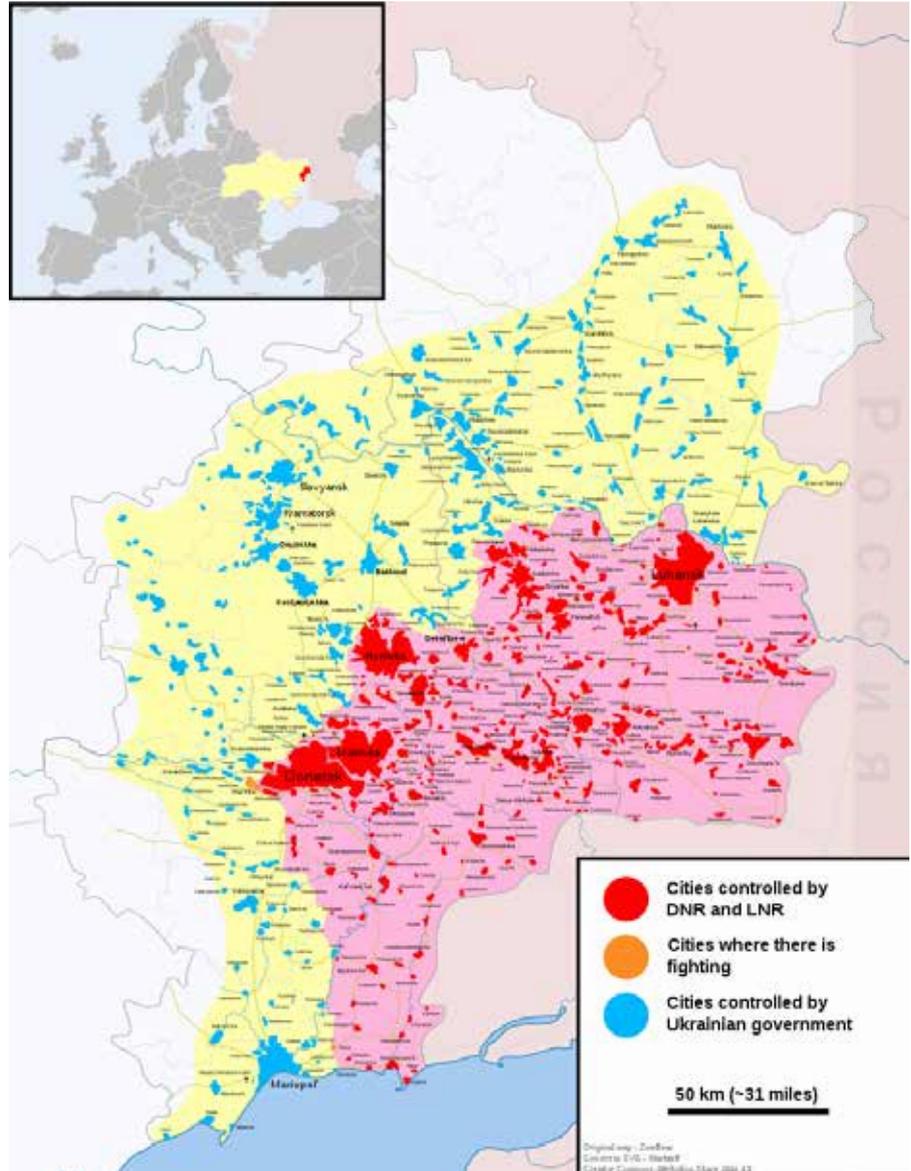
Zu guter Letzt ist das anglozionistische Lager im Kern schon immer rassistisch gewesen und sein Imperium ist es immer noch: Für seine Führer ist das ukrainische Volk nur Kanonenfutter, das Land eine irrelevante drittklassige Nation, die ihre Nützlichkeit überlebt hat (US-Analysten haben verstanden, dass der US-Plan für die Ukraine mit einem weiteren spektakulären Gesichtsverlust endete, wie es solche wahnhaften Pläne immer tun, auch wenn sie das nicht öffentlich sagen). Warum also nicht diese Leute in einen selbstmörderischen Krieg, nicht nur gegen die LDNR (Donezk und Lugansk), sondern auch gegen Russland selbst führen? Sicher, Russland wird den militärischen Krieg schnell und entscheidend gewinnen, aber politisch wird es ein PR-Desaster für Russland sein, da der „demokratische Westen“ immer Russland die Schuld geben wird, auch wenn es eindeutig nicht zuerst angegriffen hat (wie zuletzt am 08. August 2008).

Ich habe bereits vor drei Wochen über die absolut katastrophale Situation der Ukraine geschrieben [14], also werde

ich hier nicht alles wiederholen. Ich werde nur sagen, dass die Dinge seit diesem Tag noch viel schlimmer geworden sind: Es genügt zu sagen, dass die Ukraine eine Menge schwerer Panzer an die Kontaktlinie verlegt hat, während das Regime in Kiew jetzt den Import von russischem Toilettenpapier verboten hat (was zeigt, was die herrschende Bande für wichtige und dringend benötigte Maßnahmen hält). Es stimmt zwar, dass die Ukraine seit dem Neonazi-Putsch zu einem völlig gescheiterten Staat geworden ist, aber es gibt jetzt eine deutliche Beschleunigung des Zusammenbruchs, nicht nur des Regimes oder des Staates, sondern des Landes im Ganzen. Die Ukraine fällt so schnell auseinander, dass man eine ganze Website starten könnte, die nur diesen sich entwickelnden Horror verfolgt, nicht Tag für Tag, sondern Stunde für Stunde. Es genügt zu sagen, dass „Ze“ (Wolodymyr Selenskyi, Präsident der Ukraine Anm. d. Red.) sich als noch schlimmer als Poroschenko erwiesen hat. Das einzige, was Poroschenko „Ze“ (noch!) voraus hat, ist dass er einen Krieg begonnen hat. Abgesehen davon kann der Rest dessen, was er getan hat (durch Handeln oder Untätigkeit), nur als „mehr vom Gleichen, nur schlimmer“ bezeichnet werden.

## Kann ein Krieg verhindert werden?

Ich weiß es nicht. Putin gab den ukrainischen Nazis eine sehr deutliche Warnung („schwerwiegende Konsequenzen für die Staatlichkeit der Ukraine als solche“) [15]. Ich glaube nicht eine Sekunde lang, dass irgendjemand an der Macht in Kiew sich einen Dreck um die Ukraine oder die ukrainische Staatlichkeit schert, aber sie sind klug genug, um zu erkennen, dass ein russischer Gegenangriff zur Verteidigung der LDNR und erst recht der Krim, Präzisions-Schläge gegen die Kiewer Führung mit modernsten Raketen beinhalten könnte. Die ukrainischen Nazi-Führer wären gut beraten, zu erkennen, dass sie alle ein Fadenkreuz auf ihren Köpfen haben. Sie könnten auch darüber nachdenken: Was geschah mit jedem einzelnen Wahabi-Bandenführer



Karte des Kriegs im Donbass 2014, zwischen den Separatisten des Bundesstaats Neurussland und der ukrainischen Zentralregierung. Sie zeigt die unmittelbaren Einflussgebiete beider Seiten. (Foto: ZomBear, Marktaff / commons.wikimedia.org / CC BY-SA 4.0)

in Tschetschenien seit dem Ende des 2. Tschetschenienkriegs? (Hinweis: sie wurden alle gefunden und hingerichtet). Wird das genug sein, um sie aufzuhalten? Vielleicht. Hoffen wir es. Aber wir müssen uns jetzt vor Augen halten, dass es für die Ukraine auf absehbare Zeit nur noch zwei Optionen gibt: „ein Ende mit Schrecken oder ein Schrecken ohne Ende“.

1. Das beste Szenario für die Menschen in der Ukraine wäre eine (hoffentlich relativ friedliche) Aufteilung des Landes in überschaubare Teile [16].

2. Die schlechteste Option wäre definitiv ein umfassender Krieg gegen Russland.

Nach der Rhetorik, die in diesen Tagen aus Kiew kommt, zu urteilen, stehen die meisten ukrainischen Politiker fest hinter Option 2, zumal das auch die einzige Option ist, die für ihre Herren in Übersee akzeptabel ist. Die Ukrainer haben auch eine neue Militärdoktrin verabschiedet (sie nennen sie eine „militärische Sicherheitsstrategie der Ukraine“), die Russland zum Aggressor-Staat und militärischen Gegner der Ukraine erklärt

## Quellen:

- [1] The Unz Review, The Saker, „Zone B Exists, Thus There Is Hope, I Promise You!“, am 20.01.2021, <<https://www.unz.com/tsaker/zone-b-exists-thus-there-is-hope-i-promise-you/>>
- [2] RT.com, Foto von Lawrow mit Maske. Auf der Maske steht „FCKNG QRNTN“ <<https://cdn1.rt.com/russian/images/2021.03/article/605887fb02e8bd09605f31d5.png>>
- [3] Wikipedia, „Five stages of grief“, <[https://en.wikipedia.org/wiki/Five\\_stages\\_of\\_grief](https://en.wikipedia.org/wiki/Five_stages_of_grief)>, auf deutsch: <[https://de.wikipedia.org/wiki/Elisabeth\\_K%C3%BCbler-Ross#F%C3%BCnf\\_Phasen\\_des\\_Sterbens\\_in\\_ihrem\\_Kontext](https://de.wikipedia.org/wiki/Elisabeth_K%C3%BCbler-Ross#F%C3%BCnf_Phasen_des_Sterbens_in_ihrem_Kontext)>
- [4] TheSaker.is, The Saker, „Guy Mettan’s book on russophobia is a “must read” for any person interested in Russia“, am 14.07.2021, <<https://thesaker.is/guy-mettans-book-on-russophobia-is-a-must-read-for-any-person-interested-in-russia/>>
- [5] Wikipedia, „Destruction of Syria’s chemical weapons – Negotiations and agreement“, <[https://en.wikipedia.org/wiki/Destruction\\_of\\_Syria's\\_chemical\\_weapons#Negotiations\\_and\\_agreement](https://en.wikipedia.org/wiki/Destruction_of_Syria's_chemical_weapons#Negotiations_and_agreement)>
- [6] Wikipedia, „War in Donbass“, <[https://en.wikipedia.org/wiki/War\\_in\\_Donbass](https://en.wikipedia.org/wiki/War_in_Donbass)>
- [7] Wikipedia, „2014 Crimean status referendum“, <[https://en.wikipedia.org/wiki/2014\\_Crimean\\_status\\_referendum](https://en.wikipedia.org/wiki/2014_Crimean_status_referendum)>
- [8] Wikipedia, „Russian military intervention in the Syrian civil war“, <[https://en.wikipedia.org/wiki/Russian\\_military\\_intervention\\_in\\_the\\_Syrian\\_civil\\_war](https://en.wikipedia.org/wiki/Russian_military_intervention_in_the_Syrian_civil_war)>
- [9] The Unz Review, The Saker, „Counter-Propaganda, Russian Style“, am 05.05.2016, <<https://www.unz.com/tsaker/counter-propaganda-russian-style/>>
- [10] The Unz Review, The Saker, „Re-Visiting Russian Counter-Propaganda Methods“, am 20.10.2017, <<https://www.unz.com/tsaker/re-visiting-russian-counter-propaganda-methods/>>
- [11] The Unz Review, The Saker, „Why Is Putin „Allowing” Israel to Bomb Syria?“, am 18.01.2018, <<https://www.unz.com/tsaker/why-is-putin-allowing-israel-to-bomb-syria/>>
- [12] The Unz Review, The Saker, „Is There a “6th Column” Trying to Subvert Russia?“, am 30.04.2020, <<https://www.unz.com/tsaker/is-there-a-6th-column-trying-to-subvert-russia/>>
- [13] The Unz Review, The Saker, „Uncle Shmuel Is Truly Brain Dead...“, am 17.03.2021, <<https://www.unz.com/tsaker/uncle-shmuel-is-truly-brain-dead/>>
- [14] The Unz Review, The Saker, „Is the Ukraine on the Brink of War (Again)?“, am 10.03.2021, <<https://www.unz.com/tsaker/is-the-ukraine-on-the-brink-of-war-again/>>
- [15] Unian.info, „Kremlin: Putin’s words about „consequences for Ukraine’s statehood“ should be taken „unequivocally““, am 13.06.2018, <<https://www.unian.info/politics/10151114-kremlin-putin-s-words-about-consequences-for-ukraine-s-statehood-should-be-taken-unequivocally.html>>
- [16] The Unz Review, The Saker, „The Case for the Breakup of the Ukraine“, am 01.09.2016, <<https://www.unz.com/tsaker/the-case-for-the-breakup-of-the-ukraine/>>
- [17] Yandex Translate, „Decree of the President of Ukraine No. 121/2021“, am 25.03.2021, <<https://translate.yandex.com/translate?lang=uk-en&url=https%3A%2F%2Fwww.president.gov.ua%2Fdocuments%2F1212021-37661>>

(siehe [17] für eine maschinelle Übersetzung des offiziellen Textes).

Das könnte der Grund sein, warum Merkel und Macron kürzlich eine Videokonferenz mit Putin hatten („Ze“ war nicht eingeladen): Putin könnte versuchen, Merkel und Macron davon zu überzeugen, dass ein solcher Krieg eine Katastrophe für Europa wäre. In der Zwischenzeit verstärkt Russland rasch seine Streitkräfte entlang der ukrainischen Grenze, auch auf der Krim.

Aber all diese Maßnahmen können nur ein Regime abschrecken, das keine Souveränität hat. Der Ausgang wird in Washington DC entschieden, nicht in Kiew. Ich fürchte, dass das traditionelle Wissen um die totale Straflosigkeit der politischen Führer der USA, ihnen wieder einmal das Gefühl geben wird, dass sie nur ein sehr geringes Risiko (für sich persönlich oder für die USA) eingehen, wenn sie einen Krieg in der Ukraine auslösen. Die neueste Nachricht an der US-ukrainischen Front ist die Lieferung von 350 Tonnen militärischer Ausrüstung durch die USN (US-Navy) in Odessa. Nicht genug, um militärisch bedeutend zu sein, aber mehr als genug, um das Regime in Kiew weiter zu einem Angriff auf den Donbass und/oder die Krim zu ermutigen.

In der Tat würde ich es nicht einmal „Biden“ zutrauen einen Angriff auf den Iran zu starten, während die Welt zusieht, wie die Ukraine und Russland in

den Krieg ziehen. Schließlich ist das andere Land, dessen geostrategische Position stark verschlechtert wurde, seit Russland seine Streitkräfte nach Syrien verlegt hat, Israel. Das eine Land, dem alle US-Politiker treu und ohne Rücksicht auf irgendwelche Kosten (einschließlich der menschlichen Kosten für die USA) beistehen werden. Die Israelis fordern seit mindestens 2007 einen Krieg gegen den Iran und es wäre sehr naiv zu hoffen, dass sie nicht irgendwann ihren Willen bekommen. Zu guter Letzt ist da noch die Krise, die Blinkens, mit herablassender Chuzpe, mit China ausgelöst hat, die bisher „nur“ zu einem Wirtschaftskrieg geführt hat, die aber auch jeden Moment eskalieren kann, vor allem in Anbetracht der vielen antichinesischen Provokationen der US-Marine in letzter Zeit.

Im Moment ist das Wetter in der Ostukraine nicht förderlich für offensive militärische Operationen. Der Schnee schmilzt immer noch, was zu sehr schwierigen und schlammigen Straßenverhältnissen (auf Russisch „rasputitsa“) führt, die die Bewegung von Kräften und Truppen stark behindern. Diese Bedingungen werden sich jedoch mit der kommenden wärmeren Jahreszeit ändern, so dass die ukrainischen Streitkräfte dann ideal für einen Angriff gerüstet sein werden.

Mit anderen Worten, wenn es nicht zu einer größeren Veränderung kommt, könnten wir nur noch wenige Wochen vor einem großen Krieg stehen.



(Bild: Balkan Photos, Flickr.com, CC-o)

# Das Gesetz des Dschungels

*Wladimir Putin nimmt Stellung zu Washingtons Blockadehaltung sowie den kriminellen Machenschaften in Kiew und Weißrussland.*

Russiasgate war ein Riesenschwindel. Konstruierte Vorwürfe, in die die US-Demokraten und ihre Medien sich hineinsteigerten, um einen Schuldigen für Hillary Clintons Wahlniederlage 2016 zu haben. Was als Kopfgeburt einiger fantasiebegabter Geheimdienstler begann, wurde bald zum allgemein akzeptierten Narrativ des Westens [9]. Mittlerweile hat die paranoide Russophobie in Washington und anderswo absurde Ausmaße angenommen. Die Russen stehen ratlos vor einem Geschehen, bei dem die Gegenseite den Verstand verloren zu haben scheint. Nicht weniger schädlich als der offenkundige Verlust aller Skrupel im Washingtoner Establishment, ist das lautstarke Heer der europäischen Transatlantiker, die entschlossen scheinen, der westlichen Vormacht bis in die Hölle zu folgen. Putin vergleicht sie mit dem Schakal Tabaqui aus Rudyard Kiplings „Dschungelbuch“.

Putins Ansprache an die russische Bundesversammlung – de facto eine Rede zur Lage der Nation – glich einem Judogriff, der die Falken der transatlantischen Sphäre verblüffte. Der „Westen“ wurde nicht einmal explizit erwähnt. Nur indirekt oder über eine genüssliche Metapher aus Kiplings „Dschungelbuch“. Um Außenpolitik ging es erst am Ende, fast wie ein nachträglicher Gedanke.

Den größten Teil seiner 90 Minuten konzentrierte sich Putin auf innenpolitische Themen und stellte eine Reihe von Strategien vor, wie der russische Staat notleidenden Bürgern – einkommensschwachen Familien, Kindern, alleinerziehenden

Müttern, jungen Berufstätigen, Unterprivilegierten – helfen könne mit Maßnahmen wie kostenlose Vorsorgeuntersuchungen bis zur Möglichkeit, bald ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen.

Natürlich käme er nicht umhin, auf den gegenwärtigen, sehr volatilen Status der internationalen Beziehungen einzugehen. Doch die prägnante Art, wie er das anging, angesichts der in der transatlantischen Sphäre vorherrschenden Russophobie, war beeindruckend. Zuerst Grundsätzliches: Russlands Politik „soll Frieden und Sicherheit für das Wohlergehen unserer Bürger und die stabile Entwicklung unseres Landes gewährleisten“. Wenn aber jemand „keinen Dialog will, sondern einen egoistischen und arroganten Tonfall wählt, dann wird Russland immer einen Weg finden, seinen Standpunkt zu verteidigen“.

## Putschpläne für Weißrussland

Er erwähnte exemplarisch die „Praxis politisch motivierter, illegaler Wirtschaftssanktionen“ und verband sie mit „etwas viel Gefährlicherem“, das im Narrativ des Westens verschwiegen wird: „Der kürzlich erfolgte Versuch, einen Staatsstreich in Weißrussland zu organisieren, einschließlich der Ermordung des Präsidenten dieses Landes.“ Putin legte großen Wert auf die Feststellung, dass hier „alle Grenzen überschritten worden sind“. Der Plan, Lukaschenko zu töten, wurde von den Geheimdiensten Russlands und

## Autor: Pepe Escobar

Jahrgang 1954, ist brasilianischer Investigativjournalist, geopolitischer Analytiker und Chefkorrespondent der in Hongkong ansässigen Asia Times. Er berichtet seit 1985 als Auslandskorrespondent aus vielen Teilen der Welt und lebte in London, Paris, Mailand, Los Angeles, Washington, Bangkok und Hong Kong. Er ist außerdem ständiger Mitarbeiter von Global Research und veröffentlichte im Jahr 2015 sein Buch „2030“.



 Dieser Text wurde zuerst am 23.04.2021 auf [www.thesaker.is](http://thesaker.is/putin-rewrites-the-law-of-the-geopolitical-jungle/) unter der URL <a href="http://thesaker.is/putin-rewrites-the-law-of-the-geopolitical-jungle/">http://thesaker.is/putin-rewrites-the-law-of-the-geopolitical-jungle/ veröffentlicht. Die deutsche Übersetzung wurde zuerst am 13.05.2021 auf [www.rubikon.news](https://www.rubikon.news/artikel/das-gesetz-des-dschungels) unter der URL <a href="https://www.rubikon.news/artikel/das-gesetz-des-dschungels">https://www.rubikon.news/artikel/das-gesetz-des-dschungels Lizenz: Pepe Escobar, Rubikon, CC BY-NC-ND 4.0

Weißrusslands aufgedeckt, in deren Gewahrsam sich mehrere Akteure befinden, hinter denen – wer sonst – US-Geheimdienste stehen. Erwartungsgemäß dementierte das US-Außenministerium jede Verbindung mit dem Komplott.

Putin [1]: „Es genügt schon, auf die Geständnisse der Verschwörer hinzuweisen, dass eine Blockade von Minsk in Vorbereitung war, die sich auch auf die Infrastruktur und die Kommunikationswege erstrecken sollte – der totale Shutdown des Stromnetzes der weißrussischen Hauptstadt. Das bedeutet aber, dass sie einen massiven Cyberangriff planten. Oder was sonst? Mit einem Schalter werden sie das nicht schaffen.“

Und das führt zu einer sehr unbequemen Wahrheit: „Offenbar hatte es seinen Grund, dass unsere westlichen Kollegen hartnäckig viele Vorschläge der russischen Seite abgelehnt haben, auf dem Feld der Informations- und Cybersicherheit einen Dialog zu etablieren.“

Putin [1]: „Hören Sie, Sie können ja denken, was Sie wollen, etwa über den ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch oder Nicolas Maduro in Venezuela. Ich wiederhole, Sie können sie mögen oder nicht, inklusive Herrn Janukowitsch, der auch fast getötet wurde [2] und in einem bewaffneten Staatsstreich von der Macht entfernt wurde. Und Sie können Ihre eigene Meinung haben über die Politik des weißrussischen Präsidenten Lukaschenko. Aber die Praxis, Staatsstrieche zu inszenieren und politische Morde zu planen, einschließlich solcher an hohen Funktionären [10] – das geht eindeutig zu weit. Das überschreitet alle Grenzen. [...] Und was, wenn der Putschversuch in Weißrussland stattgefunden hätte? Der war ja das eigentliche Ziel. Wie viele Menschen wären dabei zu Schaden gekommen? Was wäre aus Weißrussland geworden? Aber davon redet niemand. Ebenso wie man sich keine Gedanken über die Zukunft der Ukraine machte während des Putsches in jenem Land“ [2].

### Asymmetrisch, schnell und hart

Putin bemerkte, wie das Diffamieren Russlands „zu einem Sport geworden ist, wer die lauteste Anschuldigung erhebt“. Und

dann benutzte er ein Bild aus Kiplings Dschungelbuch: „Russland wird bald hier, bald dort angegriffen, ohne Grund. Und natürlich laufen alle Arten von Schakalen herum, wie Tabaqui um Shir Khan, den Tiger, herum, und stehen – genau wie in Kiplings Buch – heulend bereit, ihrem Meister zu Diensten zu sein. Kipling war ein großer Schriftsteller.“

Diese – vielschichtige – Metapher wird sogar noch verblüffender, weil sie auch auf das große geopolitische Spiel des ausgehenden 19. Jahrhunderts zwischen dem britischen und dem russischen Imperium passt, in dem Kipling ein Beteiligter war.

Wieder betonte Putin: „Wir wollen wirklich keine Brücken abbrechen. Wenn aber jemand unsere guten Absichten als Unentschlossenheit oder Schwäche deutet und diese Brücken vollständig abbrennen oder sprengen will, dann sollte er wissen, dass Russlands Antwort asymmetrisch, schnell und hart sein wird.“

Also hier ist das neue Gesetz des geopolitischen Dschungels – unterstützt von Herrn Iskander, Herrn Kalibr, Herrn Avangard, Herrn Peresvet, Herrn Khinzal, Herrn Sarmat, Herrn Zirkon [3] und anderen respektablen Herren, hyperschall-schnell oder anders – Details werden nachgeliefert: Wer immer den Bären reizt bis zum Punkt der Gefährdung „unserer grundlegenden Sicherheitsinteressen, wird bedauern, was geschehen ist, wie er seit Langem nichts bedauert hat“.

Die verblüffenden Entwicklungen der letzten paar Wochen – der China-US-Gipfel in Alaska, der Gipfel mit Lawrow und Wang Yi in Guilin, der NATO-Gipfel, der strategische Pakt zwischen China und Iran, die Rede Xi Jinpings vor dem Boao-Forum – fügen sich zu einer neuen, schlichten Tatsache: Die Zeit, in der ein unilateraler Leviathan den anderen seinen Willen aufzwingen konnte, ist vorbei.

Für all jene Russophoben, die es immer noch nicht verstanden haben, fügte ein kühler, ruhiger und gefasster Putin hinzu: „Ganz sicher haben wir genügend Geduld, Verantwortungsgefühl, Professionalität, Selbstvertrauen, Vertrauen in die Richtigkeit unseres Standpunkts und Menschenverstand, wenn es gilt, Entscheidungen zu treffen. Ich hoffe aber, dass keiner auf die Idee kommt, Russlands sogenannte rote Linien zu überschreiten. Und

wo diese verlaufen, werden wir selbst in jedem Einzelfall festlegen.“

Zurück zur Realpolitik, musste Putin aufs Neue die „besondere Verantwortung“ der „fünf Atommächte“ betonen, ernsthaft über „Themen der strategischen Rüstung“ zu verhandeln. Offen bleibt, ob die Biden-Harris-Administration – hinter der ein giftiger Cocktail von Neocons und humanitären Imperialisten steht – sich darauf einlässt.

Putin: „Das Ziel solcher Verhandlungen könnte es sein, eine Umgebung konfliktfreier Koexistenz, basierend auf gemeinsamer Sicherheit, zu schaffen, die nicht nur strategische Waffen wie Interkontinentalraketen, schwere Bomber und U-Boote abdeckt, sondern, wie ich betonen möchte, jegliches offensive oder defensive System, das für strategische Aufgaben vorgesehen ist, egal mit welcher Ausrüstung.“

Wie Xis Ansprache an das Boao-Forum vorwiegend an den globalen Süden gerichtet war, hob Putin hervor: „Wir erweitern die Kontakte mit unseren engsten Partnern in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, der BRICS-Gruppe, dem Commonwealth of Independent States und den Verbündeten aus der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit [4]“ und lobte „gemeinsame Projekte im Rahmen der eurasischen Wirtschaftsunion“, vorgesehen als „praktische Werkzeuge zur Lösung nationaler Entwicklungsprobleme“. Kurz: Integrationsprojekte gemäß dem russischen Plan für „Großeurasien“.

### Spannungen und Rhetorik wie in Kriegszeiten

Vergleichen wir nun das Obige mit der White House Executive Order (der Durchführungsverordnung des Weißen Hauses), in der ein „nationaler Notstand“ erklärt wird, um „auf die russische Bedrohung zu reagieren“. Sie kommt direkt von Präsident Biden – genauer gesagt vom Team, das ihm sagt, was er tun soll, komplett mit Hörgerät und Teleprompter – und verspricht dem ukrainischen Präsidenten Zelensky, dass Washington „Maßnahmen ergreifen werde“, um Kiews Wunsch einer Rückeroberung der Krim und des Donbass zu unterstützen.

In dieser Executive Order (EO) gibt es mehrere beunruhigende Punkte: Sie verweigert de facto jedem russischen Staatsbürger das volle Zugriffsrecht auf sein US-Eigentum. Jeder US-Bürger kann angeklagt werden, ein russischer Agent zu sein, der die Sicherheit der USA gefährdet. Es gibt einen „Unter-Unterparagrafen“ betreffend „Aktionen oder Strategien, die demokratische Prozesse oder Einrichtungen in den USA oder im Ausland unterminieren“; das ist vage genug, um jeden Journalismus zu eliminieren, der Russlands Positionen in internationalen Angelegenheiten unterstützt.

Käufe russischer OFZ-Bonds [5] sind ebenso sanktioniert wie eine der Firmen, die in die Herstellung des Impfstoffes Sputnik V involviert ist. Doch der Zuckerguss auf diesem Sanktionskuchen scheint zu sein, dass von jetzt an alle russischen Staatsbürger, auch solche mit amerikanischem Pass, am Betreten amerikanischen Bodens gehindert werden können, wenn sie nicht zusätzlich zum normalen Visum eine seltene Sondererlaubnis haben.

Die russische Zeitung Wedomosti stellte dazu fest, dass in solch einer paranoiden Atmosphäre die Risiken für große Unternehmen wie Yandex oder Kaspersky Lab deutlich steigen. Trotzdem ist man in Moskau wenig überrascht über die Sanktionen. Das Schlimmste kommt noch, wissen Washington-Insider: zwei Sanktionspakete gegen Nord Stream 2, die bereits vom US-Justizministerium abgesegnet sind.

Der springende Punkt ist, dass diese Executive Order faktisch jeden, der über Russlands politische Positionen berichtet, als potenzielle Gefahr für „die amerikanische Demokratie“ darstellt. Wie der politische Topanalyst Alistair Crooke es ausdrückte, ist dies „eine Prozedur, wie man sie normalerweise im Krieg auf Bürger von feindlichen Staaten anwendet“. Er fügt hinzu: „Die US-Falken erhöhen drastisch ihren Einsatz gegen Moskau. Spannungen und Rhetorik erreichen ein Niveau wie in Kriegszeiten.“

## Eine Verschnaufpause

Offen bleibt, ob Putins Rede von der toxisch-verrückten Gang aus Neocons und humanitären Imperialisten ernsthaft un-

tersucht wird, welche sich auf simultanes Drangsalieren von Russland und China verlegt hat. Tatsache ist aber, dass auch etwas Außergewöhnliches begonnen hat: Eine Art Deeskalation.

Noch vor Putins Ansprache haben offenbar Kiew, NATO und das Pentagon die implizite Botschaft verstanden, die das schnelle Verlegen zweier russischer Armeen und starker Artillerie- und Luftwaffeneinheiten in die Krim und an die Grenzen des Donbass vermittelte – zusätzlich zu den Marineeinheiten, die aus dem Kaspischen ins Schwarze Meer verlegt wurden. Die NATO kann von solchen Kunststücken nur träumen. Die Tatsachen sprechen Bände.

Paris und Berlin waren erschrocken angesichts eines möglichen direkten Zusammenstoßes zwischen Kiew und Russland und rieten, unter Umgehung aller NATO- und EU-Instanzen, dringend davon ab.

Danach muss jemand – vielleicht Jake Sullivan – in Bidens Hörgerät geflüstert haben, dass man nicht herumläuft und den Präsidenten einer Atommacht beleidigt und erwartet, auf internationaler Ebene noch ernst genommen zu werden. So kam es nach Bidens berühmtem Telefonat mit Putin zu der Einladung zu einem Klimagipfel, auf dem viele luftige Versprechungen weitgehend rhetorisch bleiben, da das Pentagon weiterhin der größte Klimasünder auf dem Planeten bleiben wird.

Aber Washington hat immerhin einen Weg gefunden, einen Dialogkanal mit Moskau offen zu lassen. Dabei glaubt Moskau wohl kaum daran, dass das Ukraine-Donbass-Krim-Drama zu Ende sein könnte. Putin ließ dies in seiner Rede zur Lage der Nation unerwähnt, trotz der von Verteidigungsminister Shoigu befohlenen Deeskalation.

Andrej Martjanow hat schadenfroh den „Kulturschock“ beschrieben, „als es Brüssel und Washington dämmerte, dass Russland die Ukraine gar nicht haben will. Russland will, dass das Land verrottet und implodiert, ohne dass Russland von den Exkrementen getroffen wird. Den Westen für das Aufräumen dieses Riesenschlamasels bezahlen zu lassen, gehört zum Plan für das ukrainische Bantustan dazu“ [6].

Die Tatsache, dass Putin dieses Bantustan in seiner Rede nicht einmal erwähnt, stützt diese Analyse. Was die „roten Lini-

en“ anbelangt, bleibt Putins implizite Botschaft bestehen: Ein NATO-Stützpunkt an Russlands Westflanke wird auf keinen Fall toleriert. Paris und Berlin wissen das. Die EU verdrängt es. Und die NATO wird es niemals zugeben. Es läuft wieder auf die Schlüsselfrage hinaus: Wird es Putin gelingen, mit einem kombinierten Bismarck-Sun-Tzu-Manöver [7] entgegen aller Wahrscheinlichkeit eine dauerhafte deutsch-russische Entente Cordiale – das ist weit weniger als ein Bündnis – zu schmieden? Nord Stream 2 ist dafür eine essenzielle Zutat – und genau das treibt die Falken in Washington zur Weißglut.

Egal was noch passiert, praktisch haben wir jetzt den Eisernen Vorhang 2.0, der wird so schnell nicht verschwinden. Es wird weitere Sanktionen geben. Man hat den Bären mit allem beworfen, außer mit einem heißen Krieg. Es wird spannend, wie und mit welchen Schritten Washington seine „Deeskalation und den diplomatischen Prozess“ [8] mit Russland versuchen wird.

Der Hegemon mag immer einen Weg finden, eine große PR-Kampagne aufzusetzen und am Ende diplomatischen Erfolg für die „Auflösung“ der Pattsituation zu vermelden. Nun, das ist besser als ein heißer Krieg. Ansonsten weiß der bescheidene Dschungelabenteurer nun Bescheid: Probier irgendwelche Tricks und mach dich gefasst auf „asymmetrisch, schnell und hart“.

## Quellen:

[1] Moon of Alabama, Vladimir Putin On Petty Tabaquis And International Issues, 21.04.2021 <<https://www.moonofalabama.org/2021/04/vladimir-putin-on-petty-tabaquis-and-other-international-issues.html#more>>

[2] Im Februar 2014, bei dem Putsch in Kiew.

[3] Namen russischer Waffensysteme.

[4] Ein Militärbündnis Russlands mit einer Reihe ehemaliger Sowjetrepubliken.

[5] OFZ-Bonds sind russische Staatsanleihen. Sie wurden bis 2018 zu rund einem Drittel ihres Ausgabevolumens von ausländischen Investoren gehalten.

[6] „Bantustan“ ist die verächtliche Bezeichnung für ein Gebiet, dessen Einwohner ein Leben ohne volle zivile und politische Rechte führen müssen.

[7] Sun Tzu, geboren 544 vor Christus, war ein chinesischer General, Militärstrategie, Philosoph und Autor des zeitlosen Klassikers „Die Kunst des Krieges“

[8] Das kündigte Präsident Biden mit diesen Worten an (Mitte April 2021).

[9] Rubikon, „Die Lügenmaschine“, am 16.12.2020, <<https://www.rubikon.news/artikel/die-lugenmaschine>>.

[10] Ein Beispiel war die Ermordung des iranischen Generals Qasem Soleimani am 3. Januar 2020, die von den USA offiziell zugegeben wird.



Foto: Dimitri Svetsika, Pixabay.com/5243730, Lizenz: CC-o.

# Die offene Gesellschaft und ihre neuen Feinde

*Werden bedingungslos gesicherte Grundrechte in Privilegien umgewandelt, ist unsere Freiheit am Ende.*

**Autor: Michael Esfeld**

Professor für Wissenschaftsphilosophie an der Universität Lausanne in der Schweiz und Mitglied des Akademischen Beirats des Liberalen Instituts. Zusammen mit Christoph Lütge veröffentlichte er das Buch „Und die Freiheit? Wie die Corona-Politik und der Missbrauch der Wissenschaft unsere offene Gesellschaft bedrohen“ <<https://www.m-vg.de/riva/shop/article/21297-und-die-freiheit/>>.



<[www.michaelesfeld.com](http://www.michaelesfeld.com)>



Dieser Text wurde zuerst am 17.04.2021 auf [www.libinst.ch](http://www.libinst.ch) unter der URL <<https://www.libinst.ch/?i=die-offene-gesellschaft-und-ihre-neuen-feinde>> veröffentlicht. Lizenz: ©Michael Esfeld, Liberales Institut

Das Buch „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ von Karl Popper war eine der intellektuellen Grundlagen für die politische Weichenstellung, die man an Winston Churchills Reden in Fulton (Missouri) und Zürich 1946 festmachen kann: die Bildung einer westlichen Staatengemeinschaft, die auf Rechtsstaat und Menschenrechten basierend sich dem Sowjetimperium entgegensetzt. Dadurch wurde der eiserne Vorhang nicht nur zu einer physischen, sondern vor allem auch zu einer weltanschaulichen Grenze – die Behauptung von Freiheit gegen den Machtanspruch des Totalitarismus. Diese Weichenstellung setzte einen Rahmen, der alle wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien im Westen umfasste: Was auch immer für verschiedene Interessen und unterschiedliche parteipolitische Programme bestanden, der auf Grundrechten basierende freiheitliche Rechtsstaat – im Gegensatz zum Totalitarismus des Sowjetimperiums – stand nicht zur Disposition. Diese Weichenstellung prägte Politik und Gesellschaft über vier Jahrzehnte. 1989, nach dem Fall der Berliner Mauer, schien keine neue Weichenstellung erforderlich: Freiheit und Rechtsstaat hatten sich durchgesetzt. Francis Fukuyama sprach sogar vom Ende der Geschichte [1].

Das war ein Irrtum. Die Weichenstellung erfolgt jetzt, im Jahre 2021. Auch

heute geht es um eine Weichenstellung zwischen Freiheit und Totalitarismus, die wiederum unser Leben für die kommenden Jahrzehnte prägen könnte. Und es geht wieder um einen Trend, der alle wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien umfassen könnte, was auch immer ansonsten ihre Unterschiede sein mögen. Diese Weichenstellung wird man daran festmachen können, welche Konsequenzen wir aus der Coronakrise ziehen.

## Popper über die offene Gesellschaft

Die offene Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass sie jeden Menschen als Person anerkennt: Die Person hat eine unveräußerliche Würde. Sie hat die Freiheit, ihr Leben nach eigenem Ermessen zu gestalten, ebenso wie die Verantwortung, für ihr Handeln auf Verlangen Rechenschaft abzulegen. Freiheit ist die „condition humaine“. Wenn wir denken und handeln, sind wir frei. Das ist deshalb so, weil man für Gedanken und Handlungen – und nur für diese – Gründe und damit Rechtfertigungen verlangen kann. Für Verhalten, das eine Reaktion auf biologische Reize und Begierden ist, ergibt es hingegen keinen Sinn, Gründe zu verlangen. Frei sind wir, weil die Spezies

Mensch sich in der Evolution von dem Zwang befreit hat, einer bloßen Reaktion auf Reize unterworfen zu sein.

Aus dieser Freiheit ergeben sich Grundrechte. Das sind Rechte der Abwehr gegen äußere Eingriffe in die eigene Urteilsbildung darüber, wie man sein Leben gestalten will. In der Philosophie werden diese Grundrechte so gedacht, dass sie mit der Existenz von Personen als solcher gegeben sind. Sie hängen also nicht vom positiven Recht eines Staates und kontingenten historischen Umständen ab. So zum Beispiel im Naturrecht seit der Antike; in der Aufklärung, die universelle Menschenrechte politisch einforderte, die für alle Menschen in gleicher Weise gelten und unter anderem zur Abschaffung der Sklaverei führten; bei Kant, dessen kategorischer Imperativ fordert, Menschen stets als Zweck an sich selbst und nie nur als Mittel zu einem Zweck zu behandeln; im 20. Jahrhundert unter anderem auch in der Diskursethik von Karl-Otto Apel oder der Theorie der Gerechtigkeit von John Rawls. Der Staat ist ein Rechtsstaat, der diese Rechte schützt; er lenkt die Gesellschaft nicht, sondern lässt den Menschen freien Lauf, ihre sozialen Beziehungen zu gestalten.

Popper zufolge sind die intellektuellen Feinde der offenen Gesellschaft diejenigen, die für sich reklamieren, das Wissen um ein gemeinschaftliches Gut zu besitzen. Aufgrund dieses Wissens nehmen sie in Anspruch, die Gesellschaft technokratisch steuern zu können, um dieses Gut zu verwirklichen. Dieses Wissen ist sowohl faktisch-naturwissenschaftlicher als auch normativ-moralischer Art: Es ist moralisches Wissen um das höchste Gut zusammen mit naturwissenschaftlichem bzw. technokratischem Wissen darüber, wie man die Lebenswege der Menschen steuern muss, um dieses Gut zu erreichen. Deshalb steht dieses Wissen über der Freiheit der einzelnen Menschen, nämlich über deren eigener Urteilsbildung darüber, wie sie ihr Leben gestalten möchten.

Diese Feinde kommen aus dem Inneren unserer Gesellschaft. Popper macht das am Übergang von Sokrates zu Platon und dann von Kant zu Hegel und Marx fest. Sokrates und Kant legen den intellektuellen Grund für die offene Gesellschaft;



Sir Karl Raimund Popper CH FBA FRS (28. Juli 1902 – 17. September 1994) war ein österreichisch-britischer Philosoph, akademischer und sozialer Kommentator. (Foto: Arturo Espinosa, Flickr.com/photos/espinosa\_rosique/8302670045, Lizenz: CC BY 2.0)

Platon, Hegel und Marx zerstören diesen, indem sie die Suche nach dem, was jeder als ein für sich gelingendes Leben ansieht, durch den Wissensanspruch um ein absolutes Gutes ersetzen, auf das die Geschichte zusteuert. Dieses Wissen berechtigt sie dazu, sich über Grundrechte und Menschenwürde hinwegzusetzen; denn es geht um das Ziel des menschlichen Daseins. Deshalb handelt es sich um einen Totalitarismus: Die gesamte Gesellschaft bis hin zum Leben der Familien und der Individuen wird auf die Verwirklichung des angeblichen absoluten Guten ausgerichtet, ohne dass durch Menschenwürde und Grundrechte Schranken gesetzt sind.

Diese Feinde der offenen Gesellschaft sind durch die Massenmorde entlarvt worden, die sich im 20. Jahrhundert auf dem Weg zur Verwirklichung des angeblich Guten als unumgänglich erwiesen haben. Auf diesem Weg wurden nicht nur Menschenwürde und Grundrechte beseitigt, sondern zugleich auch ein schlechtes Resultat in Bezug auf das absolut gesetzte, angebliche Gute erzielt. Unter kommunistischen Regimen hat es auf dem Weg zur klassenlosen, ausbeutungsfreien Gesellschaft schlimmere wirtschaftliche Ausbeutungsverhältnisse gegeben als jemals im Kapitalismus.

Der Weg zum Ziel einer reinrassigen Volksgemeinschaft hat im Nationalso-

zialismus eben dieses Volk an den Rand des Untergangs geführt. Diese Ideen und ihre politischen Folgen gehören in der Tat der Geschichte an.

## Die neuen Feinde der offenen Gesellschaft

Nichtsdestoweniger stehen wir heute wieder vor einer Weichenstellung zwischen offener Gesellschaft und Totalitarismus. Die neuen Feinde der offenen Gesellschaft kommen wieder aus dem Inneren der Gesellschaft mit Wissensansprüchen, die zugleich kognitiver und moralischer Art sind und die wiederum eine technokratische Gestaltung der Gesellschaft zur Folge haben, die sich über Menschenwürde und Grundrechte hinwegsetzt. Allerdings operieren die neuen Feinde der offenen Gesellschaft nicht mit dem Trugbild eines absolut Guten, sondern mit gezielt geschürter Angst vor Bedrohungen, die angeblich unsere Existenz gefährden. Diesen Bedrohungen liegen Fakten zugrunde, wie die Ausbreitung des Coronavirus oder der Klimawandel, der mit der Industrialisierung in den letzten zwei Jahrhunderten korreliert. Man nimmt diese Bedrohungen zum Anlass, um bestimmte Werte absolut zu setzen, wie Gesundheitsschutz oder Klimaschutz. Eine Allianz aus Experten, Politikern und manchen Wirtschaftsführern nimmt für sich in Anspruch, das Wissen zu haben, wie man das gesellschaftliche bis hin zum familiären und individuellen Leben steuern muss, um diese Werte zu sichern. Wiederum geht es um ein höheres gesellschaftliches Gut – Gesundheitsschutz, Lebensbedingungen zukünftiger Generationen – hinter dem individuelle Menschenwürde und Grundrechte zurückzustehen haben.

Der eingesetzte Mechanismus besteht darin, diese Herausforderungen so ins Rampenlicht zu stellen, dass sie als existenzielle Krisen erscheinen – ein Killervirus, das umgeht, eine Klimakrise, welche die Existenzgrundlagen unserer Kinder bedroht. Die Angst, die man auf diese Weise schürt, ermöglicht es dann, Akzeptanz dafür zu erhalten, die Grundwerte unseres Zusammenlebens beiseite zu schaffen – genau wie in den von Popper



Verhungerte Bauern auf der Straße in Charkow während der Hungersnot in der sowjetischen Ukraine, 1932-1933. (Foto: Wikipedia.org, gemeinfrei. Erstveröffentlichung in „Muss Russland Hungern?“, Wilhelm Braumüller, Wien 1935).

kritisierten Totalitarismen, in welchen das angeblich Gute sehr viele Menschen zu de facto verbrecherischen Handlungen motivierte. Es sind ja nicht in erster Linie Böse, die Böses tun, sondern häufig Gute, die aus Sorge um einen ihrer Überzeugung nach bedrohten und existenziell wichtigen Wert Dinge tun, die letztlich verheerende Folgen haben.

Dieser Mechanismus trifft die offene Gesellschaft ins Mark, weil man ein bekanntes Problem ausspielt, nämlich das der negativen Externalitäten. Damit ist Folgendes gemeint: Die Freiheit des einen endet dort, wo sie die Freiheit anderer bedroht. Handlungen des einen – einschließlich der Verträge, die er eingeht – haben Auswirkungen auf Dritte, die außerhalb dieser Beziehungen stehen, deren Freiheit zur Gestaltung ihres Lebens aber durch diese Handlungen beeinträchtigt werden kann. Die Grenze, jenseits welcher die freie Lebensgestaltung des einen der freien Lebensgestaltung anderer einen Schaden zufügt, ist nicht von vornherein festgelegt. Man kann sie eher weit oder eher eng fassen. Der genannte Mechanismus besteht nun darin, mittels Erzeugens von Angst und unter dem Deckmantel von Solidarität diese Grenze so eng zu fassen, dass de facto kein Spielraum mehr für die freie Lebensgestaltung bleibt: Jede freie Lebensgestaltung des einen kann so ausgelegt werden, dass mit ihr negative Externalitäten einhergehen, die potenziell eine Bedrohung für die freie Lebensgestaltung anderer darstellen.

Die neuen Feinde der offenen Gesellschaft schüren die Angst vor der Ausbreitung einer angeblichen Jahrhundertseu-

che – aber natürlich kann jede Form physischen Kontaktes zur Ausbreitung des Coronavirus (ebenso wie anderer Viren und Bakterien) beitragen. Sie schüren die Angst vor einer drohenden Klimakatastrophe – aber natürlich kann jede Handlung Auswirkungen auf die nicht-menschliche Umwelt haben und dadurch zur Veränderung des Klimas beitragen. Mithin soll jeder nachweisen, dass er mit seinem Handeln nicht unabsichtlich zur Ausbreitung eines Virus oder zur Schädigung des Klimas beiträgt usw. – die Liste könnte man beliebig erweitern. So stellt man alle Menschen unter Generalverdacht, letztlich mit allem, was sie tun, andere zu schädigen. Man kehrt die Beweislast um: Es muss nicht der konkrete Nachweis geführt werden, dass jemand mit bestimmten seiner Handlungen andere schädigt. Vielmehr muss jeder nachweisen, dass er andere nicht schädigt, einschließlich der Mitglieder zukünftiger Generationen. Dementsprechend können sich die Menschen von diesem Generalverdacht nur dadurch befreien, dass sie ein Zertifikat erwerben, durch das sie sich reinwaschen – wie einen Impfpass, einen Nachhaltigkeitspass oder generell einen sozialen Pass.

---

#### Das ist eine Art moderner Ablasshandel.

---

Damit ist Freiheit abgeschafft und ein neuer Totalitarismus installiert; denn die Ausübung von Freiheit und die Gewährleistung von Grundrechten hängt dann von einer Genehmigung ab, die eine Elite von Experten erteilt – oder eben verweigert.

Die Weichenstellung, vor der wir stehen, ist somit diese: Eine offene Gesellschaft, die jeden bedingungslos als Person mit einer unveräußerlichen Würde und Grundrechten anerkennt; oder eine geschlossene Gesellschaft, zu deren sozialem Leben man Zutritt erhält durch ein Zertifikat, dessen Bedingungen bestimmte Experten definieren, wie einst die Philosophen-Könige Platons. Genau wie letztere, deren Wissensansprüche von Popper entlarvt wurden, haben auch ihre heutigen Nachfahren kein Wissen, das sie in die Position versetzen würde, solche Bedingungen ohne Willkür festzusetzen.

## Das Trugbild von Wissen zur Steuerung der Gesellschaft

Virenausbrüche in ähnlicher Größenordnung wie die gegenwärtige Corona-Pandemie hat es häufig gegeben – zuletzt die Asien-Grippe Mitte der 1950er und die Hongkong-Grippe Ende der 1960er Jahre. Offene Gesellschaften haben diese stets erfolgreich durch spontane Verhaltensanpassung und rein medizinische Mittel bekämpft. Dieses Wissen um effiziente Pandemie-Bekämpfung wurde im Frühjahr 2020 über Bord geworfen. Die Experten, die für die bewährte medizinische Strategie mit allgemeinen Hygiene-Empfehlungen und gezieltem Schutz der Risikopersonen eintraten, wurden diffamiert – als ob jeder, der mit welcher wissenschaftlichen Reputation auch immer für den traditionellen Umgang mit einer Pandemie eintrat, seinen Verstand verloren hätte. Das Ziel war, an die Stelle der medizinischen eine politische Strategie zu setzen, welche die gesamte Gesellschaft durch allumfassende Kontrolle der physischen Kontakte durch die Pandemie hindurchzusteuern versucht. Menschenwürde und Grundrechte stehen hinter dieser Kontrolle zurück. Es geht dabei nicht um Solidarität mit den gefährdeten Personen. Deren gezielter Schutz wird durch die politische Reglementierung des gesamten sozialen Lebens unterminiert. Die politische Reglementierung des sozialen Lebens aller wird geradezu zu einer Entschuldigung dafür, sich nicht gezielt um den Schutz der gefährdeten Personen kümmern zu müssen, mit fatalen Folgen für diese, sichtbar in der skandalös hohen Anzahl von Corona-Toten in den Alters- und Pflegeheimen. Es geht um soziale Kontrolle der Lebensgestaltung aller.

Inzwischen liegen zahlreiche Studien vor, die nachweisen, dass politische Repressalien wie Lockdowns keinen statistisch signifikanten Unterschied in der Bekämpfung der Corona-Pandemie ergeben [2]. Das kann man so veranschaulichen: Man legt Personen die relevanten Daten zum Infektionsgeschehen wie Krankenhauseinweisungen und Todesfälle im Verhältnis zur Bevölkerung aus Ländern mit ähnlicher geographischer Lage und wirtschaftlicher Entwicklung über eine längere Zeitspanne hinweg vor. Anhand dieser

Daten lässt sich nicht ersehen, welche dieser Länder scharfe politische Maßnahmen wie einen Lockdown mit der Anordnung, zu Hause zu bleiben, ergriffen haben und welche nicht [3].

Ein Beispiel ist der Vergleich zwischen Deutschland und Schweden ab Mai 2020, nachdem Schweden die anfänglichen Versäumnisse im Schutz der Alters- und Pflegeheime in den Griff bekommen hatte: Zwischen Schweden ohne Lockdown und Deutschland mit Lockdown gibt es seit Mai 2020 keinen statistisch signifikanten Unterschied im Erfolg der Bekämpfung der Pandemie. Ein anderes Beispiel sind Bundesstaaten in den USA, wie etwa Florida und Kalifornien, die wegen ihres warmen Klimas und der Küstenlage vergleichbar sind. Seit September 2020 folgt der Gouverneur von Florida die Erkenntnisse der Wissenschaft, nämlich derjenigen Wissenschaft, mit der Pandemien in vergleichbarer Größenordnung stets medizinisch erfolgreich bekämpft wurden. Florida steht trotz aller katastrophalen Prophezeiungen, wenn man dieser Wissenschaft folgt, in der Pandemie-Bekämpfung nicht schlechter da als Kalifornien, wo weiterhin politische Repressalien bestehen. Ähnliches gilt für South Dakota, das nie zu politischen Zwangsmaßnahmen griff, im Vergleich zu North Dakota.

Mehr noch: Inzwischen bestätigen zahlreiche Studien aus vielen Ländern, dass die gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Schäden der so genannten Corona-Schutzmaßnahmen deren Nutzen bei weitem übersteigen werden. Berechnet wird dies auf folgende Weise: Man akzeptiert die Annahme, dass Lockdowns tatsächlich vorzeitige Todesfälle infolge einer Infektion mit dem Coronavirus in einer statistisch signifikanten Weise verhindern können. Man schätzt dann die Lebensjahre ab, die durch einen Lockdown gewonnen werden können und vergleicht sie mit den Lebensjahren, die infolge der gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Schäden, die Lockdowns anrichten, verloren gehen; denn Menschen werden wegen dieser Schäden früher sterben als es ansonsten der Fall wäre. Diese Todesfälle treten natürlich erst in der Zukunft auf, und zwar weltweit und in sozial ungleich verteilter

Weise: Sie betreffen in erster Linie unterprivilegierte soziale Schichten und sich entwickelnde Länder, vor allem durch die Rückschritte in der Gesundheitsversorgung und Armutsbekämpfung in diesen Ländern. Diese Zahlen lassen sich nicht exakt abschätzen, aber ihre Größenordnung ist eindeutig: Die Schäden an verloren gehenden Lebensjahren übertreffen die möglicherweise gewonnenen Lebensjahre um ein Vielfaches [4].

All das bestätigt ein bekanntes Resultat: Wenn man Wert X – hier Gesundheitsschutz – über Menschenwürde und Grundrechte stellt, dann zerstört man nicht nur diese, sondern erzielt im Endeffekt auch ein schlechtes Resultat in Bezug auf X. In diesem Falle sind das gravierende negative Effekte für den Gesundheitsschutz, für die gesamte Bevölkerung und weltweit betrachtet, in Folge der verheerenden Schäden, welche die so genannten Corona-Schutzmaßnahmen anrichten. Man sollte hieraus die Konsequenz ziehen, Lockdowns und dergleichen in der Verfassung zu verbieten, damit sich das, was wir seit März 2020 erlebt haben, nicht wiederholen kann.

Ähnliches ist jedoch leider bei dem politischen Umgang mit der Klimakrise zu befürchten. Die mit der Industrialisierung korrelierte Erderwärmung ist zweifellos eine ernsthafte Herausforderung. Nichtsdestoweniger zeigt uns der Umgang mit Klimaveränderungen in der Geschichte, wie die Menschheit diese bisher stets durch spontane Anpassung und technologische Innovation gemeistert hat. Dafür bietet die offene Gesellschaft die besten Bedingungen. Politische Bedingungen zu stellen in Form einer Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft, die sich wiederum über Menschenwürde und Grundrechte hinwegsetzt und die mit ziemlich willkürlichen, politisch beeinflussten Definitionen dessen operiert, was jeweils nachhaltig sein soll, führt nicht zum Ziel. Die Fakten zeigen schon jetzt, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Industrieländern ohne Energiewende bisher (wie Frankreich, England, USA) prozentual in gleicher Größenordnung zurückgegangen ist wie in Ländern, die in den letzten 20 Jahren mit enormem finanziellen Aufwand eine Energiewende betrieben haben (Deutschland). Entscheidend

ist technologische Innovation und nicht politische Bevormundung, die sich auf Wissenschaftler stützt, welche moralisch-normatives Wissen zur Steuerung der Gesellschaft beanspruchen. Es ist wiederum zu befürchten, dass die politische Lenkung zur angeblichen Rettung des Weltklimas eine gezielte, lokale Bekämpfung derjenigen konkreten Umweltprobleme geradezu verhindert, die tatsächlich in der Gegenwart jedes Jahr eine Vielzahl von Todesopfern fordern.

Es ist kein Zufall, dass es weitgehend dieselbe Gruppe von Experten und ihren Organisationen wie Akademien im Verbund mit einigen Politikern und manchen Wirtschaftsführern ist, welche Coronakrise und Klimakrise zum Anlass nehmen, uns von einer offenen in eine geschlossene Gesellschaft hineinzusteuern.

Die Ausbreitung des Coronavirus soll offenbar als Generalprobe für Folgendes erhalten: Durch das gezielte Schüren von Angst negative Externalitäten so umfassend zu definieren, dass jede Freiheitsausübung unter Generalverdacht steht, um dann eine Kontrolle der Freiheit durch von angeblichen Experten formulierte Bedingungen durchsetzen zu können.

Wieso geschieht das? Für viele Wissenschaftler und Intellektuelle ist es offenbar schwer einzugestehen, kein normatives Wissen zu haben, das die Steuerung der Gesellschaft ermöglicht. Sie erliegen der Versuchung, die bereits Popper bei den von ihm kritisierten Intellektuellen und Wissenschaftlern ausmachte. Für Politiker ist es wenig attraktiv, am besten nichts zu tun und das Leben der Menschen seinen Gang gehen zu lassen. Da kommt die Gelegenheit recht, altbekannte, aber in neuer Form auftretende Herausforderungen zu existenziellen Krisen hochzureden und Angst zu schüren mit pseudo-wissenschaftlichen Modellrechnungen, die in Katastrophen-Prognosen münden. Dann können Wissenschaftler sich mit politischen Forderungen ins Rampenlicht stellen, denen durch den angeblichen Notstand keine rechtsstaatlichen Grenzen gesetzt sind. Politiker können durch wissenschaftliche Legitimation eine Macht erhalten, in das Leben der Menschen einzugreifen, die sie auf demokratischem, rechtsstaat-

lichem Wege nie erlangen könnten. Bereitwillig hinzu gesellen sich diejenigen wirtschaftlichen Akteure, die von dieser Politik profitieren und die Risiken ihrer Unternehmen auf den Steuerzahler abwälzen können.

Es gibt einzelne Wissenschaftler, Politiker und Wirtschaftsführer, die bereits bei vergangenen Virenausbrüchen wie der Schweinegrippe 2009 politische Zwangsmaßnahmen gefordert hatten. Diese Personen waren darauf vorbereitet, den nächstbesten Virusausbruch dafür zu nutzen, um ihre Pläne – aus aufrichtiger Überzeugung, Machtwillen oder Profitinteressen – durchzusetzen. Aber gerade die Wissenschaftstheorie Poppers lehrt uns, dass kein Individuum oder Gruppe von Individuen die Entwicklung der Gesellschaft mittels eines vorbereiteten Planes (einer «Verschwörung») bestimmen kann. Es waren kontingente Umstände – wie vielleicht die Bilder aus Wuhan und Bergamo – verbunden mit Panikreaktionen, die dazu führten, dass diesmal diese Pläne in breiten Kreisen von Medien, Politikern und Wissenschaftlern Anklang fanden. Es bildete sich dann ein Trend aus, der immer mehr gesellschaftliche Akteure mit sich riss und dem man sich nur schwer entziehen konnte.

Diese Situation ist gut mit dem Ausbruch des ersten Weltkriegs vergleichbar, der sich auch aus kontingenten Umständen im Juli 1914 entwickelt hatte. In der Tat besteht die Gefahr, dass sich die Geschichte des 20. im 21. Jahrhundert wiederholt: Der politische Umgang mit der Corona-Pandemie entspricht dem ersten Weltkrieg. Forderungen einer radikalen Umwälzung der Gesellschaft wie „Zero Covid“ (und deren Pendant im Klima-Aktivismus) entsprechen dem Bolschewismus. Gegen diese Forderungen und das Versagen der Eliten insgesamt formiert sich ein radikaler Rechtspopulismus, der sich zum zeitgenössischen Pendant des Faschismus entwickeln könnte. Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Zwangsmaßnahmen und das unbegrenzte Gelddrucken, um diese Folgen aufzufangen, könnten zu Inflation und schließlich einer Wirtschaftskrise führen wie am Ende der 1920er Jahre, in der die liberalen Kräfte in Kontinentaleuropa zwischen Bolschewismus und Fa-

schismus zerrieben wurden. Es ist wichtig, sich dieser Gefahr bewusst zu sein, die Parallelen zum Ablauf des 20. Jahrhunderts zu erkennen und sich dem fatalen Trend, der sich im Umgang mit der Corona-Pandemie ausgebildet hat, entgegenzustellen.

### Das Problem negativer Externalitäten und seine Lösung

Das Problem, das hier zutage tritt, ist ein altes. Es wohnt auch dem rein auf Schutz beschränkten Staat inne: Um jeden wirkungsvoll vor Gewalt zu schützen, müsste von jedem zu jeder Zeit der Aufenthaltsort nachweisbar sein; um die Gesundheit von jedem wirkungsvoll vor Ansteckung durch Viren zu schützen, müssten von jedem zu jeder Zeit die physischen Kontakte kontrollierbar sein. Das Problem ist die willkürliche Definition von negativen Externalitäten, gegen die auch der Liberalismus und sogar der Libertarismus per se nicht gefeit sind. Denn es ist nicht klar, was eine negative Externalität ist und was nicht. So kann man aus der Ausbreitung von Viren oder der Veränderung des Weltklimas negative Externalitäten ableiten, die letztlich in jeglichem Handeln von Menschen auftreten und die eine Reglementierung erfordern, sei es eine staatliche, sei es eine marktwirtschaftliche über die Ausweitung von Eigentumsrechten. Man könnte zum Beispiel jeder Person Eigentumsrechte an der sie umgebenden Luft zusprechen, so dass diese Luft nicht durch Viren belastet sein darf, die durch menschliche Körper verbreitet werden, oder bestimmte klimatische Bedingungen erfüllen muss, die durch menschliche Handlungen beeinflusst werden usw.

Folglich ist der Gegensatz nicht der zwischen Staat und freien Märkten. In diesem Schema zu denken, greift zu kurz, um das zugrunde liegende Problem der willkürlichen Ausweitung negativer Externalitäten anzugehen. Die Kontrolle kann durch staatliche oder private Stellen erfolgen. Die Zertifikate, welche die Menschen reinwaschen und die Teilnahme am sozialen und wirtschaftlichen Leben ermöglichen, können von privaten oder staatlichen Stellen ausgegeben werden. Es kann Kon-

kurrenz in Bezug auf sie und ihre konkrete Ausgestaltung geben. Das alles ist letztlich irrelevant. Der Punkt ist der Totalitarismus der allumfassenden Kontrolle, in den auch liberal angelegte Staats- und Gesellschaftsordnungen ableiten können, wenn man es zulässt, negative Externalitäten so willkürlich zu definieren, dass am Ende jeder mit all seinem Handeln unter dem Generalverdacht steht, andere zu schädigen.

Dagegen kann man nur mit einem substanziellen Menschenbild angehen, das auf Freiheit und Menschenwürde basiert. Daraus ergeben sich Grundrechte, die in folgendem Sinne bedingungslos gelten: Ihre Geltung kann nicht einem höheren Ziel untergeordnet werden. Sie können nur ausgesetzt werden, wenn die Verteidigung der Existenz des Staates, der ihre Geltung durchsetzt, dieses erfordert, wie im Falle eines äußeren Angriffs. Das ist das Fundament der offenen Gesellschaft im Sinne Poppers, das, wie oben erwähnt, gelegt wird durch das Naturrecht, die Forderung der politischen Durchsetzung universeller Menschenrechte in der Aufklärung usw. Zu der offenen Gesellschaft gehört eine Wissenschaft, die ebenso offen ist in ihrer Forschung und Lehre wie die Gesellschaft, genauso wie Vertragsfreiheit und die mit ihr verbundene wirtschaftliche Freiheit. Letztere besteht aber nicht für sich allein, sondern nur auf dem genannten Fundament. Denn nur von diesem Fundament aus, das jedem unbedingt das Recht zur freien Lebensgestaltung zuspricht, kann man dann negative Externalitäten eingrenzen in Form konkreter und signifikanter Schädigungen der Freiheit anderer, welche dann in der Tat äußere Eingriffe in die Lebensführung von Personen rechtfertigen.

Noch einmal anders formuliert: Das Axiom ist die Freiheit jeder Person im Denken und Handeln; einen Menschen als Person anzuerkennen, heißt, ihm diese Freiheit zu gewähren und damit seine Würde zu respektieren. Damit ist das Recht verbunden, sein Leben selbst zu gestalten. Es gibt keinen moralischen Wert, der über dieser Würde steht und in Hinblick auf den es gerechtfertigt sein könnte, negative Externalitäten zu definieren, die das Handeln jedes Menschen unter den Generalverdacht der Schädi-

gung anderer im Hinblick auf diesen Wert stellen (wie Gesundheitsschutz oder Klimaschutz). In der Philosophie nennt man eine solche Überlegung ein transzendentes Argument, das a priori gilt. Empirisch, aus der Geschichte ebenso wie aus der Erfahrung, die wir zur Zeit wieder machen, ist zudem offensichtlich (wenn man nur hinschauen will), dass dann, wenn man diese Grundlage verlässt, stets großer Schaden für die allermeisten Menschen angerichtet wird und Nutzen nur für die Elite derjenigen, welche von den Bedingungen profitieren, die den Zutritt zur geschlossenen Gesellschaft regeln. Dieses empirische Argument ergänzt das genannte transzendente Argument.

Wie nach dem zweiten Weltkrieg stehen wir heute vor einer Weichenstellung, welche unsere Gesellschaft für die kommenden Jahrzehnte prägen könnte, weil sie einen Trend setzen könnte, der alle wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien umfasst. Peter Sloterdijk hat im März 2020, zu Beginn der Coronakrise, gesagt, dass der Westen sich als genauso autoritär wie China erweisen wird [5]. Leider sollte er im vergangenen Jahr in einer Weise Recht bekommen, die viele, der Autor dieses Papiers eingeschlossen, nach der Erfahrung der Totalitarismen des 20. Jahrhunderts nicht für möglich gehalten haben. Ein großer Teil der Organisationsformen der gesellschaftlichen Gruppen ebenso wie der politischen Parteien – einschließlich derer, welche die Bezeichnung «liberal» führen – hat sich in den Trend zu dem neuen Totalitarismus umfassender Kontrolle eingereiht. Aber es gab auch viele, die sich aus liberaler, religiöser oder sozialer Überzeugung dagegen gewandt haben – oder einfach nur, weil sie sich nicht den gesunden Menschenverstand haben nehmen lassen durch eine modellierte Realität, die ihnen Medien vorgegaukelt haben.

Es ist höchste Zeit, dass wir uns der Weichenstellung bewusst werden, vor der wir stehen. Dazu braucht es einen nüchternen Blick, der sich nicht von den Ängsten trüben lässt, welche die neuen Feinde der offenen Gesellschaft schüren, nämlich den Blick und das Vertrauen darauf, was jeden einzelnen von uns als vernunftbe-

gabtes Lebewesen auszeichnet: die Würde der Person, die in ihrer Freiheit im Denken und Handeln besteht [6].

## Zusammenfassung

Wie nach dem zweiten Weltkrieg stehen wir heute erneut vor einer Weichenstellung zwischen Freiheit und Totalitarismus – zwischen einer offenen Gesellschaft, die jeden Menschen bedingungslos als Person anerkennt und einer geschlossenen Gesellschaft, die die Gewährung von Grundrechten an bestimmte Bedingungen knüpft.

Herausforderungen wie die Ausbreitung des Coronavirus oder der Klimawandel sind in ihrer Qualität und Größenordnung nicht völlig neu. Solche Herausforderungen wurden von offenen Gesellschaften stets durch spontane Verhaltensanpassung und technologische Innovation gemeistert.

Akteure aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft in Verbindung mit Massenmedien reden diese Herausforderungen zu existenziellen Krisen für die Menschheit hoch, um mittels gezielt geschürter Angst Akzeptanz dafür zu erhalten, die Grundwerte unseres Zusammenlebens beiseite zu schaffen.

Man spielt dabei Externalitäten so aus, dass letztlich jedes freie Handeln unter dem Verdacht steht, andere zu schädigen. Von diesem Verdacht kann man sich dann nur durch einen Impf-, Nachhaltigkeits- oder allgemein sozialen Pass befreien. Die Ausübung von Freiheit wird damit unter Bedingungen gestellt, die Experten festsetzen, welche für sich in Anspruch nehmen, ein moralisch-normatives Wissen zur Steuerung der Gesellschaft zu haben – wie einst die Philosophen-Könige Platons.

Dagegen kann man nur mit einem substanziellen Menschenbild angehen, das auf Freiheit und Menschenwürde basiert, woraus sich Grundrechte ergeben, die bedingungslos gelten. Es gibt keinen moralischen Wert, der über der Würde jedes einzelnen Menschen steht.

Die offene Gesellschaft und ihre Feinde ist der Titel von Karl Poppers Hauptwerk in politischer Philosophie, geschrieben im Exil in Neuseeland während des zweiten Weltkriegs und 1945 veröffentlicht.



Foto: Sven Steinmeyer, Flickr.com/photos/swelt/3334646471, Lizenz: CC BY-SA 2.0

## Quellen:

- [1] „The end of history?“, The National Interest 16 (1989), S. 3-18.
- [2] Studien zusammengefasst in Eran Bendavid et al., „Assessing mandatory stay-at-home and business closure effects on the spread of COVID-19“, European Journal of Clinical Investigation 51 (2021), e 13484. Siehe auch die Übersicht über die relevanten Studien vom American Institute of Economic Research, „Lockdowns do not control the coronavirus: the evidence“, (abgerufen am 20. Dezember 2020) <<https://www.aier.org/article/lockdowns-do-not-control-the-coronavirus-the-evidence>>
- Siehe ferner Christian Bjørnskov, „Did lockdown work? An economist’s cross-country comparison“, CESifo Economic Studies, 29. März 2021, 1-14, DOI: 10.1093/cesifo/ifab003. Für eine Kritik der Lockdown-Politik in Deutschland siehe Christoph Lütge und Michael Esfeld, „Und die Freiheit? Wie die Corona-Politik und der Missbrauch der Wissenschaft unsere offene Gesellschaft bedrohen“, München: riva 2021.
- [3] Vgl. R. F. Savaris et al., „Stay-at-home policy is a case of exception fallacy: an internet-based ecological study“, Nature Scientific Reports 11 (2021), Artikel Nr. 5313.
- [4] Siehe zum Beispiel für Deutschland Bernd Raffelhüschen, „Verhältnismäßigkeit in der Pandemie: Geht das?“, WSt. Wirtschaftswissenschaftliches Studium Juli 2020;
- für die Schweiz Konstantin Beck und Werner Widmer, „Corona in der Schweiz. Plädoyer für eine evidenzbasierte Pandemie-Politik“, ISBN 978-3-033-08275-5, (abgerufen am 16. Dezember 2020) <<https://www.corona-in-derschweiz.ch>>
- für das Vereinigte Königreich David K. Miles, Michael Stedman und Adrian H. Heald, „Stay at home, protect the National Health Service, safe lives: a cost benefit analysis of the lockdown in the United Kingdom“, International Journal of Clinical Practice 75:3 (2020), DOI: 10.1111/ijcp.13674. Siehe auch den Oxfam-Bericht, „The hunger virus: how COVID-19 is fuelling hunger in a hungry world“, 9. Juli 2020, herunterzuladen auf <<https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2020-07-09-neue-hunger-epizentren-covid-19-mehr-menschenkoennen>>
- [5] Interview in Le Point 18. März 2020, <[https://www.lepoint.fr/politique/sloterdijk-le-systeme-occidental-va-se-reveleraussi-autoritaire-quelui-de-la-chine-18-03-2020-2367624\\_20.php](https://www.lepoint.fr/politique/sloterdijk-le-systeme-occidental-va-se-reveleraussi-autoritaire-quelui-de-la-chine-18-03-2020-2367624_20.php)>
- [6] Dieses Briefing ist die ausführliche Fassung eines Artikels, der unter dem Titel „Die geschlossene Gesellschaft. Es ist höchste Zeit, Karl Popper neu zu lesen“, erschien in Neue Zürcher Zeitung, 1. April 2021, Feuilleton, S. 33. Die hier entwickelten Gedanken sind beeinflusst durch den Austausch mit Andreas Buchleitner, Boris Kotchouby, Christoph Lütge, Henrike Schneider und Gerhard Wagner. Natürlich bin ich allein für diese Ausführungen verantwortlich.

Dieser Text wurde zuerst am 26.03.2021 auf [www.unlimitedhangout.com](https://unlimitedhangout.com) unter der URL <https://unlimitedhangout.com/2021/03/investigative-reports/tanzanias-late-president-magufuli-science-denier-or-threat-to-empire/> veröffentlicht. Die deutsche Version wurde zuerst auf [axelkra.us](https://axelkra.us) unter der URL <https://axelkra.us/tanzanias-verstorbener-praesident-magufuli-wissenschaftsverweigerer-oder-bedrohung-des-imperiums-whitney-webb-jeremy-loffredo/> veröffentlicht. Lizenz: © Jeremy Loffredo, Whitney Webb, unlimitedhangout.com

Der verstorbene Präsident von Tansania, John Pombe Magufuli. (Foto: Paul Kagame / Flickr / CC BY-NC-ND 2.0)



# „Wissenschaftsleugner“ oder Bedrohung des Imperiums?

Während seine COVID-19-Politik die Medienberichterstattung über sein Verschwinden und seinen verdächtigen Tod dominiert hat, wurde Tansanias John Magufuli von den westlichen Eliten für viel mehr gehasst als für seine Ablehnung von Lockdowns und Maskenpflichten. Insbesondere seine Bestrebungen zur Verstaatlichung der Bodenschätze des Landes drohten, dem Westen die Kontrolle über die Ressourcen zu entziehen, die als wesentlich für die neue grüne Wirtschaft angesehen wurden.

von Whitney Webb und Jeremy Loffredo

## Autorin: Whitney Webb

Whitney Webb hat in verschiedenen unabhängigen Medien publiziert. Sie hat Radio- und Fernsehauftritte absolviert und war 2019 Gewinnerin des „Serena Shim Award“ für kompromisslose Integrität im Journalismus.



## Autor: Jeremy Loffredo

ist ein Journalist und Forscher aus Washington, DC. Er ist ehemaliger Segment Producer für RT AMERICA und arbeitet zurzeit als investigativer Reporter für Children's Health Defense.



Vor Kurzem überbrachte die tansanische Vizepräsidentin Samia Suluhu Hassan die Nachricht, dass der Präsident ihres Landes, John Pombe Magufuli, an Herzversagen gestorben sei [1]. Präsident Magufuli war seit Ende Februar als vermisst gemeldet worden [2], wobei mehrere regierungsfeindliche Parteien Geschichten in Umlauf brachten, dass er an COVID-19 erkrankt sei. Während seiner Präsidentschaft hatte Magufuli konsequent den Neokolonialismus in Tansania herausgefordert, sei es durch die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen seines Landes durch räuberische multinationale Konzerne oder durch den Einfluss des Westens auf die Lebensmittelversorgung seines Landes.

In den Monaten vor seinem Tod war Magufuli bekannter geworden und wurde vor allem im Westen verteufelt, weil er sich der Autorität internationaler Organisationen wie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) widersetzte, als es darum ging, die Reaktion seiner Regierung auf die COVID-19-Krise zu bestimmen. Allerdings hatte Magufuli viele der gleichen Interessen und Organisationen, die durch seine Reaktion auf COVID verärgert waren, schon seit Jahren verschmäht. So hatte er von Bill Gates finanzierte Versuche mit gentechnisch veränderten Nutzpflanzen abgelehnt und in jüngster Zeit einige der mächtigsten Bergbauunternehmen im Westen verärgert – Unternehmen mit Verbindungen zum Weltwirtschaftsfo-

von Subheadline Autor

rum und den Bemühungen des Forums, den Kurs der vierten industriellen Revolution zu lenken.

Bedrohlicher als seine jüngsten COVID-Kontroversen war in der Tat die Bedrohung, die Magufuli für die ausländische Kontrolle über das weltweit größte, entwicklungsfähige Nickelvorkommen darstellte, ein Metall, das für Elektroauto-Batterien und damit für die aktuellen Bemühungen, eine elektrische, autonome Fahrzeugrevolution einzuleiten, unerlässlich ist. So hatte Magufuli nur einen Monat vor seinem Verschwinden eine Vereinbarung unterzeichnet, um mit der Erschließung dieses Nickelvorkommens zu beginnen. Dieses Vorkommen befand sich zuvor im gemeinsamen Besitz von Barrick Gold und Glencore, dem Rohstoffriesen, der eng mit dem israelischen Mossad verbunden ist, bis Magufuli ihnen 2018 die Lizenzen für das Projekt entzog.

Der Sturz der mächtigsten Unternehmens- und Bankenkartelle, gefolgt vom mysteriösen Beginn eines plötzlichen Regimewechsels, würde normalerweise eine beträchtliche Berichterstattung von anti-imperialistischen, unabhängigen Medien hervorrufen, die kürzlich über ähnliche Ereignisse in Bolivien berichteten, die zur Absetzung von Evo Morales führten. Doch genau die Medien, die seit Jahren ausführlich über die vom Westen unterstützten Bemühungen um einen Regimewechsel berichten, schweigen völlig über den sehr „günstigen“ Tod von Magufuli. Vermutlich hängt ihr Schweigen mit Magufulis Missachtung der COVID-19-Narrativ-Orthodoxie zusammen, da dieselben Medien weitgehend das offizielle Narrativ der Pandemie gefördert haben.

Doch unabhängig davon, ob man mit Magufulis Reaktion auf COVID einverstanden ist: sein plötzlicher Abgang und die neue Führung Tansanias stellt eine Niederlage für eine weithin populäre inländische Bewegung dar, die versuchte, die jahrhundertelange Ausbeutung Tansanias durch den Westen zu mildern und umzukehren. Mit Magufulis langem Verschwinden, gefolgt von seinem scheinbar plötzlichen Tod durch Herzversagen, wird die Zukunft des Landes nun von tansanischen Politikern bestimmt, die tiefe Verbindungen zu den oligarchisch geprägten



## Tansania im Überblick



Fläche: 945.087 km, Hauptstadt: Dodoma  
 Amtssprache: Swahili (Nationalsprache), Englisch[1] (pro forma)

**Regierung:** Staatsform: föderale präsidentielle Republik  
 Präsidentin: Samia Suluhu Hassan  
 Premierminister: Kassim Majaliwa

**Bevölkerung** (Stand 2019):  
 Einwohnerzahl: ca. 55,9 Mio. (2019), davon ca. 70% ländlich, 30% städtisch  
 Bevölkerungsdichte: 64 Einwohner/km  
 Bev.-Entwicklung: ca. + 3,0 % jährlich  
 Kinder: 43,8 % unter 15 Jahre  
 Lebenserwartung: 65,5 Jahre  
 30-40% Muslime, 30-40% Christen  
 Malaria-Tote: ca. 60.000 jährlich  
 HIV-Infizierte: 4,7 % der Erwachsenen

**Wirtschaft:**  
 Währung: Tansania-Schilling (TZS)  
 Bruttoinlandsprodukt (ca., 2019)  
 · Total (nominal): 61 Mrd. USD  
 · Total (kaufkraftbereinigt): 160 Mrd. USD  
 · BIP/Einw. (nom.): 1.080 USD  
 · BIP/Einw. (kaufkraftbereinigt): 2.841 USD

Exportgüter: Gold, Kaffee, Tee, Baumwolle, Tabak

**Infrastruktur:**  
 4 Seehäfen, 4 Flughäfen, 86.472 km Straßennetz (davon 7.092 km asphaltiert), 3.690 km Schienennetz  
 17,4 Mio. Mobilfunk- und 180.000 Festnetzanschlüsse (Stand 2009). 5,3 % der Bevölkerung nutzen das Internet (2016)  
 Strom: ca. 35% Wasserkraft, 34% Gas, 31% Diesel, ans Stromnetz angeschlossen: ca. 25 % der städt. Bev., 7% der ländl. Bev.

**Geschichte:**  
 Kolonialisierung: Portugiesen (ab 16. Jh.), Deutschen (ab 1885), Briten und Belgier (ab 1916), Briten (ab 1945)  
 Unabhängigkeit: 9. Dez. 1961 (von UK)  
 1. Staatspräsident: Julius K. Nyerere (bis 1985), sozialistisch geprägt, bis 1992 Ein-Parteien-System

**Quellen:** <https://de.wikipedia.org/wiki/Tansania>. Bild oben: Carl Steinbeißer, de.Wikipedia.org, CC BY-SA 3.0

Vereinten Nationen und dem Weltwirtschaftsforum haben.

Im Gegensatz zu Magufuli, der sich routinemäßig gegen räuberische Konzerne und imperialistische Pläne für sein Land wehrte, sind Samia Suhulhu und der tansanische Oppositionspolitiker Tundu Lissu bereit, die Ressourcen ihres Landes und ihre Bevölkerung auf dem Altar der von der westlichen Elite betriebenen vierten industriellen Revolution zu opfern.

## Magufulis gefeierter Aufstieg und seine Auseinandersetzungen mit dem Westen

Magufuli wurde zum ersten Mal im Jahr 2015 zusammen mit seiner Kandidatin und jetzigen Präsidentin von Tansania, Samia Suhulu, mit 58% der Stimmen gewählt. Zunächst wurde der Präsident von denselben westlichen Medien überschwänglich gelobt, die ihn später zu verteufeln

### Quellen:

[1] Twitter, Samia Sulhu, „Taaifa ya Kifo Cha Rais Wa Jamhuri Ya Muungano Wa Tanzania“, am 17.03.2021, <<https://twitter.com/SuluhuSamia/status/1372312953609945093>>

[2] news.sky.com, „Speculation grows over ‚missing‘ COVID-denying president of Tanzania John Magufuli“, am 10.03.2021, <<https://news.sky.com/story/speculation-grows-over-missing-covid-denying-president-of-tanzania-john-magufuli-12242020>>

[3] BBC News, „What has Tanzania’s Magufuli done during his year in office?“, am 04.11.2016, <<https://www.bbc.com/news/world-africa-37822740>>

[4] CNN, Kieron Monks, „John Magufuli, the no-frills President who declared war on waste“, am 14.1.16, <<https://www.cnn.com/2016/01/14/africa/tanzania-president-john-magufuli/index.html>>

[5] Reuters, Fumbuka Ng’wanakilala, „Tanzanian president discloses salary, one of lowest among African leaders“, am 04.10.2017, <<https://www.reuters.com/article/us-tanzania-president/tanzanian-president-discloses-salary-one-of-lowest-among-african-leaders-idUSKCN1C91FU>>

[6] World Bank, „Life expectancy at birth, total (years) – Tanzania“, 2019 Revision, <<https://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.LE00.IN?locations=TZ>>

[7] penresa.com, Dante Dilulio, „Magufuli eyes Exponential Growth Past 2020“, am 28.10.2020, <<https://www.penresa.com/magufuli-eyes-exponential-growth-past-2020/>>

[8] World Bank Blogs, William G. Battaile, „What does Tanzania’s move to lower-middle income status mean?“, am 10.07.2020, <<https://blogs.worldbank.org/african/what-does-tanzania-move-lower-middle-income-status-mean>>

[9] Center for Strategic & International Studies, Marielle Harris, „Unfinished Business: Magufuli’s Autocratic Rule in Tanzania“, am 05.02.2021, <<https://www.csis.org/analysis/unfinished-business-magufulis-autocratic-rule-tanzania>>

versuchten. Zum Beispiel reflektierte ein BBC-Bericht aus dem Jahr 2016 Magufulis erstes Jahr im Amt und bemerkte seine 96%-ige Zustimmungsrage. Der Bericht zitierte auch den politischen Analysten Kiti-la Mumbo, der kommentierte: „Es besteht kein Zweifel, dass Präsident Magufuli bei vielen einfachen Tansaniern sehr beliebt ist“ und fügte hinzu, dass „das Hauptversprechen des Präsidenten, die kostenlose Bildung auf die Sekundarstufe auszudehnen, das im Januar in Kraft trat, gut aufgenommen wurde.“

Ebenfalls 2016 hatte CNN berichtet, dass „die tansanische Öffentlichkeit für ihren neuen Präsidenten John Magufuli schwärmt“ und dass „Magufuli nach seinem Sieg im Oktober 2015 eine erbarungslose Säuberung von Korruption in Angriff genommen hat“ [3]. Der Artikel berichtete, dass Magufuli einen neuen Begriff inspiriert hat, wie in den Social-Media-Posts der Tansanier zu sehen ist:

„... ‚Magufulifizieren‘ – definiert als: 1. Eine Handlung schneller oder billiger machen oder erklären; 2. [Beamte] ihrer Fähigkeit berauben, das Leben auf Kosten der Steuerzahler zu genießen; 3. faule und korrupte Personen in der Gesellschaft terrorisieren.“

Tatsächlich zeichnete sich Magufulis Amtszeit dadurch aus, dass er Entscheidungen traf, die der Mehrheit der Tansanier zugute kamen, größtenteils auf Kosten ausländischer Konzerne, aber auch durch die Überholung einer Regierung, die vor Magufulis Aufstieg für ihre tief verwurzelte Korruption und Abwesenheit bekannt war. Seine Regierung kürzte die Gehälter der Führungskräfte staatlicher Unternehmen [4], sowie sein eigenes Gehalt von 15.000 USD auf 4.000 USD [5]. Einige staatliche Paraden und Feiern wurden reduziert oder abgesagt, um die Kosten für öffentliche Krankenhäuser zu decken.

Das Gesundheitswesen war schon lange eine von Magufulis Prioritäten, und die Lebenserwartung des Landes stieg mit jedem Jahr seiner Amtszeit deutlich an [6]. Darüber hinaus wurden in den vorangegangenen 50 Jahren der tansanischen Unabhängigkeit nur 77 Distriktkranken-

häuser gebaut, während allein in den letzten 4 Jahren 101 solcher Krankenhäuser mit lokalen Mitteln gebaut und ausgestattet wurden [7]. Bis Juli 2020 hat sich das Land, laut Weltbank, von einem sogenannten Land mit niedrigem Einkommen zu einem Land mit mittlerem Einkommen entwickelt [8].

Ein kürzlich erschienener Bericht des Think Tanks „Center for Strategic International Studies (CSIS)“, eine Denkfabrik der „Falken“ des US-Establishments, war sehr kritisch gegenüber Magufuli, bemerkte aber das Folgende über seine politische Philosophie:

„Magufuli, der seine eigene ‚Tanzania first‘-Philosophie vertritt, glaubt, dass Tansania seit der Unabhängigkeit von ausbeuterischen Mabeberu („Imperialisten“) um Profit und Wohlstand betrogen wurde. Um sich populistische Unterstützung zu sichern, hat Magufuli seine Agenda als Fortsetzung der sozialistischen Vision von Tansanias erstem Präsidenten, Mwalimu Julius Nyerere, gestaltet, der für Eigenständigkeit, eine Intoleranz gegenüber Korruption und einen starken nationalistischen Charakter eintrat.“ [9]

Magufulis verschiedene Konflikte mit den Mabeberu zogen sich durch seine gesamte Präsidentschaft und richteten sich gegen verschiedene Projekte und Unternehmungen von Konzernen und Oligarchen, die seit Jahrzehnten einen Großteil des Globalen Südens ausbeuten.

Ende 2018 ordnete die Regierung Tansanias beispielsweise an, alle laufenden Feldversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen zu stoppen und alle im Rahmen dieser Versuche angebauten Pflanzen zu vernichten [10]. Diese Versuche wurden von einer Partnerschaft namens „Water Efficient Maize for Africa“ (WEMA) durchgeführt, die eine Zusammenarbeit zwischen Monsanto und der „African Agricultural Technology Foundation“ [11] war, einer gemeinnützigen Organisation, die von der Bill and Melinda Gates Foundation, der Rockefeller Foundation, dem GVO-Saatgut-/Agrochemiegiganten Syngenta, PepsiCo und der „United States Agency for International Development“ (USAID) finanziert



Die Kabanga Nickel Lagerstätte (vgl. nächste Seite) hat ein riesiges Mineralvorkommen. Es war im Besitz des kanadischen Unternehmens Berrick Gold und des Rohstoffgiganten Glencore, bevor die Regierung Magufuli die Lizenz, im Mai 2018, widerrief. (Logo Kabanga Nickel: Kabanga Nickel / Twitter: <[https://twitter.com/KabangaNickel/with\\_replies](https://twitter.com/KabangaNickel/with_replies)> ; Bild Lagerstätte: kabanganickel.com / Gigi Penna auf Twitter: <[https://twitter.com/giginator\\_/status/1361093926099193860/photo/1](https://twitter.com/giginator_/status/1361093926099193860/photo/1)>)

wird, die seit langem dafür bekannt ist, ein Aushängeschild der CIA zu sein.

Dann, im Januar 2021, einen Monat vor Magufulis Verschwinden, kündigte Tansanias Landwirtschaftsministerium - bereits zum zweiten Mal - nicht nur eine Stornierung aller „Forschungsversuche mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) im Land“ an, sondern auch Pläne zur Einführung neuer Biosicherheitsvorschriften, die darauf abzielten, Tansanias Ernährungssouveränität zu schützen, indem westliche GVO-Saatgutimporte überprüft werden [12].

In der Vergangenheit waren die USA besonders hart zu Ländern, die sich der Integration von GVO-Biotechnologie in ihr Lebensmittelsystem widersetzen. Laut einer Depesche des Außenministeriums aus dem Jahr 2007, das von Wikileaks veröffentlicht wurde, riet Craig Stapleton, der damalige US-Botschafter in Frankreich, den USA, sich auf einen Wirtschaftskrieg mit Ländern vorzubereiten, die nicht bereit sind, Monsanto gentechnisch verändertes Maissaatgut in ihren Agrarsektor einzuführen. Er empfahl den USA, „eine Ziel-Vergeltungsliste zu kalibrieren, die einige Schmerzen in der gesamten EU verursacht“ – für den Widerstand des Blocks gegen die Zulassung einiger GVO-Produkte [13].

In einem anderen Memo aus dem Jahr 2009 leitete ein in Deutschland stationierter US-Diplomat Informationen über bayrische politische Parteien an mehrere US-Bundesbehörden und den US-Vertei-

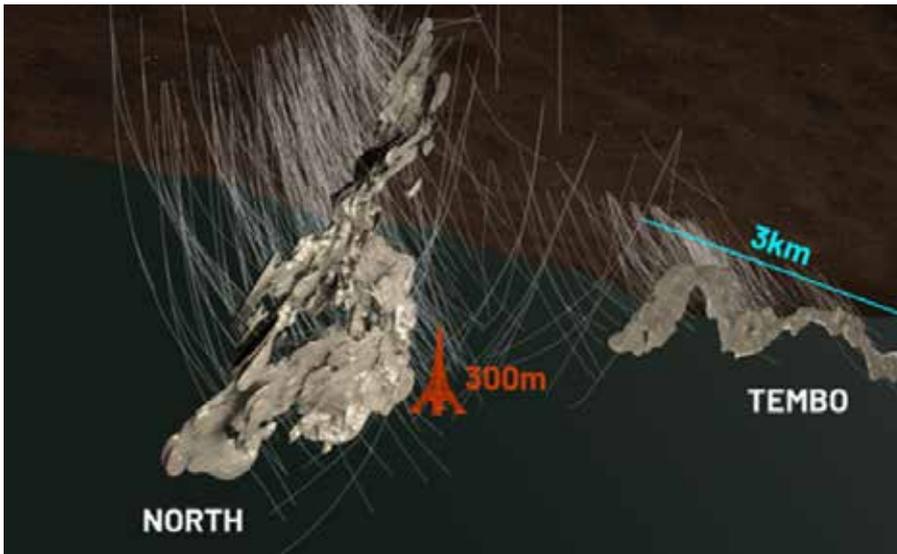
digungsminister weiter und teilte ihnen mit, welche Parteien gegen Monsanto M810-Maissaatgut waren und sprach von „Taktiken, die die USA anwenden könnten, um die Opposition aufzulösen“ [14]. Die Verwendung von Nahrungsmitteln als Waffe für imperialistische Agenden durch die US-Regierung wurde de facto zur Politik, als Henry Kissinger während der Nixon-Regierung Außenminister war. In dieser Zeit wurde vom Außenministerium ein geheimer Bericht erstellt, in dem argumentiert wurde, dass die Bevölkerung der Entwicklungsländer die nationale Sicherheit der USA bedrohe, und in dem postuliert wurde, dass Nahrungsmittelhilfe als „Instrument der nationalen Macht“ eingesetzt werden sollte, um das US-Imperium voranzubringen [15].

### Eine Straßensperre für die „grüne“ Zukunft der herrschenden Klasse

Magufulis Rolle dabei, „Big Ag“ („Big Agriculture“, Anm. d. Übersetzers) in Tansania einen Monat vor seinem Verschwinden und Tod den Boden zu entziehen, wirft sicherlich Verdachtsmomente hinsichtlich der Umstände seines Ablebens auf. Als ob das noch nicht genug wäre, verärgerte Magufuli im gleichen Zeitraum die mächtigsten Rohstoffkonzerne der Welt in den Bereichen Bergbau [16], Öl und Erdgas [17].

### Quellen:

- [10] wazo-huru.blogspot.com, Na Mathias Canal, Wizara ya Kilimo-Dodoma, „KATIBU MKUU WIZARA YA KILIMO AITAKA TARI KUSITISHA MAJARIBIO YA GMO“, am 21.11.2018 <<https://wazo-huru.blogspot.com/2018/11/katibu-mkuu-wizara-ya-kilimo-aitaka.html?m=1>>
- [11] aatf-africa.org, „Water Efficient Maize for Africa“, 2021, <[https://www.aatf-africa.org/aatf\\_projects/water-efficient-maize-for-africa-wema/](https://www.aatf-africa.org/aatf_projects/water-efficient-maize-for-africa-wema/)>
- [12] African Center for Biodiversity, Sabrina Masinjila, „Tanzania cancels GMO trials again: Urgent need to uphold ban, disrupt false solutions and neo-colonialism“, am 22.01.2021, <<https://www.acbio.org.za/tanzania-cancels-gmo-trials-again-urgent-need-uphold-ban-disrupt-false-solutions-and-neo>>
- [13] Wikileaks, „FRANCE AND THE WTO AG BIOTECH CASE“, am 14.12.2007, <[https://wikileaks.org/plusd/cables/07PARIS4723\\_a.html](https://wikileaks.org/plusd/cables/07PARIS4723_a.html)>
- [14] Wikileaks, „BAVARIAN CSU FLIRTS WITH BECOMING A CONSERVATIVE GREEN PARTY“, am 30.04.2009, <[https://wikileaks.org/plusd/cables/09MUNICH90\\_a.html](https://wikileaks.org/plusd/cables/09MUNICH90_a.html)>
- [15] USAid.gov, „National Security Study Memorandum NSSM 200 - Implications of Worldwide Population Growth For U.S. Security and Overseas Interests (THE KISSINGER REPORT)“, am 10.12.1974, <[https://pdf.usaid.gov/pdf\\_docs/PCAAB500.pdf](https://pdf.usaid.gov/pdf_docs/PCAAB500.pdf)>
- [16] msn.com, Business Daily, „How Magufuli surprised mining corporates with drastic reforms“, am 24.03.2021, <<https://www.msn.com/en-xl/money/topstories/how-magufuli-surprised-mining-corporates-with-drastic-reforms/ar-BB1eT5x7>>
- [17] upstreamonline.com, Iain Esau, „Eyes on East Africa oil and gas projects as Tanzania’s new president sworn in“, am 18.03.2021, <<https://www.upstreamonline.com/politics/eyes-on-east-africa-oil-and-gas-projects-as-tanzanias-new-president-sworn-in/2-1-983537>>



## Quellen:

- [18] msn.com, Business Daily, „How Magufuli surprised mining corporates with drastic reforms“, am 24.03.2021, <<https://www.msn.com/en-xl/money/topstories/how-magufuli-surprised-mining-corporates-with-drastic-reforms/ar-BB1eT5x7>>
- [19] mg.co.za, Simon Allison, „Tanzania’s mining dispute ends – but at what cost?“, am 23.10.2019, <<https://mg.co.za/article/2019-10-23-00-tanzania-mining-dispute-ends-but-at-what-cost/>>
- [20] sciencedirect.com, ThabitJacob und Rasmus Hundsbaek Pedersen, „New resource nationalism? Continuity and change in Tanzania’s extractive industries“, am 23.02.2018, <<https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S2214790X18300029>>
- [21] mining.com, Cecilia Jamsasmie, „Tanzania-focused miners face fresh challenges as country passes new laws“, am 04.07.2017, <<https://www.mining.com/tanzania-focused-miners-face-fresh-challenges-as-country-passes-new-laws/>>
- [22] Bloomberg, Omar Mohammed, „Tanzania’s President Urges Increased Control of Mineral Wealth“, am 26.07.2017, <<https://www.bloomberg.com/news/articles/2017-07-26/tanzania-should-take-more-control-of-mine-wealth-president-says>>
- [23] Reuters, Fumbuka Ng’wanakilala und Zandi Shabalala, „UPDATE 2-Acacia Mining disputes Tanzania audit as shares sink“, am 12.06.2017, <<https://www.reuters.com/article/acacia-mining-tanzania-idUSL8N1J91MB>>
- [24] Reuters, Fumbuka Ng’wanakilala, „Tanzania cancels license of Barrick, Glencore nickel project“, am 12.05.2018, <<https://www.reuters.com/article/us-tanzania-mining-idUSKCN11D007>>
- [25] unlimitedhangout.com, Whitney Webb, „From ‘Spook Air’ to the ‘Lolita Express’: The Genesis and Evolution of the Jeffrey Epstein-Bill Clinton Relationship“, am 23.08.2019, <<https://unlimitedhangout.com/2019/08/investigative-series/from-spook-air-to-the-lolita-express-the-genesis-and-evolution-of-the-jeffrey-epstein-bill-clinton-relationship/>>
- [26] The Telegraph, James Quinn und Helia Ebrahimi, „Nat Rothschild’s key role in Simon Murray’s move to Glencore“, am 23.04.2011, <<https://www.telegraph.co.uk/finance/commodities/8470363/Nat-Rothschilds-key-role-in-Simon-Murrays-move-to-Glencore.html>>

**Besonders schädlich für die Interessen und Agenden ausländischer Konzerne war Magufulis Angriff auf den ausländisch dominierten Bergbausektor in Tanzania, der einige der weltweit größten Mineral-Vorkommen enthält, die für die Technologien der vierten industriellen Revolution unerlässlich sind.**

Mit 500.000 Tonnen Nickel, 75.000 Tonnen Kupfer und 45.000 Tonnen Kobalt sitzt Tanzania auf einem Berg von mineralischem Reichtum und – genauer gesagt – von Mineralen, die für Batterien und Hardware der nächsten Generation benötigt werden, die ihrerseits für die Bemühungen um eine rasche Umsetzung von „intelligenter“ Infrastruktur und Automatisierung weltweit unerlässlich sind. Innerhalb Afrikas hat Tanzania den zweitgrößten Bergbausektor des Kontinents, nach Südafrika [18].

In den Jahren vor Magufulis Amtsantritt hatte Tanzania relativ niedrige Steuersätze und wenig regulatorische Aufsicht für Bergbauunternehmen geboten. Doch 2017 erklärte Magufuli [19] ausländischen Bergbauunternehmen den „Wirtschaftskrieg“ [20] und seine Regierung setzte diese Erklärung um, indem sie zwei Gesetze verabschiedete [21], die der Regierung einen viel größeren Anteil an den Einnahmen aus der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen Tansanias einbrachten. Dies ging natürlich auf Kosten

der ausländischen Bergbaukonzerne. Die neue Gesetzgebung gab der Regierung auch das Recht, bestehende Bergbaulizenzen, die vor Magufulis Präsidentschaft vergeben worden waren, neu zu verhandeln und/oder zu widerrufen.

Kurz darauf nahm Tansanias Regierung „Acacia Mining“ ins Visier, das nun dem kanadischen Bergbaugiganten „Barrick Gold“ gehört, und verhängte eine Strafe von 190 Milliarden Dollar für nicht gezahlte Steuern und Bußgelder. „Es sollte nicht passieren, dass wir all diesen Reichtum haben, darauf sitzen, während andere kommen und davon profitieren, indem sie uns betrügen“, sagte Magufuli zu der Entscheidung [22]. „Wir brauchen Investoren, aber nicht diese Art der Ausbeutung. Wir sollten die Gewinne teilen.“ [23] Im Jahr 2018 ging die Regierung erneut gegen Acacia vor und verhängte eine Geldstrafe in Höhe von 2,4 Millionen Dollar wegen der Verschmutzung der Wasserversorgung in Wohngebieten.

2018 war auch das Jahr, in dem Magufulis größter Streit mit mächtigen Bergbaukonzernen stattfand, der möglicherweise sein Verschwinden und seinen späteren Tod beeinflusste. Das Kabanga-Nickelprojekt, das größte, entwicklungsfähige Nickelvorkommen der Welt, war im gemeinsamen Besitz des kanadischen Unternehmens „Barrick Gold“ und des Rohstoffriesen „Glencore“. Im Mai 2018 widerrief Magufulis Regierung die Barrick-Glencore-Lizenz für das Projekt [24], zusammen mit mehreren anderen, die andere Nickel-, Gold-, Silber-, Kupfer- und Selten-Erden-Bergbauprojekte umfassten.

Insbesondere Glencore zu verärgern, ist eine riskante Angelegenheit. Der Rohstoffriese wurde ursprünglich von Marc Rich gegründet, einem berühmten Aktivposten für den israelischen Mossad, der zuließ, dass Glencore-Gewinne zur Finanzierung verdeckter Geheimdienstaktivitäten verwendet wurden. Richs und Glencores Geheimdienstverbindungen werden in Teil IV von Whitney Webbs Serie über den Jeffrey-Epstein-Skandal ausführlicher diskutiert [25]. Heute ist Glencore eng mit Nathaniel Rothschild verbunden, dem Sohn und Erben des Sprosses des in Großbritannien ansässigen Zweigs der Elite-Bankerfamilie,

der eine 40-Millionen-Dollar-Beteiligung an der Firma erwarb und weitgehend für die Orchestrierung von Simon Murrays Ernennung zum Glencore-Vorsitzenden [26] sowie für seine enge Beziehung zu Glencore-CEO Ivan Glasenberg verantwortlich war [27].

Dann, im Januar 2021, einen Monat vor Magufulis Verschwinden, ging das Kabanga-Nickel-Projekt ohne „Glencore“ und „Barrick Gold“ voran. Tansania verhandelte erfolgreich über den gemeinsamen Besitz der Mine mit einem Unternehmen, das von dem norwegischen Millionär Peter Smedvig und zwei seiner Partner gegründet wurde [28]. Im Gegensatz zum Barrick-Glencore-Projekt, an dem die tansanische Regierung nicht finanziell beteiligt war, erhielt Tansania durch das neue Projekt eine 16-prozentige Beteiligung an der Mine, was nach Magufulis Reform des Bergbausektors des Landes nun gesetzlich vorgeschrieben ist.

Der Verlust von Kabanga war eindeutig ein schwerwiegender für „Barrick Gold“ und „Glencore“ angesichts der zentralen Rolle, die Nickel und diese spezielle Lagerstätte in Tansania bei der Produktion und Implementierung von „intelligenten“ Technologien spielen werden. Nickel ist unter anderem eine Schlüsselkomponente für die nächste Generation von Batterien, die in „intelligenten“ Technologien, insbesondere in Elektrofahrzeugen, eingesetzt werden. Infolgedessen wird die Nachfrage nach Nickel in den nächsten Jahren voraussichtlich dramatisch ansteigen, was zum Teil auf die aktuellen Bemühungen zurückzuführen ist, die meisten Kraftfahrzeuge aus dem Verkehr zu ziehen und sie durch solche zu ersetzen, die sowohl elektrisch als auch selbstfahrend sind. Die Bedeutung von Nickel für die sogenannte 4. industrielle Revolution wurde vom Weltwirtschaftsforum unterstrichen, das schätzt, dass die Nachfrage nach hochreinem Nickel für die Produktion von EV-Batterien „im Jahr 2030 im Vergleich zu 2018 um den Faktor 24 steigen wird.“ [29]. Darüber hinaus sagte Tesla-CEO Elon Musk letzten Monat, dass „Nickel die größte Sorge für Elektroauto-Batterien ist.“ [30].

Neben Tansanias wertvollen Nickelreserven kann man behaupten, dass Tansa-

nias anderer bedeutender Mineralreichtum in seinen Graphitreserven liegt, die zu den fünftgrößten der Welt zählen. Im Jahr 2018 schätzte die Oxford Business Group, dass Tansania einer der drei größten Graphitproduzenten der Welt sein wird [31]. Da die Weltbank schätzt, dass die Graphitnachfrage in den nächsten 30 Jahren um 500 % steigen wird, hat Tansania jetzt eine starke Verhandlungsposition auf dem globalen Markt. Es wird erwartet, dass der globale Markt für Lithium-Ionen-Batterien von 2020 bis 2027 mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate (CAGR) von 13,0 % wachsen wird [32], und diese Batterien benötigen in der Regel sowohl Nickel als auch Graphit, die beide in Tansania reichlich vorhanden sind. Wie Elon Musk es ausgedrückt hat, „sollten Lithium-Ionen-Batterien Nickel-Graphit-Batterien genannt werden.“ [33].

Letztes Jahr hatte Musk getwittert: „Wir werden wegputschen, wen immer wir wollen! Deal with it!“ [34] – als Antwort auf Vorwürfe, dass die US-Regierung den Putsch 2019 in Bolivien unterstützt habe, damit Musks Tesla die Rechte an den weltweit größten Lithiumreserven erwerben könne, einem weiteren Mineral, das für die Produktion von Batterien für Elektrofahrzeuge entscheidend ist. Ein paar Monate vor Musks berühmtem Tweet hatte der Außenminister der bolivianischen Putschregierung einen Brief an Musk geschrieben, in dem es hieß, dass „jedes Unternehmen, das Sie oder Ihr Unternehmen unserem Land zur Verfügung stellen können, dankbar begrüßt wird“ in Bezug auf den Bergbausektor des Landes [35]. Diese Vorfälle unterstreichen die aktuelle Bereitschaft des US-Imperiums, sich an Regimewechseln zu beteiligen, um sich die Kontrolle über Mineralvorkommen zu sichern, die als essentiell für aufkommende Technologien und die 4. industrielle Revolution gelten.

Im Fall von Tansania ist es erwähnenswert, dass „Glencore“, dem Magufuli das Eigentum an der Kabanga-Nickel-Lagerstätte entzogen hat, eng mit dem Weltwirtschaftsforum verbunden [36] und Teil der „Global Battery Alliance“ [37] sowie der „Mining and Metals Blockchain Initiative“ [38] des Forums ist, die sich

## Quellen:

- [27] Financial Times, „Rothschildlinks to Glencore“, <<https://www.ft.com/content/cbc89d8e-776f-11e0-824c-00144feabdc0>>
- [28] africaintelligence.com, „Smedvig and von Christerson bet on Barrick and Glencore’s former project Kabanga Nickel“, am 05.02.2021, <[https://www.africaintelligence.com/mining-sector\\_exploration-production/2021/02/05/smedvig-and-von-christerson-bet-on-barrick-and-glencore-s-former-project-kabanga-nickel.109640696-ar1](https://www.africaintelligence.com/mining-sector_exploration-production/2021/02/05/smedvig-and-von-christerson-bet-on-barrick-and-glencore-s-former-project-kabanga-nickel.109640696-ar1)>
- [29] axelkra.us, WEF, Global Battery Alliance, „A Vision for a Sustainable Battery Value Chain in 2030 Unlocking the Full Potential to Power Sustainable Development and Climate Change Mitigation“, September 2019, <[https://axelkra.us/wp-content/uploads/2021/03/WEF\\_A\\_Vision\\_for\\_a\\_Sustainable\\_Battery\\_Value\\_Chain\\_in\\_2030\\_Report.pdf](https://axelkra.us/wp-content/uploads/2021/03/WEF_A_Vision_for_a_Sustainable_Battery_Value_Chain_in_2030_Report.pdf)>
- [30] Bloomberg, Yvonne Yue Li, „Musk Says Nickel Is ‘Biggest Concern’ For Electric-Car Batteries“, am 26.02.2021, <<https://www.bloomberg.com/news/articles/2021-02-25/musk-says-nickel-is-biggest-concern-for-electric-car-batteries>>
- [31] Oxford Business Group, „Tanzania to become a top producer of graphite“, am 26.02.2018, <<https://oxfordbusinessgroup.com/news/tanzania-become-top-producer-graphite>>
- [32] grandviewresearch.com, „Lithium-ion Battery Market Size, Share & Trends Analysis Report By Product (LCO, LFP, NCA, LMO, LTO, Lithium Nickel Manganese Cobalt), By Application, By Region, And Segment Forecasts, 2020 – 2027“, Juli 2020, <<https://www.grandviewresearch.com/industry-analysis/lithium-ion-battery-market>>
- [33] mining-journal.com, „Lithium ion batteries should be called nickel-graphite“, am 13.06.2016, <<https://www.mining-journal.com/events-coverage/opinion/1173190/lithium-ion-batteries-called-nickel-graphite>>
- [34] Telesur English, „Elon Musk Confesses to Lithium Coup in Bolivia“, am 25.07.2020, <<https://www.telesurenglish.net/news/elon-musk-confesses-to-lithium-coup-in-bolivia-20200725-0010.html>>
- [35] siehe [34]
- [36] WEF, „Glencore International“, <<https://www.weforum.org/organizations/glencore>>
- [37] Glencore, „Glencore joins World Economic Forum’s Global Battery Alliance“, am 06.03.2020, <<https://www.glencore.com/media-and-insights/news/Glencore-joins-World-Economic-Forum-s-Global-Battery-Alliance>>
- [38] Glencore, „Glencore one of seven mining, metals companies to partner on responsible sourcing with World Economic Forum“, am 25.10.2019, <<https://www.glencore.com/media-and-insights/news/Glencore-to-partner-on-responsible-sourcing-with-World-Economic-Forum>>

## Quellen:

- [39] WEF, World Resource Institute, <<https://www.weforum.org/organizations/world-resources-institute>>
- [40] Bill & Melinda Gates Foundation, „Committed grants“, <<https://www.gatesfoundation.org/about/committed-grants?q=world%25252520resource%25252520institute%252523jump-nav-anchor0>>
- [41] World Resources Institute, WRI Annual Report, „Thanking our Donors“, 2018-2019, <<https://www.wri.org/annualreport/2018-19/donors>>
- [42] standardmedia.co.ke, ktn News, „Tundu lissu terms death of president Magufuli as an opportunity for a new beginning for Tanzania“, am 18.03.2021, <<https://www.standardmedia.co.ke/ktnnews/ktn-prime/video/2000208496/tundu-lissu-terms-death-of-president-magufuli-as-an-opportunity-for-a-new-beginning-for-tanzania>>
- [43] The Africa Report, Abdul Halim und Anne-Marie Bissada, „Tanzania: ‘Suluhu may be the lady President who delivers a new constitution’ – Tundu Lissu“, am 19.03.2021, <<https://www.theafricareport.com/73392/tanzania-suluhu-may-be-the-lady-president-who-delivers-a-new-constitution-tundu-lissu/>>
- [44] upstreamonline.com, Iain Esau, „Eyes on East Africa oil and gas projects as Tanzania’s new president sworn in“, am 18.03.2021, <<https://www.upstreamonline.com/politics/eyes-on-east-africa-oil-and-gas-projects-as-tanzanias-new-president-sworn-in/2-1-983537>>
- [45] Council on Foreign Relations, Africa in Transition und Africa Program, „Tanzania’s COVID Denialism Harms its Economic Future“, am 23.02.2021, <<https://www.cfr.org/blog/tanzanias-covid-denialism-harms-its-economic-future>>
- [46] The Lancet, Munyaradzi Makoni, „Tanzania refuses COVID-19 vaccines“, am 13.02.2021, <[https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(21\)00362-7/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(21)00362-7/fulltext)>
- [47] National Center for Biotechnology Information, Munyaradzi Makoni, „Tanzania refuses COVID-19 vaccines“, am 13.02.2021, <<https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC7906632/>>
- [48] WHO, „COVAX - Working for global equitable access to COVID-19 vaccines“, 2021, <<https://www.who.int/initiatives/act-accelerator/covax>>
- [49] Gavi, „THE COVAX FACILITY - FIRST ROUND OF ALLOCATION: ASTRA ZENECA/OXFORD VACCINE (manufactured by AstraZeneca & licensed and manufactured by Serum Institute of India)“, am 02.03.2021, <<https://www.gavi.org/sites/default/files/covid/covax/COVAX-First-round-allocation-of-AZ-and-SII.pdf>>

beide auf Lieferketten für Minerale konzentrieren, die als wesentlich für die vierte industrielle Revolution gelten. Interessant ist auch die Tatsache, dass Tundu Lissu, der lautstärkste Kritiker der Magufuli-Regierung und eine Hauptquelle für die gesamte Tanzania-Berichterstattung der Mainstream-Medien, früher für das „World Resources Institute“ (WRI) tätig war, eine in den USA ansässige Non-Profit-Organisation und „strategischer Partner“ des Weltwirtschaftsforums [39]. Das WRI zielt darauf ab, „saubere Energiemärkte“ und „Wertschöpfungslieferketten“ aufzubauen, Lieferketten, die unweigerlich von billig beschafften Rohstoffen wie Nickel, Graphit und Kobalt abhängen werden.

Das „World Resource Institute“ hat nicht weniger als 7,1 Millionen Dollar von der Bill und Melinda Gates Foundation erhalten [40], und laut der WRI-Spenderseite haben sie nicht weniger als 750.000 Dollar von den mächtigsten Unternehmen des Westens erhalten, darunter Shell, Citibank, The Rockefeller Foundation, Google, Microsoft, The Open Society Foundation, USAID und die Weltbank [41].

### Lissu lobte die Nachricht von Magufulis plötzlichem Tod als eine „Erleichterung“ und eine „Chance für einen Neuanfang“ in Tansania [42].

Bezeichnenderweise sprach er auch sehr positiv über die Zukunft des Landes unter Magufulis Vizepräsidentin und jetziger Präsidentin Samia Suhulu und deutete an, dass sie das Land in eine ganz andere Richtung als ihr Vorgänger führen wird [43].

### COVID-19-Reaktion stößt auf ausländische Feindseligkeit

Unter der Magufuli-Regierung widersprach die tansanische COVID-19-Reaktionspolitik dem internationalen Konsens, da das Land keine größeren Lockdowns oder Maskenpflichten einführte. Es sollte angemerkt werden, dass sogar der CFR berichtete, dass diese Entscheidungen die demokratische Unterstützung der Massen hatten und schrieb, dass „die Stimmung



*Tundu Lissu, tansanischer Politiker, gehörte zu den lautstärksten Kritikern der Regierung Magufuli. Er war beim Resources Institute“ (WRI) tätig, eine in den USA ansässige Non-Profit-Organisation und „strategischer Partner“ des Weltwirtschaftsforums. Das WRI zielt darauf ab, „saubere Energiemärkte“ und „Wertschöpfungslieferketten“ aufzubauen, Lieferketten, die unweigerlich von billig beschafften Rohstoffen wie Nickel, Graphit und Kobalt abhängen werden. (Foto: Likumbage / commons.wikimedia.org / CC BY-SA 4.0)*

auf der Straße darauf hindeutet, dass viele Tansanier mit der sanften Herangehensweise der Regierung einverstanden sind.“ [45].

Magufuli war auch skeptisch, die COVID-19-Impfstoffe zuzulassen, bevor sie von Tansanias eigenen Experten untersucht und zertifiziert werden konnten, und warnte, dass sie aufgrund ihrer überstürzten Entwicklung Sicherheitsbedenken aufwerfen könnten [46]. „Das Gesundheitsministerium sollte vorsichtig sein, sie sollten sich nicht beeilen, diese Impfstoffe ohne Forschung auszuprobieren ... Wir sollten nicht als ‚Versuchskaninchen‘ benutzt werden“, hatte Magufuli im Januar erklärt. „Wir sind noch nicht davon überzeugt, dass die Sicherheit dieser Impfstoffe klinisch erwiesen ist“, sagte die tansanische Gesundheitsministerin Dr. Dorothy Gwajima später auf einer Pressekonferenz [47].

Magufuli weigerte sich sofort zuzustimmen, COVID-19-Impfstoffe von COVAX zu erhalten, einer öffentlich-privaten Partnerschaft zwischen Gate’s GAVI und der Weltgesundheitsorganisation, deren Ziel es ist [48], 270 Millionen CO-

VID-Impfstoffe – davon 269 Millionen mit dem Oxford/AstraZeneca-Impfstoff [49] – in die Welt zu liefern, „sobald sie verfügbar sind.“ In den letzten Wochen wurden von den nationalen Aufsichtsbehörden in Europa und Asien erhebliche Sicherheitsprobleme mit dem Oxford/AstraZeneca-Impfstoff festgestellt, und zahlreiche Länder haben seine Verwendung ausgesetzt.

Solche Nuancen in Bezug auf die Sicherheit der „Impfstoffhilfe“ fehlten jedoch in der nun allgegenwärtigen Mainstream-Erzählung, Magufuli sei „antiwissenschaftlich“. Dieses Narrativ wurde bereits im Mai 2020 etabliert, als Magufuli die Ungenauigkeit von importierten PCR-Testkits aufdeckte, nachdem eine Ziege, ein Stück Obst und Motoröl alle „positive“ Testergebnisse von den gelieferten Kits erhielten [50]. „Es ist etwas passiert ... wir sollten nicht akzeptieren, dass jede Hilfe gut für diese Nation sein soll“, verkündete er in einer nationalen Ansprache [51].

Nach dieser Ansprache nannte Bloomberg Magufuli den „COVID leugnenden Präsidenten“ [52]. Foreign Policy ging so weit, den Präsidenten als „Denialist in Chief“ zu titulieren und fragte, ob er noch „gefährlicher als COVID-19“ sei [53]. Magufuli wurde zum Aushängeschild der westlichen Presse für „COVID-Leugnung“ [54], während Tansania zu „dem Land, das den Impfstoff ablehnt“ wurde [55].

In den Monaten, die dem Mai 2020 folgten, wurde die Genauigkeit der PCR-Testkits jedoch in Frage gestellt, nicht nur von den Mainstream-Medien, sondern auch von „maßgeblichen“ globalen Gesundheitsgremien wie der Weltgesundheitsorganisation, wodurch Magufulis anfängliche Kritik bestätigt wurde. In einer Geschichte mit dem Titel „Your Coronavirus Test Is Positive. Maybe It Shouldn't Be“, berichtete die New York Times, dass die „Standard-[PCR-]Tests eine große Anzahl von Menschen diagnostizieren, die möglicherweise relativ unbedeutende Mengen des Virus in sich tragen ... und wahrscheinlich nicht ansteckend sind.“ [56].

Im November 2020 entschied ein bahnbrechendes Gerichtsverfahren in Portugal, dass der PCR-Test, der zur Diagno-

se von COVID-19 verwendet wird, für diesen Zweck nicht geeignet ist, und entschied, dass „ein einzelner positiver PCR-Test nicht als effektive Diagnose der Infektion verwendet werden kann.“ In ihrem Urteil bezogen sich die Richterinnen Margarida Ramos de Almeida und Ana Paramés auf eine Studie von Jaafar et al. [57], die herausfand, dass die Genauigkeit einiger PCR-Tests nur etwa 3 % beträgt [58], was bedeutet, dass bis zu 97 % der positiven Ergebnisse falsch positiv sein können.

Im Dezember 2020 hatte die Weltgesundheitsorganisation bestätigt, dass der PCR-Test anfällig für falsch-positive Ergebnisse ist und davor gewarnt, dass diese leicht dazu führen können, dass COVID-freie Personen positive Testergebnisse erhalten [59]. Die Position, dass PCR-Testkits unzuverlässig sind, ist keine neue Wissenschaft, wie ein Artikel der New York Times aus dem Jahr 2007 mit dem Titel „Faith in Quick Test Leads to Epidemic that Wasn't“ schrieb [60]. Die Empfindlichkeit der PCR-Testkits „macht falsch-positive Ergebnisse wahrscheinlich, und wenn Hunderte oder Tausende von Menschen getestet werden, können falsch-positive Ergebnisse den Anschein erwecken, dass es eine Epidemie gibt.“ Darüber hinaus wurden große Chargen von PCR-Testkits in der frühen Phase der COVID-19-Krise vor ihrer Verwendung mit COVID-19 kontaminiert, was, wie sich später herausstellte, die Anzahl der gemeldeten Fälle in der frühen Phase der Pandemie in den USA und darüber hinaus erheblich verzerrte [61].

Zahlreiche Beispiele von Impfstoffen mit schwerwiegenden unerwünschten Wirkungen, die der tansanischen Bevölkerung aufgezwungen wurden, kombiniert mit den weithin berichteten Sicherheitsproblemen im Zusammenhang mit dem Impfstoff von AstraZeneca/Oxford, den Tansania durch COVAX erhalten würde, lassen die „Anti-Wissenschafts“-Charakterisierung von Magufuli durch die westlichen Medien als besonders unangebracht erscheinen. Bereits 1977 wurde in der Fachzeitschrift „The Lancet“ festgestellt, dass die Risiken des Diphtherie-Tetanus-Keuchhusten-Impfstoffs (DTP) größer sind als die Risiken einer Ansteckung mit wildem Keuchhusten [62].

## Quellen:

- [50] Reuters, „President queries Tanzania coronavirus kits after goat test“, am 03.03.2020, <<https://www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-tanzania/president-queries-tanzania-coronavirus-kits-after-goat-test-idUSKBN22FOKF>>
- [51] zimlive.com, Reuters, „Tanzania suspends lab head after 'positive' Covid-19 tests on goat, pawpaw“, am 04.05.2020, <<https://www.zimlive.com/2020/05/04/tanzania-suspends-lab-head-after-positive-covid-19-tests-on-goat-pawpaw/>>
- [52] Bloomberg, Fumbuka Ng'wanakilala, „Tanzanian President Cautions Against Coronavirus Vaccines“, am 27.01.2021, <<https://www.bloomberg.com/news/articles/2021-01-27/tanzanian-president-cautions-against-coronavirus-vaccines>>
- [53] foreignpolicy.com, Lynsey Chutel, „Africa's COVID-19 Denialist-in-Chief“, am 17.02.2021, <<https://foreignpolicy.com/2021/02/17/tanzania-president-magufuli-coronavirus-pandemic-denial/>>
- [54] businessinsider.com, Fumbuka Ng'wanakilala, „Tanzania's president is one of the world's most prominent Covid-deniers – and now he may be hospitalized with Covid“, am 13.03.2021, <<https://www.businessinsider.com/tanzanias-president-a-covid-denier-is-rumored-sick-with-covid-2021-3>>
- [55] BBC, „Coronavirus in Tanzania: The country that's rejecting the vaccine“, am 06.02.2021, <<https://www.bbc.com/news/world-africa-55900680>>
- [56] The New York Times, Apoorva Mandavilli, „Your Coronavirus Test Is Positive. Maybe It Shouldn't Be.“, am 29.08.2020, Update am 14.04.2021, <<https://www.nytimes.com/2020/08/29/health/coronavirus-testing.html>>
- [57] Oxford Academic, Rita Jaafar, Sarah Aherfi, Nathalie Wurtz, Cléo Grimaldier, Thuan Van Hoang, Philippe Colson, Didier Raoult, Bernard La Scola, Clinical Infectious Diseases, „Correlation Between 3790 Quantitative Polymerase Chain Reaction-Positives Samples and Positive Cell Cultures, Including 1941 Severe Acute Respiratory Syndrome Coronavirus 2 Isolates“, am 28.09.2020, <<https://academic.oup.com/cid/advance-article/doi/10.1093/cid/cia1491/5912603>>
- [58] cormandrostenreview.com, Pieter Borger et.al, Review report Corman-Drosten et al. Eurosurveillance 2020, „External peer review of the RTPCR test to detect SARS-CoV-2 reveals 10 major scientific flaws at the molecular and methodological level: consequences for false positive results.“, am 27.11.2020, <<https://cormandrostenreview.com/report/>>
- [59] WHO, „WHO Information Notice for IVD Users - Nucleic acid testing (NAT) technologies that use real-time polymerase chain reaction (RT-PCR) for detection of SARS-CoV-2“, am 07.12.2020, <<https://web.archive.org/web/20201215013928/https://www.who.int/news/item/14-12-2020-who-information-notice-for-ivd-users>>
- [60] The New York Times, Gina Kolata, „Faith in Quick Test Leads to Epidemic That Wasn't“, am 22.01.2007, <<https://archive.is/MdDCX>>
- [61] webmd.com, Carolyn Crist, „Early CDC COVID-19 Test Kits 'Likely Contaminated'“, am 23.06.2020, <<https://www.webmd.com/lung/news/20200623/early-cdc-covid-19-test-kits-likely-contaminated>>
- [62] The Lancet, Gordon T. Stewart, „VACCINATION AGAINST WHOOPING-COUGH - Efficacy versus Risks“, am 29.01.1977, <[https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(77\)91028-5/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(77)91028-5/fulltext)>

## Quellen:

[63] The National Academies Press, Institute of Medicine, „New Vaccine Development: Establishing Priorities: Volume I: Diseases of Importance in the United States.“, 1985, <<https://www.nap.edu/catalog/12085/new-vaccine-development-establishing-priorities-volume-i-diseases-of-importance>>

[64] National Center for Biotechnology, Am J Epidemiol., P.E. Fine und R.T. Chen, Am J Epidemiol., „Confounding in studies of adverse reactions to vaccines“, 1992 <<https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/1415136>>

[65] National Center for Biotechnology, Schweiz Med. Wochenschrift, O. Tönz und S. Bajc, „[Convulsions after whooping-cough vaccination]“, am 20.12.1980, <<https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/6792699>>

[66] Centers for Disease Control and Prevention, „Pertussis (Whooping Cough) – Frequently Asked Questions“, am 18.11.2019, <<https://www.cdc.gov/pertussis/about/faqs.html>>

[67] National Center for Biotechnology, Human Vaccines & Immunotherapeutics, Nicola P. Klein, „Licensed pertussis vaccines in the United States - History and current state“, September 2014, <<https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC4975064/>>

[68] National Center for Biotechnology, Ebio-Medicine, Søren Wengel Mogensen et.al., „The Introduction of Diphtheria-Tetanus-Pertussis and Oral Polio Vaccine Among Young Infants in an Urban African Community: A Natural Experiment“, am 01.02.2017, <<https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC5360569/>>

[69] Gavi, „Tanzania, UR“, 2020, <<https://www.gavi.org/programmes-impact/country-hub/africa/tanzania-ur>>

[70] unlimitedhangout.com, Jeremy Loffredo und Whitney Webb, „Developers of Oxford-AstraZeneca Vaccine Tied to UK Eugenics Movement“, am 26.12.2020, <<https://unlimitedhangout.com/2020/12/investigative-series/developers-of-oxford-astrazeneca-vaccine-tied-to-uk-eugenics-movement/>>

[71] sciencemag.org, Erik Stokstad, „Major U.K. genetics lab accused of misusing African DNA“, am 30.10.2019, <<https://www.sciencemag.org/news/2019/10/major-uk-genetics-lab-accused-misusing-african-dna>>

[72] sciencemag.org, Gretchen Vogel und Kai Kupferschmidt, „It's a very special picture. Why vaccine safety experts put the brakes on AstraZeneca's COVID-19 vaccine“, am 17.05.2021, <<https://www.sciencemag.org/news/2021/05/it-s-very-special-picture-why-vaccine-safety-experts-put-brakes-astrazeneca-s-covid-19>>

[73] The New York Times, Benjamin Mueller, Rebecca Robbins und Lynsey Chutel, „AstraZeneca's Vaccine Does Not Work Well Against Virus Variant in South Africa“, am 07.02.2021, <<https://www.nytimes.com/2021/02/07/world/africa/covid-vaccine-astrazeneca-south-africa.html>>

[74] Voice of America, Charles Kombe, „Tanzania's Magufuli Wins Landslide Re-election“, am 01.11.2020, <<https://www.voanews.com/africa/tanzanias-magufuli-wins-landslide-re-election>>

[75] siehe [74]

[76] BBC, „Tanzania elections: President Magufuli in landslide win amid fraud claims“, am 30.10.2020, <<https://www.bbc.com/news/world-africa-54748332>>

[77] The Guardian, Reuters, „Tanzania's president wins re-election amid claims of fraud“, am 30.10.2020, <<https://www.theguardian.com/world/2020/oct/30/tanzanias-president-wins-re-election-amid-claims-of>>

Nachdem sich die Beweise häuften, die das Medikament mit Hirnschäden, Krampfanfällen und sogar dem Tod in Verbindung brachten [63, 64, 65], wurde es in den USA in den 1990er Jahren aus dem Verkehr gezogen [66] und durch eine sicherere Version namens DTaP ersetzt [67]. Eine von der dänischen Regierung finanzierte Studie aus dem Jahr 2017 kam zu dem Schluss, dass mehr afrikanische Kinder an den Folgen des tödlichen DTP-Impfstoffs sterben als an den Krankheiten, die er verhindert [68]. Die Forscher untersuchten Daten aus Guinea-Bissau und kamen zu dem Schluss, dass Jungen mit einer 3,9-mal höheren Rate starben als diejenigen, die die Impfung nicht erhalten hatten, während Mädchen eine fast 10-mal höhere Sterberate (9,98) aufwiesen. GAVI, subventioniert von USAID und der Gates Foundation, hat bis heute den gefährlich veralteten DTP-Impfstoff im Wert von über 27 Millionen Dollar in das tansanische Gesundheitssystem gekippt [69].

Darüber hinaus sind die Entwickler des Oxford-Impfstoffs (der Impfstoff, den Tansania im Rahmen von COVAX erhalten würde), wie von Unlimited Hangout im Dezember detailliert beschrieben, tief in die Eugenik-Bewegung verstrickt und beteiligen sich bis heute an ethisch fragwürdigen Aktivitäten in Bezug auf die Überschneidung von Rasse und Wissenschaft [70]. Im Jahr 2020 wurde der „Wellcome Trust“, das Forschungsinstitut, an dem die beiden Hauptentwickler des Oxford-Impfstoffs arbeiten, von der Universität Kapstadt beschuldigt, Hunderte von Afrikanern illegal ausgebeutet zu haben, indem ihre DNA ohne Zustimmung gestohlen wurde [71].

Ebenfalls besorgniserregend ist die Tatsache, dass mehr als 20 europäische Länder die Verwendung des Impfstoffs von Oxford/AstraZeneca aufgrund einer möglichen Verbindung zu Blutgerinnungsstörungen und Schlaganfällen gestoppt haben [72]. Sogar die New York Times hat in Frage gestellt, ob der Impfstoff von Oxford/AstraZeneca ein brauchbarer Kandidat ist, insbesondere für Afrika. Laut einem Times-Artikel vom Februar hat Südafrika die Verwendung des AstraZeneca-Oxford-Coronavirus-Impfstoffs gestoppt, nachdem Beweise aufge-

taucht waren, dass der Impfstoff die Probanden der klinischen Studie nicht vor leichten oder mittelschweren Erkrankungen schützt [73].

## Ein kürzlicher Wahlsieg „inmitten von Betrugsvorwürfen“

Im Oktober 2020 wurde Magufuli für eine zweite, fünfjährige Amtszeit wiedergewählt, diesmal mit einem überwältigenden Ergebnis von 84,39% der Stimmen. Damals zitierte der von der US-Regierung finanzierte Sender „Voice of America“ (VOA) einen Tansanier, Edward Mbise, der dem Sender sagte, dass „alle erwartet haben, dass [Magufuli] gewinnt, aufgrund dessen, was er getan hat ... er hat so viele Dinge erreicht, dass man sie gar nicht alle aufzählen kann.“ [74]

Tundu Lissu, der Führer von Magufulis größter Oppositionspartei, behauptete jedoch, dass die Wahl gefälscht worden sei, legte aber keine Beweise vor. Laut demselben VOA-Artikel rief Lissu „die Bürger auf, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass alle Wahlergebnisse geändert werden.“ [75]

Lissus Betrugsvorwürfe wurden trotz des Mangels an Beweisen von den westlichen Medien in großem Umfang nachgedruckt. Ein BBC-Artikel trug den Titel „President Magufuli Wins Election Amid Fraud Claims“ [76]. Der Guardian, der stark von der Gates Foundation finanziert wird, behauptete in ähnlicher Weise: „Tanzania's President wins re-election Amid Claims of Fraud.“ [77]. In den USA veröffentlichte die „New York Times“ eine Geschichte mit dem Titel „As Tanzania's President Wins a Second Term, Opposition Calls for Protests“ [78].

In diesen Artikeln wurden weder Magufulis Zustimmungsraten noch Zitate von tatsächlichen Tansaniern erwähnt, die in der westlichen Mainstream-Medienberichterstattung über seinen ersten Wahlsieg reichlich vorhanden waren. Zitate, die auftauchten, stammten in der Regel von Lissu, der jetzt im belgischen Exil lebt, oder anderen Mitgliedern seiner Partei.

Nicht lange nachdem Lissus Behauptungen von großen westlichen Medien unkritisch wiederholt worden waren, kün-

digte der ehemalige Außenminister Mike Pompeo, an seinem letzten Tag als Leiter des Außenministeriums, Sanktionen an, die sich gegen tansanische Beamte richteten, die angeblich „für die Untergrabung der tansanischen Parlamentswahlen 2020 verantwortlich oder daran beteiligt waren“ [79]. Es ist erwähnenswert, dass die Ähnlichkeiten zwischen den Wahlbetrugsvorwürfen in Tansania und denen, die in Bolivien kurz vor dem von den USA unterstützten Putsch im November 2019 erhoben wurden, erheblich sind.

Zwei Wochen später, am 5. Februar 2021, schlug das „Center for Strategic & International Studies“ vor, dass die USA, wie sie es oft tun, Magufulis politische Opposition finanzieren könnten, und schlug offen vor, dass „die Biden-Administration die Möglichkeit hat, das direkte Engagement mit tansanischen Oppositionspolitikern und zivilgesellschaftlichen Gruppen zu verstärken“, wobei sie Magufulis „gefährliche“ Vorgehensweise gegenüber COVID-19 als öffentliche Rechtfertigung benutzte. [80]

In der gleichen Woche veröffentlichte die „Global Development Section“ des „Guardian“ (ermöglicht durch eine Partnerschaft mit der Bill & Melinda Gates Foundation [81]) einen Artikel mit dem Titel „Es ist Zeit für Afrika, Tansanias Anti-Impf-Präsident zu zügeln.“ [82]. Vorhersehbarerweise versucht dieser Artikel, so wie andere, den afrikanischen Führer als einen verrückten Verschwörungstheoretiker zu porträtieren, läßt aber die Tatsache weg, dass Magufuli seinen Master und Dokortitel in Chemie gemacht hatte, bevor er 2015 zum Präsidenten gewählt wurde.

Am 9. März behauptete der Oppositionsführer Tundu Lissu, der früher für das in Washington ansässige und von der Wall Street finanzierte „World Resource Institute“ tätig war, dass Magufuli schwer an COVID-19 erkrankt sei. In einer Reihe von Tweets behauptete Lissu, der damalige Präsident sei zunächst nach Kenia und dann nach Indien geflogen worden, um gegen das Virus behandelt zu werden [83]. „Wir fordern die Regierung auf, öffentlich zu sagen, wo sich der Präsident

befindet und wie sein Zustand ist“, erklärte John Mnyika, ein weiterer Oppositionsführer, ebenfalls öffentlich ähnliche Behauptungen [84]. Die erste Zeitung, die berichtete, dass Magufuli an COVID-19 erkrankt sei, war „The Nation“ [85], eine relativ neue kenianische Zeitung, die 4 Millionen Dollar von der US-amerikanischen Bill and Melinda Gates Foundation erhalten hat [86].

Unterdessen hatte die Regierung Magufuli diese Behauptungen wiederholt als Fake News abgetan. „Es geht ihm gut und er erfüllt seine Pflichten“, betonte Premierminister Kassim Majaliwa am 12. März. „Ein Staatsoberhaupt ist kein Chef eines Joggingclubs, der immer herumlaufen und Selfies machen sollte“, hatte Verfassungsminister Mwigulu Nchemba zu dieser Zeit gesagt.

Am 11. März, nur wenige Tage vor der Bekanntgabe von Magufulis Tod und Suhulus Ernennung zum Präsidenten, schlug der „Council on Foreign Relations“ (CFR), die einflussreiche Denkfabrik, die eng mit der Rockefeller-Familie und der politischen Elite der USA verbunden ist, vor, dass eine „mutige Figur innerhalb der Regierungspartei [d.h. Magufulis Partei] aus der aktuellen Episode Kapital schlagen könnte, um an Popularität zu gewinnen und einen Kurswechsel einzuleiten ...“

Während ein schneller Führungswechsel in Tansania wie eine unerwartete Überraschung für westliche Finanzinteressen erscheinen mag, waren Gruppen in den USA, die sich auf ausländische Einmischung und Regimewechsel-Operationen spezialisiert haben, schon seit Magufulis erstem Wahlsieg in Tansania am Werk. Das „National Endowment for Democracy“ (NED), eine Denkfabrik der US-Regierung, die sich zum Ziel gesetzt hat, „die Freiheit auf der ganzen Welt zu unterstützen“, hat in den letzten Jahren 1,1 Millionen Dollar in verschiedene tansanische Oppositionsgruppen und -anliegen gepumpt [87, 88].

Einer der Mitbegründer von NED, Allen Weinstein, verriet einmal der „Washington Post“: „Vieles von dem, was wir heute tun, wurde vor 25 Jahren verdeckt von der CIA getan.“ [89]. Carl Gershman, der andere Mitbegründer des NED, sagte einmal der „New York Times“, dass „es

## Quellen:

- [78] The New York Times, Abdi Latif Dahir, „As Tanzania’s President Wins a Second Term, Opposition Calls for Protests“, am 31.10.2020, <<https://www.nytimes.com/2020/10/31/world/africa/tanzania-election-magufuli-wins.html>>
- [79] Council on Foreign Relations, Africa in Transition, Africa Program, and U.S. Interests in Africa, „Parting of Ways: Secretary Pompeo Announces Sanctions on Tanzania“, am 21.01.2021, <<https://www.cfr.org/blog/parting-ways-secretary-pompeo-announces-sanctions-tanzania>>
- [80] siehe [9]
- [81] The Guardian, Press releases, „The Guardian launches global development website with Gates Foundation“, am 14.09.2010, <<https://www.theguardian.com/gnm-press-office/guardian-launches-global-development-site>>
- [82] The Guardian, Vava Tampa, „It’s time for Africa to rein in Tanzania’s anti-vaxxer president“, am 08.02.2021, <<https://www.theguardian.com/global-development/2021/feb/08/its-time-for-africa-to-rein-in-tanzanias-anti-vaxxer-president>>
- [83] Twitter, Tundu Antiphass Lissu, „It’s a sad comment on his stewardship of our country that it’s come to this!“, am 10.03.2021, <<https://twitter.com/TunduALissu/status/1369455396419760129?s=20>>
- [84] usnews.com, Reuters, „He’s OK: Tanzania Denies Magufuli Sick With COVID-19“, am 12.03.2021, <<https://www.usnews.com/news/world/articles/2021-03-12/tanzanian-envoy-denies-president-magufuli-in-bad-health>>
- [85] nation.africa, Aggrey Mutambo, „African leader admitted to Nairobi Hospital with Covid-19“, am 10.03.2021, <<https://nation.africa/kenya/news/african-leader-taken-ill-admitted-city-hospital-3317690>>
- [86] Bill & Melinda Gates Foundation, „Committed Grants“, <<https://www.gatesfoundation.org/about/committed-grants?q=nation%20media%20group#jump-nav-anchor0>>
- [87] National Endowment for Democracy, „Tanzania 2020“, am 03.03.2021, <<https://www.ned.org/region/africa/tanzania-2020/>>
- [88] National Endowment for Democracy, „Tanzania 2018“, <<https://www.ned.org/region/africa/tanzania-2018/>>
- [89] The Washington Post, David Ignatius, „INNOCENCE ABROAD: THE NEW WORLD OF SPYLESS COUPS“, am 22.09.1991, <<https://www.washingtonpost.com/archive/opinions/1991/09/22/innocence-abroad-the-new-world-of-spyless-coups/92bb989a-de6e-4bb8-99b9-462c76b59a16/>>



Das „National Endowment for Democracy“ (NED), eine Denkfabrik der US-Regierung, die sich zum Ziel gesetzt hat, „die Freiheit auf der ganzen Welt zu unterstützen“, hat in den letzten Jahren 1,1 Millionen Dollar in verschiedene tansanische Oppositionsgruppen und -anliegen gepumpt. „Vieles von dem, was wir heute tun, wurde vor 25 Jahren verdeckt von der CIA getan.“ Allen Weinstein, Mitbegründer des NED. (Logo: Vadyua / wikipedia.org / CC BY-SA 4.0)

## Quellen:

- [90] The New York Times, David K. Shipler, „MISSIONARIES FOR DEMOCRACY: U.S. AID FOR GLOBAL PLURALISM“, am 01.06.1986, <<https://www.nytimes.com/1986/06/01/world/missionaries-for-democracy-us-aid-for-global-pluralism.html>>
- [91] Tanzania bora Initiative, „How we do It“, <<https://www.tanzaniaborainitiative.org/>>
- [92] USAID, U.S. Embassy Dar es Salaam Press Office, „UNITED STATES DISBURSES GRANTS WORTH \$750,000 TO CREATE JOBS FOR RURAL YOUTH“, am 29.05.2019, <<https://www.usaid.gov/tanzania/press-releases/may-29-2019-united-states-disburses-grants-worth-750000-create-jobs>>
- [93] The Jamestown Foundation, „Board Members“, 2021, <<https://jamestown.org/about-us/board-members/>>
- [94] The Jamestown Foundation, Brian M. Perkins, „Magufuli’s Reign and Tanzania’s Creeping Radicalization Issue“, am 28.01.2020, <<https://jamestown.org/program/magufulis-reign-and-tanzanias-creeping-radicalization-issue/>>
- [95] Human Rights Watch, „As Long as I am Quiet, I am Safe“ - Threats to Independent Media and Civil Society in Tanzania“, 2019, <<https://www.justice.gov/eoir/page/file/1214286/download>>
- [96] mintpressnews.com, „Leaked: George Soros ‘Puppet Master’ Behind Ukrainian Regime, Trails Of Corruption Revealed“, am 15.06.2015, <<https://www.mintpressnews.com/leaked-george-soros-puppet-master-behind-ukrainian-regime/206574/>>
- [97] nilepost.co.ug, „Magufuli starts to make U-turn over COVID-19 presence in Tanzania“, am 24.02.2021, <<https://nilepost.co.ug/2021/02/24/magufuli-starts-to-make-u-turn-over-covid-19-presence-in-tanzania/>>
- [98] WEF, „Samia Suluhu Hassan“, 2021, <<https://www.weforum.org/people/samia-suluhu-hassan>>
- [99] Bloomberg, Antony Sguazzin, „Most Mutated Covid-19 Variant Yet Found in Tanzania Travelers“, am 26.03.2021, <<https://www.bloomberg.com/news/articles/2021-03-26/most-mutated-covid-19-variant-yet-found-in-tanzania-travelers>>

für demokratische Gruppen auf der ganzen Welt schrecklich wäre, als von der CIA subventioniert angesehen zu werden ... und das ist der Grund, warum die Stiftung geschaffen wurde.“ [90].

Zu den jüngsten Operationen des NED in Tansania gehörten Projekte zur „Organisation junger Menschen, zur Förderung von Reformen und zur Einführung in neue Medienwerkzeuge, die bei ihren Bemühungen helfen können“. Des Weiteren Projekte zur „Rekrutierung und Ausbildung junger Künstler, die Geschichten über die Regierungsführung vermitteln sollen“, zur finanziellen Unterstützung einer oppositions-freundlichen „satirischen“ Nachrichtenproduktion, um „Gespräche anzuregen“, und ein Projekt zur finanziellen Unterstützung der Produktion einer „umfassenden, im Fernsehen ausgestrahlten staatsbürgerlichen Bildungskampagne“, die sowohl auf COVID-bezogenes öffentliches Bewusstsein als auch auf „Wählerbildung“ abzielt.

Der Empfänger der Gelder, die „Tanzania Bora Initiative“ [91], deren Slogan „transforming mindsets, influencing cultures“ lautet, rühmt sich, „über 50 junge tansanische politische Kandidaten auszubilden.“ Die „Tanzania Bora Initiative“ wurde auch stark von USAID unterstützt [92], als Magufuli im Amt war.

Man fragt sich, welche Auswirkungen diese NED- und USAID-finanzierten Bemühungen auf das Land gehabt hätten, wenn Magufuli nicht im Amt gestorben wäre. Im Januar begann die von der CIA geförderte „Jamestown Foundation“ [93], über Tansanias „schleichende Radikalisierung“ zu berichten und stellte die unheimliche Idee auf, dass „Tansania darauf vorbereitet sein könnte, eine Zunahme der nach innen gerichteten Gewalt zu erleben ...“ [94].

Obwohl dies glücklicherweise nie zum Tragen kam, waren in anderen Fällen westlich unterstützte Regimewechsel-Oppositionsgruppen, die von denselben Organisationen finanziert wurden, dafür bekannt, Gewalt zu schüren oder zu erzeugen, um westliche Interventionen zu rechtfertigen.

Der Magufuli-Regierung waren die westlichen Bemühungen um einen Regimewechsel nicht verborgen geblieben. In den Jahren nach seinem Wahlsieg führ-

ten tansanische Polizeikräfte Razzien bei Treffen durch, die von den „Open Society Foundations“ organisiert worden waren [95], einer Gruppe, die für ihre Einmischungsiniciativen in Staaten berüchtigt ist, die vom außenpolitischen Establishment der USA ins Visier genommen werden [96].

Doch trotz seiner starken Positionen gegen den Westen hatte sich etwas an Magufulis Ansatz am Tag seines letzten öffentlichen Auftritts am 24. Februar 2021 geändert. An diesem Morgen hatte der tansanische Präsident damit begonnen, seine Landsleute dazu aufzufordern, Masken zu tragen, etwas, dem er sich fast ein Jahr lang widersetzt hatte, nachdem die WHO eine Pandemie ausgerufen hatte. Er drängte sie dazu, mit Gesundheitsvorkehrungen zu beginnen [97].

## Ein neuer Präsident unter westlichem Beifall

Günstig für die Mächte, die Magufuli verärgert hatten, kommt es, dass seine Nachfolgerin und Vizepräsidentin, Samia Suluhu, vom Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen kommt und ein Profil auf der Website des Weltwirtschaftsforums hat [98], was auf eine Nähe zu den Kreisen hindeutet, die ihr Vorgänger getadelt hatte. Es ist noch unklar, ob sie bereits irgendeine von Magufulis Politiken rückgängig gemacht hat, sei es in Bezug auf Wirtschaft oder COVID, aber einige Verschiebungen scheinen wahrscheinlich, wenn man bedenkt, dass ihre Ernennung von denselben institutionellen Akteuren, die aktiv daran gearbeitet haben, Präsident Magufuli zu untergraben, mit purem Jubel aufgenommen wurde.

Ein weiterer möglicher Indikator ist die dubiose Entdeckung einer neuen COVID-Variante in Tansania, die Berichten zufolge mehr Mutationen aufweist als jede andere Variante. Die Entdeckung dieser Variante wurde etwas mehr als eine Woche nach der Bekanntgabe von Magufulis Tod verkündet und scheint wie geschaffen dafür, eine öffentliche Rechtfertigung für eine Umkehrung von Tansanias Regierungsansatz zu COVID zu liefern. Bemerkenswert ist, dass die

Tansania-Variante von Krisp entdeckt wurde [99]. „einem wissenschaftlichen Institut, das Gentests für 10 afrikanische Nationen durchführt“ und von der Gates Foundation, dem Wellcome Trust und den Regierungen der USA, Großbritannien und Südafrikas finanziert wird [100].

Bezüglich einer möglicherweise bevor-



Profilbild von Samia Suluhu Hassan, der Vizepräsidentin Tansanias auf der Website des World Economic Forum (Screenshot: <https://www.weforum.org/people/samia-suluhu-hassan>)

stehenden Umkehrung der tansanischen COVID-Politik könnte die Reaktion des obersten Beamten der Weltgesundheitsorganisation einen Hinweis geben. Der Generaldirektor der WHO, Tedros Ghebreyesus, hatte keine Zeit für einen Kommentar, nachdem er die Nachricht von Magufulis plötzlichem Tod erhalten hatte, aber er gratulierte der ersten weiblichen Präsidentin des Landes wenige Minuten nach Suluhus Vereidigung auf Twitter und sagte ihr, dass er „sich darauf freut, mit ihr zusammenzuarbeiten, um die Menschen vor COVID-19 zu schützen und die Pandemie zu beenden“ [101]. Ghebreyesus war zuvor im Vorstand von zwei Organisationen, die Bill Gates gegründet und mit Startkapital ausgestattet hatte und die er bis heute finanziert: GAVI und dem „Global Fund“, wo Tedros Vorstandsvorsitzender war [102].

Ein paar Tage vor Ghebreyesus' Tweet veröffentlichte das US-Außenministerium eine Erklärung, in der es die Verpflichtung der USA bekräftigte, die

Tansanier zu unterstützen, die sich für die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einsetzen und an der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie arbeiten, und erklärte: „Wir hoffen, dass Tansania auf einem demokratischen und wohlhabenden Weg vorankommen kann.“ [103]. Vizepräsidentin Kamala Harris hatte nichts zum plötzlichen Tod des beliebten ostafrikanischen Präsidenten zu sagen, doch – wie Ghebreyesus – schaffte sie es, der neu vereidigten Suluhu Samia auf Twitter ihre besten Wünsche zu senden [104].

Die von Milliardären unterstützte Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“, deren Drehtür zur US-Regierung gut dokumentiert ist [105], begrüßte Magufulis Tod und veröffentlichte einen Artikel mit dem Titel „Tanzania: President Magufuli's Death Should Open New Chapter“ (Tansania: Präsident Magufulis Tod sollte ein neues Kapitel eröffnen) und schrieb, dass das plötzliche Ableben des afrikanischen Führers „eine Chance bietet“ [106]. Bemerkenswerterweise hatte dieselbe Organisation den von den USA unterstützten Militärputsch in Bolivien [107], sowie die Regimewechsel-Bemühungen der Trump-Administration in Nicaragua [108] unterstützt und eine Erhöhung der tödlichen US-Sanktionen gegen die venezolanische Chavista-Regierung gefordert [109], sogar nach der Veröffentlichung eines Berichts des „Center for Economic and Policy Research“, der feststellte, dass mindestens 40.000 venezolanische Zivilisten bereits aufgrund solcher Sanktionen gestorben sind [110].

Anfang dieses Monats (März 2021) schrieb Judd Devermont, ein ehemaliger leitender politischer Analyst der CIA für Subsahara-Afrika, in einem CSIS-Beitrag mit dem Titel „Will Magufuli's Death Bring Real Change to Tanzania?“, dass man vor Magufulis Tod „glaubte, dass Suluhu zunehmend misstrauisch gegenüber Magufulis autoritärer Politik wurde. . .“ Später in dem Artikel gab der ehemalige CIA-Analyst versehentlich seine Arbeitsdefinition von „Autoritarismus“ preis, als er schrieb: „Magufuli steuerte Tansania in Richtung Autoritarismus, indem er eine nationalistische Wirtschafts-

genda umsetzte, die durch einen erstickten regionalen und internationalen Handel und einen Schlag gegen ausländische Direktinvestitionen (FDI) gekennzeichnet war.“ [111]

Die Behauptung, Magufuli sei gegen alle ausländischen Investitionen gewesen, ist jedoch irreführend. Vielleicht hätte Devermont schreiben sollen, dass Magufu-

## Quellen:

- [100] krisp.org.za, „Find Funding - List of Agencies in South Africa and abroad“, am 06.02.2018, <<https://www.krisp.org.za/news.php?id=287>>
- [101] Twitter, Tedros Adhanom Ghebreyesus, „Congratulations, President @SuluhuSamia, on your inauguration, and to the people of #Tanzania on their first female president. I look forward to working with you to keep people safe from #COVID19, end the pandemic and achieve a healthier“, am 19.03.2021, <<https://twitter.com/DrTedros/status/1372860260797517825>>
- [102] The Global Fund, „Global Fund Board appoints Minister of Health of Ethiopia as Chair“, am 10.07.2009, <<https://www.theglobalfund.org/en/news/2009-07-10-global-fund-board-appoints-minister-of-health-of-ethiopia-as-chair/>>
- [103] U.S. Department of State, Press Statement, „On the Passing of John Pombe Magufuli“, am 17.03.2021, <<https://www.state.gov/on-the-passing-of-john-pombe-magufuli/>>
- [104] face2faceafrica.com, Nii Ntreh, „What Kamala Harris said to the new President of Tanzania, Samia Hassan“, am 21.03.2021, <<https://face2faceafrica.com/article/what-kamala-harris-said-to-the-new-president-of-tanzania-samia-hassan>>
- [105] consortiumnews.com, „The Corruption of Human Rights Watch“, am 13.05.2014, <<https://consortiumnews.com/2014/05/13/the-corruption-of-human-rights-watch/>>
- [106] Human Rights Watch, „Tanzania: President Magufuli's Death Should Open New Chapter“, am 18.03.2021, <<https://www.hrw.org/news/2021/03/18/tanzania-president-magufulis-death-should-open-new-chapter>>
- [107] Human Rights Watch, „Bolivia: Prioritize Rights in Wake of Morales Resignation“, am 12.11.2019, <<https://www.hrw.org/news/2019/11/12/bolivia-prioritize-rights-wake-morales-resignation>>
- [108] ABC News, Luis Alonso Lugo, „HRW calls for sanctions on Nicaragua's Ortega“, am 19.06.2019, <<https://abcnews.go.com/US/wireStory/hrw-calls-sanctions-nicaraguas-ortega-63806939>>
- [109] The Grayzone, Ben Norton, „Billionaire-backed Human Rights Watch lobbies for lethal US sanctions on leftist governments as Covid crisis rages“, am 08.04.2020, <<https://thegrayzone.com/2020/04/08/billionaire-human-rights-watch-sanctions-nicaragua-venezuela/>>
- [110] Center for Economic and Policy Research, Mark Weisbrod und Jeffrey Sachs, „Economic Sanctions as Collective Punishment: The Case of Venezuela“, am 25.04.2019, <<https://cepr.net/report/economic-sanctions-as-collective-punishment-the-case-of-venezuela/>>
- [111] Center for Strategic & International Studies, Judd Devermont und Marielle Harris, „Will the Death of President Magufuli Bring Real Change to Tanzania?“, am 18.03.2021, <<https://www.csis.org/analysis/will-death-president-magufuli-bring-real-change-tanzania>>

lis Politik ein Schlag gegen ausländische Direktinvestitionen aus dem Westen war, da Magufuli in den letzten Monaten seiner Präsidentschaft und seines Lebens direkt um ausländische Investitionen aus China warb.

Mitte Dezember 2020 berichtete „Tanzania Invest“ über ein Treffen Magufulis mit der chinesischen Führung, nach dem Magufuli verkündete, dass Tansania „Händler und Investoren aus China in verschiedenen Bereichen wie Produktion, Tourismus, Bau und Handel zum Nutzen beider Parteien willkommen heißt.“ [112].

Der Bericht merkte auch an, dass „Magufuli China gebeten hat, mit Tansania bei der Investition in große Projekte zu kooperieren, indem er günstige Kredite zur Verfügung stellt“ und dass „Tansania seine langjährigen Beziehungen zu China weiter entwickeln und verbessern wird und China weiterhin in verschiedenen internationalen Fragen unterstützen wird.“ China ist derzeit Tansanias wichtigster Handelspartner und Tansania ist der größte Empfänger von chinesischer Regierungshilfe in Afrika. Es ist eine Überlegung wert, dass dieser China-Pivot, insbesondere zu einer Zeit, in der der neue Kalte Krieg der USA mit China neue Höhepunkte erreicht, eine Rolle bei den vom Westen unterstützten Regimewechsel-Bemühungen gegen Tansania gespielt hat.

## Blick über Tansania hinaus

Das Schicksal, das Präsident John Magufuli und Tansania erlitten, ähnelt dem, was im Nachbarland Burundi vor nur sechs Monaten geschah. Der Präsident von Burundi, Pierre Nkurunziza, weigerte sich öffentlich, als Reaktion auf COVID-19, von oben herab Maßnahmen zur Eindämmung des Virus zu ergreifen und wurde von der mit den USA verbündeten Presse und Think Tanks in ähnlicher Weise verunglimpft. Im Mai 2020 verwies Nkurunziza die Weltgesundheitsorganisation aus Burundi [113] und drei Wochen später wurde berichtet, dass er nach einem plötzlichen Herzstillstand gestorben sei.

In jüngerer Zeit verärgert Sambia - das an Tansania grenzt und in diesem August Wahlen abhalten wird - einige der gleichen Akteure, die Magufuli herausgefordert hatte, mit den Bemühungen seiner Regierung, seine Kupferminen und möglicherweise andere Bergbauprojekte zu verstaatlichen. Im Dezember kündigte der sambische Präsident Edgar Lungu an, dass seine Regierung „einen bedeutenden Anteil an einigen ausgewählten Minenanlagen“ erwerben werde, um „ausreichend Wohlstand für die Nation zu schaffen.“ In Anlehnung an Magufuli hatte Lungu erklärt: „Wir werden nicht länger Bergbauinvestoren tolerieren, die versuchen, von unseren gottgegebenen natürlichen Ressourcen zu [profitieren] und uns mit leeren Händen zurücklassen.“

Im Januar unternahm Lungu nach einem langwierigen Streit mit keinem Geringeren als „Glencore“ einen Schritt zur Verstaatlichung des Kupferbergbausektors. Kupfer ist, wie Nickel, Graphit und Lithium, ein Metall, das für den Erfolg der vierten industriellen Revolution entscheidend ist. Westliche Medienberichte über Lungus jüngsten Schritt zitierten Experten, die Sambias Regierung aufforderten, „vorsichtig vorzugehen“, bei ihren Bemühungen, die Rolle des öffentlichen Sektors in der Bergbauindustrie des Landes zu stärken [114].

Dann, eine Woche nach der Bekanntgabe von Magufulis Tod, beschuldigte Lungus Hauptkonkurrent bei den anstehenden Wahlen Lungu öffentlich, ihn ermorden lassen zu wollen, während einige englischsprachige, pro-westliche Medien bereits behaupteten, dass Lungu plane, die anstehenden Wahlen zu seinen Gunsten zu manipulieren und dass das Land „brennen könnte“, wenn die Wahl das „falsche“ Ergebnis hat [115, 116].

Solche Beispiele zeigen, dass die Situation, die sich kürzlich in Tansania abgespielt hat, im heutigen Afrika kaum einzigartig ist. Die Dominanz der Medienlandschaft, mit ständiger COVID-Berichterstattung, hat jedoch dazu geführt, dass das westliche Publikum von den verschiedenen Regimewechsel-Bemühungen, die in der Region stattgefunden haben oder im Gange sind, weitgehend nichts mitbekommen hat. Im Gegensatz zu den Regimewechsel-Bestrebungen der

jüngeren Vergangenheit scheinen diejenigen, die auf Afrika und auch Bolivien abzielen, mit einem Laser auf die Bergbauanlagen fokussiert zu sein, die als essentiell für den Aufbau der Lieferketten gelten, die für die vierte industrielle Revolution benötigt werden.

Da sich viele dieser Länder in letzter Zeit China angeschlossen haben, scheint es, als würden sich die Regimewechselprojekte und Stellvertreterkriege der Zukunft nicht um fossile Brennstoffe und Pipelines drehen, sondern darum, ob der Osten oder der Westen die Versorgung mit Mineralen dominieren wird, die für die Produktion und Wartung von Technologien der nächsten Generation benötigt werden.

COVID hat nicht nur die Berichterstattung über diese Putsch um Mineralien auf ein Minimum beschränkt, sondern auch einen bequemen Deckmantel für die Dämonisierung von Führern und das Vorantreiben von Regimewechseln in Ländern geboten, die aus anderen Gründen ins Visier genommen werden, die mit Ressourcen und wenig mit einem Virus zu tun haben.

## Quellen:

[112] tanzaniainvest.com, „TANZANIA TO FURTHER DEVELOP COOPERATION WITH CHINA MAGUFULI SAY“, am 16.04.2021, <<https://www.tanzaniainvest.com/economy/tanzania-to-further-develop-cooperation-with-china-magufuli-say>>

[113] Voice of America, „Burundi Expels WHO Officials“, am 14.05.2020, <<https://www.voanews.com/covid-19-pandemic/burundi-expels-who-officials>>

[114] msn.com, Deutsche Welle, Glory Mushingi, „Nationalizing Zambia's copper mines“, am 12.03.2021, <<https://www.msn.com/en-us/news/world/nationalizing-zambia-s-copper-mines/ar-BB1ewuX>>

[115] zambianwatchdog.com, „This is how Lungu plans to rig the 2021 elections“, am 26.09.2020, <<https://www.zambianwatchdog.com/this-is-how-lungu-plans-to-rig-the-2021-elections/>>

[116] mg.co.za, Sishuwa Sishuwa, „Zambia may burn after the August elections. Here's how to prevent this“, am 22.03.2021, <<https://mg.co.za/africa/2021-03-22-zambia-may-burn-after-the-august-elections-heres-how-to-prevent-this/>>

 Dieser Text wurde zuerst am 07.10.2020 auf [www.thegrayzone.com](https://www.thegrayzone.com/2020/10/07/opcw-syria-whistleblower-and-ex-opcw-chief-attacked-by-us-uk-french-at-un/) unter der URL <https://thegrayzone.com/2020/10/07/opcw-syria-whistleblower-and-ex-opcw-chief-attacked-by-us-uk-french-at-un/> veröffentlicht.  
Lizenz: Aaron Maté, TheGrayzone.com, CC BY-NC-ND 4.0

Am 21. August 2015 gedachten Menschen in Hannover mit einer Mahnwache den Opfern des Bürgerkriegs in Syrien und insbesondere der Giftgas-Angriffe von Ghuta. Quelle: Wikipedia, Foto: wikimedia.org, Lizenz: CCo



Der Fall Syrien:

# Whistleblower werden vor der UN zum Schweigen gebracht

Die USA, das Vereinigte Königreich und Frankreich wurden im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit Aussagen des OVCW-Whistleblowers Ian Henderson und des ehemaligen OVCW-Direktor José Bustani konfrontiert. Ihre Aussagen stellten die Rechtfertigungen dieser Länder für den Bombenangriff auf Syrien im April 2018 in Frage. Daraufhin wurden die Zeugen angegriffen und zum Schweigen gebracht. Aaron Maté fasst dieses ungewöhnliche Schauspiel zusammen.

von Aaron Maté

## Autor: Aaron Maté

Aaron Maté ist Journalist und Filmproduzent. Er moderiert die Sendung Pushback with Aaron Maté auf The Grayzone. Er schreibt auch Beiträge für die Zeitschrift The Nation und ist ehemaliger Moderator und Produzent für The Real News und Democracy Now!. Aaron hat auch für Vice, AJ+ und Al Jazeera gedreht und produziert.



Ian Henderson, langjähriger Inspector des OVCW (anm.: Organisation für das Verbot chemischer Waffen), der gegen die Vertuschung der Untersuchungsergebnisse seiner Organisation zu einem angeblichen Chemiewaffenangriff in Syrien vorging, sprach kürzlich vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNSC). Während der Versammlung wurde er von den Diplomaten der USA, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs angegriffen und ignoriert. Deren Regierungen hatten Syrien aufgrund von Behauptungen bombardiert, die durch Hendersons

(Anm.: durch die OVCW) zensierten, Bericht unterminiert wurden.

An einer weiteren Sitzung des Sicherheitsrates, eine Woche danach, führten die USA und ihre Alliierten diese Zensurkampagne weiter fort, indem sie mit einer initiierten Abstimmung die Zeugenaussage des ehemaligen Direktors des OVCW José Bustani verhinderten, der gekommen war, um die Aussagen der Whistleblower zu bekräftigen.

Der Pushback-Moderator Aaron Maté fasst diese außergewöhnlichen Ereignisse mit Auszügen der Aussagen von Hender-

son, Bustani und jene der westlichen Diplomaten, die versuchten, sie zum Schweigen zu bringen, zusammen.

Ian Henderson, langjähriger Inspektor des OVCW, der gegen die Vertuschung einer Untersuchung zum angeblichen Biowaffenangriff in Syrien vorging, hat vor einer Arria-Formel-Sitzung des Weltsicherheitsrats (Anm.: ein informelles und interaktives Sitzungsformat der Mitglieder des Sicherheitsrats) gesprochen.

Im Verlauf der Sitzung wurde Henderson von den amerikanischen, englischen und französischen Diplomaten angegriffen und ignoriert. Deren Regierungen hatten Syrien aufgrund von Behauptungen bombardiert, die in Hendersons Untersuchung entkräftet wurden.

Weitere Sprecher waren der preisgekrönte Physiker Ted Postol, Professor Emeritus und ehemaliger Berater des Pentagon, sowie Aaron Maté von Grayzone.

In einer darauffolgenden Versammlung, eine Woche danach, führten die USA und ihre Alliierten die Unterdrückungskampagne fort und sorgten mit einer initiierten Abstimmung dafür, dass die Zeugenaussage des ehemaligen Direktors des OVCW José Bustani verhindert wurde. Er war gekommen, um die Aussagen der Whistleblower zu bekräftigen.

#### Weiterführende Infos:

Lesen/sehen Sie die Aussage José Bustanis vor dem Weltsicherheitsrat in voller Länge (englisch) die von den US und Alliierten abgeblockt wurde [1].

Lesen/sehen Sie die Kommentare von Aaron Maté vor dem Weltsicherheitsrat (EN) [2]

<<https://www.youtube.com/watch?v=oP8z4APHDjI&feature=youtu.be>>

Jonathan Allen, UK: „Auch wenn wir uns darüber einig sind, dass es Raum geben soll für vorgeschlagene Redner, sollten diese im Bereich dessen, was zur Diskussion steht, relevantes und fundiertes Wissen präsentieren. Im Falle eines der heutigen Redner ist dies leider nicht der Fall. Herr Bustani ist zwar ein angesehener Diplomat; da er jedoch das OVCW schon vor vielen Jahren verlassen hat, bevor das Dossier zum Biowaffenangriff

in Syrien zum Thema wurde, ist er heute nicht in der Lage, zur Implementierung der Resolution 2118 relevantes Wissen oder Informationen beizutragen - im Gegensatz zum aktuellen Generaldirektor des OVCW. Wir beantragen daher bei den Vorsitzenden, über diesen Redner eine formalrechtliche Abstimmung durchzuführen. Vielen Dank.“



*José Maurício de Figueiredo Bustani (Porto Velho, 5. Juni 1945), brasilianischer Diplomat, erster Generaldirektor der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW). Quelle: wikipedia.org, Foto: Wikipedia / Agência Senado, Lizenz: CCo*

Als erster Generaldirektor des OVCW hatte Bustani aus erster Hand erfahren, was es heißt, das kriegsfördernde Narrativ in Frage zu stellen. Nachdem er Kontrollen ermöglicht hatte, die dem Drängen der Bush-Administration, in den Irak einzufallen, entgegenwirkten, wurde er 2002 von John Bolton persönlich bedroht und anschließend als Generaldirektor abgesetzt.

Heute, 18 Jahre danach, hat die USA noch einmal versucht, Bustani mundtot zu machen, weil er wieder einen kriegsfördernden Betrug in Frage stellt. Auch wenn die USA und ihre Alliierten seine Aussage verhindern konnten, wird Bustani dennoch nicht schweigen: Er hat seine Aussage vor den Vereinten Nationen in voller Länge aufgenommen und veröffentlicht [3]. In seiner Ansprache äußert er sich positiv zur Arbeit der OVCW-In-

spektoren und drängt den gegenwärtigen Generaldirektor Fernando Arias dazu, sie über die unterdrückten Fakten transparent berichten zu lassen.

José Bustani, ehem. OVCW-Direktor: „Die Inspektoren haben ein großes Risiko auf sich genommen und es gewagt, gegen möglicherweise unregelmäßiges Vorgehen innerhalb Ihrer Organisation auszusagen. Es liegt ohne Zweifel in Ihrem Interesse, im Interesse der Organisation und der Welt, dass Sie sie zu Wort kommen lassen. [...] Wenn das OVCW sicher ist, dass die wissenschaftliche Arbeit zu Douma solide und die Untersuchung integer ist, dann hat es auch nichts zu befürchten, wenn die Inspektoren aussagen. Sollten sich jedoch die Vorwürfe betreffend der Unterdrückung von Beweisen, einer selektiven Auswahl von Daten und dem Ausschluss von Inspektoren in Schlüsselfunktionen bestätigen, nebst anderen Vorwürfen, dann ist es um so wichtiger, dass die Sache offen und mit Dringlichkeit behandelt wird.“

Eine Woche bevor Bustanis Aussage verhindert wurde, sagte Ian Henderson, Mitglied des Douma-Untersuchungsteams des OVCW, vor dem Weltsicherheitsrat aus.

Während der Versammlung wurde Henderson von den amerikanischen, englischen und französischen Diplomaten angegriffen und ignoriert. Deren Regierungen Syrien aufgrund von Behauptungen bombardiert hatten, welche die unterdrückte Untersuchung in Frage stellte.

Als Erstes ersuchte Henderson die versammelten Diplomaten die Verleumdung seiner Person zu unterlassen, den „starken Lockdown“ in Bezug auf die Vertuschung der Douma-Untersuchung aufzuheben und sich dafür einzusetzen, dass die verschleierte Fakten ans Licht kommen.

Ian Henderson: „Wieder stehe ich aufgrund der Anfragen einiger Delegierter vor Ihnen, um über meine persönlichen Erfahrungen als OVCW-Inspektor zu sprechen. Ich möchte kurz klarstellen, was ich tun kann und was nicht. Ich stehe hier in meiner Kompetenz als Wissenschaftler und ehemaliger Leiter eines OVCW Kontroll-Teams mit – und ich möchte es betonen – 12 Jahren aner-



Hauptbürogebäude der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) in Den Haag. Quelle: wikipedia.org, Foto: Wikimedia, Lizenz:CC BY-SA 3.0

kannt unbefangener und gewissenhafter Berufserfahrung. An alle heute Anwesenden richte ich folgende Aufforderung: Unterlassen Sie es bitte, mich als Teil jedweder Desinformationskampagne zu verunglimpfen.

Ich spreche für mich selbst, weiß aber, dass auch andere Douma-Inspektoren der Untersuchungen vor Ort (Fact-Finding-Mission, FFM) ähnliche Sorgen in Bezug auf die Art und Weise haben, wie die Untersuchungen unter Kontrolle – unter Verschluss – gehalten und wie sie im endgültigen FFM-Bericht wiedergegeben wurden. Wir sind der Meinung, dass es unterdessen genügend öffentlich zugängliche Informationen gibt, die unsere Schlussfolgerung dahingehend untermauern, dass der FFM-Bericht u.U. die reale Situation nicht wiedergibt.

Ich erwarte nicht, dass Sie mir glauben; Erwartungen sind keine Wissenschaft. Wir behaupten lediglich, dass es genug Information gibt – öffentlich zugängliche Fakten – um eine transparente und fachlich fundierte Untersuchung zu rechtfertigen, mit dem Ziel, herauszufinden, was wirklich in Douma am 7. April 2018 geschah. Die Untersuchung sollte streng wissenschaftlich und mit Integrität durchgeführt werden, weil dies bisher nicht geschehen ist.

Der „Lockdown“ zu Douma bleibt jedoch, um es angemessen zu beschreiben, undurchdringbar. Es bleibt daher nur die Hoffnung, dass es jemanden mit einem ernsten und ehrenhaften wissenschaftlichen Ethos gibt, der eingestehen könnte,

dass mit der Douma-Untersuchung und dem Bericht dazu etwas nicht stimmt. Vielleicht ist es noch wichtiger, dass – nebst der Fachkompetenz und der Bereitschaft, sich einzusetzen – diese Person den Mut hat, diese Sache anzugehen. Sollte dies eintreffen, stehen wir bereit und können als unparteiliche Wissenschaftler und Ingenieure dazu beitragen, dass die Fakten für sich sprechen können.“

Statt jedoch dem Aufruf Hendersons zu folgen, haben die westlichen Diplomaten ihn entweder verleumdet oder ignoriert. Ganz vorne dabei die Botschafter der USA, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs, deren Regierungen aufgrund von Behauptungen, die Hendersons Untersuchung in Frage stellte, Bomben über Syrien abgeworfen hatten.

Kelly Craft, USA: „Lassen Sie uns die heutige Vorführung als das erkennen, was sie ist – ein Gag. Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist diese: Warum beschützt Russland so eifrig ein Regime, das mehrmals Biowaffen gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt hat? Was wir heute hier sehen ist noch ein verzweifelter und misslingender Versuch, weitere Desinformation zu verbreiten, die Professionalität des OVCW anzugreifen und von den fortwährenden Bemühungen verantwortungsbewusster Nationen, das Assad-Regime für den Einsatz von Biowaffen und zahlreichen anderen Untaten zur Rechenschaft zu ziehen, abzulenken. Wir kennen dieses Spiel: es wird alt und funktioniert nicht mehr.“

Nicolas de Rivière, France: „Ich bedaure, dass die heutige Versammlung zu einer Übung in Desinformation verkommen ist. Erlauben Sie mir zuallererst, an das Offensichtliche zu erinnern: den Hintergrund der heutigen Diskussion bildet die einfache Tatsache, dass im August 2013 das syrische Regime 1300 Männer, Frauen und Kinder vergaste, um seine militärische Position zu stärken. Dies wird von niemandem bestritten.“

In Wirklichkeit ist diese Behauptung aber sehr umstritten. Der damalige Direktor der nationalen Nachrichtendienste (ODNI), James Clapper [4] und weitere US Amtsträger [5] teilten im August 2013 Präsident Obama mit, dass die Behauptungen, die syrische Regierung sei

verantwortlich, kein „slam dunk“ seien. Dies stellte eine direkte Anspielung auf die Falschbehauptung der Nachrichtendienste dar, die zum Irak-Krieg führten.

Im London Review of Books berichtete Seymour Hersh später mehrmals von mehreren Enthüllungen, die zusätzliche Zweifel darüber aufkommen ließen, dass dem Militärlabor Porter Down in GB nach das Sarin, welches in Ghouta gefunden wurde, nicht mit der Variante im Arsenal der syrischen Regierung übereinstimmte; dass US-Nachrichtendienste zu dem Schluss kamen, dass die al-Qaida sich in Syrien Sarin angeschafft hatten; und dass die türkische Regierung auf mehreren Ebenen mit dem Sarin im Besitz der al-Qaida in Verbindung gebracht werden konnte. [6]

Die Botschafter Deutschlands und Großbritanniens kamen auch zu Wort. Beide ignorierten Hinweise auf eine Vertuschung seitens des OVCW und diskreditierten Versuche, diesen Hinweisen auf den Grund zu gehen.

Christoph Heusgen, Germany: „In der jiddischen Sprache gibt es ein Wort, welches ins Englische Eingang gefunden hat: Chutzpah. Ich weiß, Sie wissen alle, was Chutzpah bedeutet. Ich glaube, so können wir das heutige Ereignis am besten beschreiben. Als ich sah, dass das OVCW auf der Agenda stand, dachte ich als deutscher Idealist, das sei eine wunderbare Gelegenheit, da unsere russischen und chinesischen Freunde endlich mit uns das Ziel teilen, die Chemiewaffenkonvention (CWK) zu stärken, das OVCW zu unterstützen und mit uns zusammen das syrische Regime daran zu erinnern, sich an die Resolution 2118 zu halten und mit dem Untersuchungsteam (Investigation and Identification Team, IIT) zu kooperieren. Als ich aber den Textentwurf las, erkannte ich, dass Idealismus hier fehl am Platz ist. Was ist hier das Ziel? Das meine ich mit Chutzpah: Wieder versuchen Russland und China die Glaubwürdigkeit des OVCW in Frage zu stellen, alternative Fakten zu schaffen und Zweifel zu verbreiten, um das OVCW erneut zu untergraben. Diese russische Taktik haben wir schon mehrmals gesehen. Wenn sie oder ihre Freunde dabei erwisch werden, Verbrechen zu begehen oder das internatio-

nale Recht zu umgehen, gehen sie in die Gegenoffensive und streuen alternative Fakten, um ihre Freunde zu verteidigen.“

Jonathan Allen, UK: „Uns sind sogenannte Beweise vom Fehlverhalten des OVCW von Individuen unterbreitet worden, die keine volle Einsicht in die Untersuchung hatten, die nicht akzeptieren konnten, dass ihre Sichtweise von den Fakten nicht bestätigt wurde und die dann gegen ihre Schweigepflicht dem OVCW gegenüber verstoßen haben. Uns sind langatmige Verschwörungstheorien von Journalisten aufgezwungen worden, aus deren Twitter-Feeds alles ersichtlich ist, was Mitglieder des Rats über die angeblich unabhängige Perspektive ihrer Berichterstattung wissen müssen, sowie von Akademikern, deren Theorien von besser qualifizierten Kollegen zurückgewiesen worden sind.“

Aaron Maté und MIT Professor Ted Postol antworteten auf Allens Bemerkungen.

Aaron Maté: „Es gab heute viele Bemerkungen von gewissen Mitgliedstaaten in dem Sinne, dass versucht wird, das OVCW in Verruf zu bringen. Ich möchte wiederholen, was Ian Henderson gesagt hat: Ich bin nicht hier, um das OVCW in Verruf zu bringen. Ich bin hier, um das OVCW davor zu schützen, instrumentalisiert zu werden.“

Es ist vielsagend, dass zwei langjährige und prominente Inspektoren des OVCW, von denen einer heute vor Ihnen steht, sich mit schwerwiegenden Fragen an Sie wenden und eine sehr einfache Lösung vorschlagen. Nämlich, dass angesichts der Auseinandersetzungen, der sich widersprechenden Behauptungen und Fakten, diesen Inspektoren die Gelegenheit gegeben werde, sich mit dem Generaldirektor und dem restlichen Douma-Team, das tatsächlich in Syrien vor Ort war, zu treffen.

Falls irgendjemand diesem Vorschlag nicht folgt, muss gefragt werden, warum.

Der britische Botschafter erwähnte mein Twitter-Konto und meinte aus irgendeinem Grund, dass mein Twitter-Konto irgendwie mit der Zuverlässigkeit meiner journalistischen Arbeit zu tun habe.

Ich fühle mich geschmeichelt, wenn Herr Allen mein Twitter-Konto im Auge behält. Ich verstehe aber nicht ganz, was das Konto mit der Frage zu tun hat, ob das OVCW instrumentalisiert worden ist. Nichtsdestotrotz möchte ich Ihnen raten, den eigentlichen Wissenschaftlern des OVCW mindestens genauso viel Aufmerksamkeit entgegenzubringen, die in Syrien vor Ort waren, einen Bericht verfassten, erlebten, dass der Bericht unter-



Britischer Botschafter Jonathan Allen. Quelle: [www.gov.uk](http://www.gov.uk), Foto: [www.gov.uk](http://www.gov.uk), Lizenz: CC0

drückt wurde und nun ihre Befunde auf transparente Weise dem OVCW vorlegen möchten.“

Ted Postol, MIT-Professor Emeritus: „Ich habe es noch nie erlebt, dass dem internationalen Recht ein solcher Bärendienst erwiesen wurde, wie es heute geschehen ist. Die Vereinten Nationen sind ein wichtiges internationales Organ, um das internationale Recht durchzusetzen und wenn die Anwesenden sich für Tatsachen nicht interessieren, kann das Recht keinen Bestand haben. Die albernen Aussagen, die wir heute gehört haben sind mir sehr bekannt, da ich sie viele Jahre lang habe hören müssen und die Tatsache, dass nicht einmal ein Grundwissen vorhanden ist – ich muss zugeben, ich versuche gar nicht, meine Empörung zu verbergen.“

Wenn ich wütend klinge, dann darum, weil ich die UN und das OVCW ernst nehme und, ganz ehrlich, so wie Sie sich heute hier verhalten haben, bin ich nicht der Meinung, dass Sie diese Organisationen ernst nehmen. Ich höre jetzt auf.“

Ian Henderson beendete die Versammlung indem er seine Enttäuschung über die westlichen Diplomaten zum Ausdruck brachte, die jegliche Auseinandersetzung mit einer Vertuschung seitens des OVCW ablehnten. Er stellte auch weitere Fakten darüber dar, wie das OVCW instrumentalisiert wurde, um falsche Anschuldigungen gegen Syrien zu ermöglichen.

Ian Henderson: „Heute wurden mir die Augen geöffnet. Es ist nicht meine Aufgabe, die vornehmen Exzellenzen, Delegierten und Kollegen zu rügen; ich muss jedoch bekennen, dass ich bitter enttäuscht bin; da ich jedoch schon länger dabei bin, habe ich nicht wirklich Anderes erwartet. Es gab keine Diskussion. Stattdessen gab es eine Abfolge von politischen Statements von beiden Seiten - in meinen Augen, Propaganda. Das ist eben die Welt in der wir leben. Das ist die Welt die mich während meiner Zeit im OVCW als Figur vor sich herführte.“

Heute besteht meine Aufgabe darin, das OVCW und das technische Sekretariat zu schützen. Das möchte ich in aller Klarheit darlegen. Mit Desinformationskampagnen, um das OVCW zu diskreditieren, hat das nichts zu tun.

Ich stelle fest, dass immer noch, wie vom ersten Tag an, keine Bereitschaft dafür besteht, kein Wille dazu, kein Wunsch oder sonst etwas, überhaupt darüber nachzudenken, dass auf der Basis von Wissenschaft, Tatsachen und Technik ein Resultat erreicht werden könnte, das dem FFM-Bericht widerspricht. Bis zum heutigen Tag ist niemand, keine einzige Person, außer ein paar anarchistische Journalisten, in einer offiziellen Funktion auf mich zugegangen, um zu sagen, „Beschreiben Sie bitte Ihre Erfahrungen“, mit einer einzigen Ausnahme. Nachdem der Douma FFM-Bericht veröffentlicht wurde, gab es eine ziemliche Krise im technischen Sekretariat. Das war bevor mein Ingenieursbericht leaked wurde. Wir überlegten also damals, was wir tun sollten. Ich machte es allen ganz klar, dass die Befunde des FFM-Berichts sich auf keine wissenschaftlichen oder technischen Tatsachen stützten; dies kann ich jedem darlegen, der sich dafür interessiert. Ich wurde dann von einer Delegation einer der westlichen Parteien eingeladen und gab ein vollständiges Briefing.

Am Ende des Berichts sagte der Herr, „Das ist sehr ernst. Das ist eine große Sache. Es wird nach oben gehen. Es wird ganz nach oben gehen.“ Und dann sagte er, quasi als Entschuldigung: „Es ist Ihnen natürlich klar, dass wir in dieser Sache nichts unternehmen können.“

In dieser Situation befand ich mich damals und in dieser Situation befinde ich mich noch heute. Ich glaube, von allen, die heute geredet haben, bin ich der einzige, der viel Zeit in Syrien verbracht hat, auch in Damaskus, Douma und an anderen Orten. Ich war an allen drei Syrien-Einsätzen beteiligt, an den Teams zur Begutachtung der Deklarationen (Declaration Assessment Team, DAT), am Zentrum für Forschung (Scientific Studies and Research Centre, SSRC) und am Douma-Untersuchungsteam (Fact-Finding-Mission, FFM).

Ich möchte nun weder naiv sein noch übermäßig zynisch. Es ist mir aber aufgefallen, dass viele der politischen Statements ähnlich klangen, also „cut and paste“; so funktioniert das eben, das ist zu erwarten. Auf eine Art kann ich das verstehen. Das ist der Job und ich verstehe die Panik die entstehen kann, wenn möglicherweise dem FFM-Bericht widersprochen werden könnte. Warum eigentlich? Weil dies die einzige Untersuchung ist, die erste und einzige, für die wir, die OVCW-Inspektoren es schafften, tatsächlich vor Ort zu sein, dort wo das angebliche Ereignis stattgefunden hatte. Und dann haben wir unsere Arbeit getan.

Nun bedanke ich mich für das Lob, das einige von euch unserer Unvoreingenommenheit und unserem Professionalismus gesprochen haben, für die schwierige Arbeit, oft unter gefährlichen Umständen, die wir verrichtet haben. Diese Leistungen haben wir in vielen Missionen erbracht, wie auch in Douma. Da jedoch der Douma-FFM-Bericht nur von einer Person geschrieben wurde, die nur in die Türkei gereist war, und einer anderen, die noch nirgendwo im Einsatz gewesen war, sieht es so aus, als hätten wir gar nicht teilgenommen.

Schauen wir die Situation an und versuchen wir, etwas Positives daraus zu gewinnen. Was müssten wir tun, um die Situation zu korrigieren? Welche Erfahrungen habe ich gemacht, die aus mei-



Die OVCW-Fact-Finding Mission in Syrien ist eine Mission der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW), um mögliche Fälle des Einsatzes toxischer Chemikalien in Syrien während des Bürgerkriegs zu untersuchen. Quelle: [www.opcw.org](http://www.opcw.org), Foto: [www.opcw.org](http://www.opcw.org), Lizenz: Gemeinfrei

ner Sicht eindeutig problematisch waren? Es liegt nicht am OVCW. Es liegt nicht am Technischen Sekretariat. Das ist eine fantastische Organisation und es gibt hunderte Angestellte, die mit ihrer Unbefangenheit und ihrem Pflichtbewusstsein zum Erfolg dieser Organisation beigetragen haben.

Im Syrien-Einsatz hat sich jedoch eine Entwicklung gezeigt, die nicht mit dem Ziel der Organisation übereinstimmt. Erstens: Die Einsätze werden von einer handvoll Mitarbeiter durchgeführt, die der Direktion durch den Kabinettschef Bericht erstatten. Dieser erstattet seinerseits, und hier basiert meine Erfahrung auf Beobachtungen, einigen der wichtigen westlichen Delegationen Bericht. Es liegt auf der Hand, dass der ständige Vertreter der USA dort eine führende Rolle spielt. Die Tatsache, dass die einzige Befehlslinie der Kontrollstrukturen über den Kabinettschef führt - der ehemalige Kabinettschef war aus dem Vereinigten Königreich, der gegenwärtige stammt aus Frankreich - und direkt den einflussreichen Delegationen Bericht erstattet, muss sich ändern. Das wäre die erste Korrektur.

Die zweite Korrektur betrifft die Tatsache, dass sich die Organisation für die Untersuchungseinsätze (Fact Finding Mission, FFM), die gemeinsamen Untersuchungsabläufe (Joint Investigative

Mechanism, JIM) und die Identifizierungsteams (Investigation and Identification Team, IIT) auf ausgewählte externe Experten stützt, die anonym bleiben, aber aus deren Arbeit selektiv Ergebnisse ausgewählt werden, die der Herstellung eines Resultats dienen, welches in der Regel, wenn auch nicht immer, der Meinung derjenigen Individuen entspricht, die zuvor bestimmte Erwartungen formuliert hatten.

Dem entspricht die Verwendung von Phrasen wie „es ist eine plausible Annahme, zu glauben, dass die Situation wahrscheinlich so ist“. Das ist die Ursache des Problems mit Douma, wo es erstmals einen eindeutigen Bestand von wissenschaftlichen, technischen und chronologischen Fakten und Informationen gibt, die dafür eingesetzt werden können, um gegenteilige Resultate zu erzielen.

Daraus ergibt sich die dritte Korrektur, nämlich dass die Untersuchungen in Syrien auf realistischere Mindeststandards der „Beweisführung“ basieren sollten. Für das Wort „Beweisführung“ verwende ich Anführungszeichen. Das sind Informationen, Daten - ob offen zugänglich oder nicht-, und diese Mindeststandards sollten auf eine transparente Weise wissenschaftlich fundiert sein und nicht auf einer willkürlichen Selektion von Aus-

## Quellen:

- [1] The Grayzone, Aaron Maté, „Ex-OPCW chief Jose Bustani reads Syria testimony that US, UK blocked at UN“, am 05.10.2020, <<https://thegrayzone.com/2020/10/05/ex-opcw-chief-jose-bustani-reads-syria-testimony-that-us-uk-blocked-at-un/>>
- [2] The Grayzone, Aaron Maté, „The Grayzone’s Aaron Maté testifies at UN on OPCW Syria cover-up“, am 29.09.2020, <<https://thegrayzone.com/2020/09/29/grayzones-aaron-mate-testifies-at-un-on-opcw-syria-cover-up/>>
- [3] The Grayzone, Aaron Maté, „Ex-OPCW chief Jose Bustani reads Syria testimony that US, UK blocked at UN“, am 05.10.2020, <<https://thegrayzone.com/2020/10/05/ex-opcw-chief-jose-bustani-reads-syria-testimony-that-us-uk-blocked-at-un/>>
- [4] The Atlantic, Jeffrey Goldberg, „The Obama Doctrine“, im April 2016, <<https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2016/04/the-obama-doctrine/471525/>>
- [5] Toront Star, Kimberly Dozier, „Doubts surround Syria chemical weapon attack; no ‘slam dunk’ Assad ordered it, say experts“, am 29-08.2013, <[https://www.thestar.com/news/world/2013/08/29/doubts\\_surround\\_syria\\_chemical\\_weapon\\_attack\\_no\\_slam\\_dunk\\_assad\\_ordered\\_it\\_say\\_experts.html](https://www.thestar.com/news/world/2013/08/29/doubts_surround_syria_chemical_weapon_attack_no_slam_dunk_assad_ordered_it_say_experts.html)>
- [6] London Review of Books, Richard Lloyd and Ted Postol, „Seymour M. Hersh on Obama, Erdoğan and the Syrian rebels“, am 17.04.2014, <<https://www.lrb.co.uk/the-paper/v36/n08/seymour-m.-hersth/the-red-line-and-the-rat-line>>

zügen aus Meinungen anonymer Experten basieren.

Ich habe wahrscheinlich schon zu viel gesagt, mein Antrag bleibt aber bestehen. Ich erwarte von Ihnen nicht, dass Sie mir glauben. Nehmen sie aber bitte den Antrag genügend ernst und denken Sie an das, was 2002 im Irak passierte. Damals hatte ich im Scherz auf den Ausgang gewettet. Ich war der Meinung, die Vernunft würde siegen und dachte, dass wir auf Massenvernichtungswaffen spezialisiert sind und wir wissen, wie die Lage ist, dass sich die Vernunft durchsetzen wird, sie irgendwann durchkommen. Ich verlor damals die Wette, weil die Vernunft sich nicht durchsetzen konnte. Es ist mir sehr unangenehm, dies zu sagen, aber in meinen Augen geschieht jetzt das Gleiche. Wie ich vorhin sagte, der „Lockdown“ ist undurchdringlich geworden, und wahrscheinlich wird es auch so bleiben.

Noch ein paar abschließende Bemerkungen. Als ich während der Vorbereitungen für die ersten Kontrolleinsätze des Forschungszentrums (Scientific Studies and Research Centre, SSRC) das Dossier des Teams zur Begutachtung der Deklarationen (Declaration Assessment Team, DAT) überprüfte, hatten wir die ursprünglichen Aussagen und Angaben der Besitzerstaaten vor uns. Ich erinnere daran, dass ich viel länger dabei war als viele andere und mit der ersten Gruppe von Teamleitungen des Sekretariats 1997 den Anfang erlebt habe. Es gab ungefähr gleich viele Widersprüche und Diskrepanzen in diesen Aussagen wie in den

Aussagen zu Syrien, wie das Team zur Begutachtung (DAT) feststellte. Es gab Fehler. Es gab Bestände, die hätten deklariert werden sollen, die aber erst nach erheblichem Druck deklariert wurden, wie das Ricin Programm. Es gab auch Fragen zu Pinacolyl Alcohol und Soman, die vom SSRC nachgewiesen wurden. All dies erreichte jedoch nicht das Ausmaß, welches in den früheren Jahren zu einem solchen, Jahre andauernden Hin- und Her und zu so vielen Zweifeln geführt hätte, ausgelöst durch die sogenannten Widersprüche und Auslassungen in den Aussagen. Ich gebe Ihnen einige Aussagen von Sekretariatsangestellten wieder, in Bezug auf das DAT Dossier: Der Wortlaut war: „Das Dossier soll offen bleiben.“ Ich werde nicht so tun als sei ich politisch genügend informiert, um genau zu wissen, was das denen bedeutete, die es ausgesprochen haben. Mangels irgendwelcher Fortschritte in dieser Sache überlasse ich Ihnen diese Frage.

Vielen Dank.“

 Dieser Text wurde zuerst am 5.03.2021 auf thegrayzone.com unter der URL <https://thegrayzone.com/2021/03/05/tulsi-gabbard-calls-out-the-us-dirty-war-on-syria-that-biden-aides-admit-to/> veröffentlicht. Die deutsche Übersetzung wurde zuerst am 19.03.2021 auf www.rubikon.news unter der URL <https://www.rubikon.news/artikel/der-ewige-krieg-3/> veröffentlicht. Lizenz: Aaron Maté, RUBIKON, CC BY-NC-ND 4.0



Zerstörte Panzer vor syrischer Moschee.  
(Foto: Christiaan Triebert / Flickr / CC BY-ND 2.0)

# Der ewige Krieg

*Die USA halten weiterhin ein Drittel Syriens besetzt und verhindern mit gezielten Sanktionen den Weg des Landes zurück in die Normalität.*

**von Aaron Maté**

## Autor: Aaron Maté

ist Journalist und Produzent. Er moderiert „Pushback mit Aaron Maté“ in The Grayzone. Er ist außerdem Autor des The Nation Magazins und ehemaliger Moderator / Produzent von The Real News and Democracy Now!. Aaron hat auch für Vice, AJ + und Al Jazeera präsentiert und produziert.



Der Syrienkrieg wurde 2011 von einer Koalition Assad-feindlicher Akteure begonnen, die unterschiedlich motiviert waren: Ein Teil hoffte wohl auf Landgewinne bei einer späteren Aufteilung Syriens (die Türkei, die Kurden und Israel); für andere standen Pipelineprojekte auf syrischem Boden im Vordergrund (Katar, USA, Europa). Ein weiteres Motiv war die Erzfeindschaft zwischen Sunniten und Schiiten (Saudi-Arabien und die Vereinigten Emirate gegen Damaskus und Teheran). Viertens ging es um geostrategische Interessen, um die Zerschlagung der Achse Iran-Syrien-Hisbolah. Barack Obama wollte den Konflikt durch den Sturz Assads in seinem Sinne lösen, wobei er sich angeblich auf „moderate Rebellen“, in Wirklichkeit aber auf Dschihadisten der übelsten Sorte stützte. Sein Plan wurde durch das Dazwischentreten Russlands vereitelt. Jedoch haben die USA noch immer ihren Fuß in der Tür und verhindern so effektiv den Wiederaufbau Syriens nach zehn Jahren angeblichen „Bürgerkriegs“. Der amerikanische Journalist Aaron Maté hat sich die Mühe gemacht, einige der durchaus zugänglichen Fakten zusammenzutragen und sie durch Videoclips zu untermauern.

## Bidens Syrien-Verbrechen: Tulsi Gabbard verurteilt den schmutzigen Krieg der USA gegen Syrien

Sehen Sie, wie Biden und einige seiner ranghöchsten Helfer die schrecklichen Realitäten des schmutzigen US-Krieges gegen Syrien zugeben.

Derweil der Kongress Joe Biden moderat wegen der Bombardements der syrisch-irakischen Grenze tadelt, wirft Tulsi Gabbard ihren ehemaligen Kollegen vor, das eigentliche Problem zu ignorieren: den andauernden schmutzigen Krieg der USA gegen Syrien. Nach einem Jahrzehnt des Stellvertreterkriegs, der Al-Qaida und ISIS gestärkt hat, besetzen die USA nunmehr ein Drittel Syriens und verhängen lähmende Sanktionen, die Syriens Wirtschaft zerstören und so den Wiederaufbau verhindern.

Für ihre Haltung zu Syrien wurde Gabbard diffamiert, obwohl viele Spitzenbeamte des Weißen Hauses — einschließlich Joe Biden selbst — bereits die gleichen Tatsachen einräumten, die sie gegeißelt hat. Aaron Maté spielt Clips von Biden und einigen seiner ranghöchsten Adjutanten ab, die die schrecklichen Realitäten des schmutzigen Krieges der



Screenshot der Sendung Pushback mit Aaron Maté. Der Titel der Sendung lautete: „Tulsi Gabbard calls out the US dirty war on Syria that Biden, aides admit to“. (Screenshot: Aaron Maté / Youtube: <<https://www.youtube.com/watch?v=mBd01Rc9ctU>>) [1]

USA gegen Syrien offenbaren und argumentiert, dass Gabbard sich nur durch ihre Bereitschaft abhebe, diese zu kritisieren.

Aaron Maté: Willkommen bei Pushback. Ich bin Aaron Maté. Heute möchte ich über Syrien sprechen, das nach Bidens Militärschlag gegen eine militante Gruppe von Schiiten nahe der irakisch-syrischen Grenze wieder in den Schlagzeilen ist. Biden wurde ein wenig dafür kritisiert, sogar von demokratischen Kongressabgeordneten, weil er den Schlag ohne die Autorisierung durch den Kongress geführt hat, und man erinnerte ihn an den War Powers Act [2].

Aber ich will heute aufzeigen, wie begrenzt und kurzfristig diese Kritik ist, weil sie den eigentlichen großen Skandal der USA in Syrien nicht benennt – der unter Obama begann, unter Trump fortging, und nun allem Anschein nach auch unter Biden fortgesetzt wird. Eine Politikerin, die darauf hingewiesen hat, stand bis vor Kurzem auf der nationalen Bühne, sitzt heute aber nicht mehr im Kongress: die ehemalige demokratische Abgeordnete Tulsi Gabbard.

In einem Video wendet sie sich an ihre ehemaligen Kollegen im Kongress und weist darauf hin, dass Bidens Luftschlag bei Weitem nicht der schwerwiegendste Skandal der heutigen US-Politik in Syrien ist.

Tulsi Gabbard: „Es freut mich zu hören, dass sich einige meiner früheren Kollegen im Kongress gegen die jüngs-

ten verfassungswidrigen Luftangriffe in Syrien ausgesprochen haben. Aber sie ignorieren das größere Problem: den Regimewechselkrieg, den die USA weiterhin in Syrien führen – und dabei Terroristen der Al-Qaida, der Al-Nusra und der HTS [3] als unsere stellvertretenden Bodentruppen einsetzen, die nun Idlib besetzen und kontrollieren, dort die Scharia durchsetzen und das Gebiet von den meisten Christen und religiösen Minderheiten säubern.

Die Biden-Regierung nutzt weiterhin unser Militär zur illegalen Besetzung von Nordostsyrien, um unter Verletzung des Völkerrechts ‚das Öl zu nehmen‘ – wie Donald Trump es krass, aber ehrlich ausdrückte. Ein drakonisches Embargo- und Sanktionsregime, das einer modernen Art der Belagerung gleichkommt, ähnlich dem, was die von den USA und Saudi-Arabien geführte Militärallianz im Jemen praktiziert und dadurch Tod und Leid für Millionen unschuldiger Syrer verursacht. Sie berauben sie essenzieller Dinge wie Lebensmittel, Medikamente, sauberes Wasser, Energie und Wärme – und machen es dem syrischen Volk unmöglich, mit dem Wiederaufbau ihres vom Krieg zerrissenen Landes zu beginnen.“

Aaron Maté: Nun, was Tulsi Gabbard da gesagt hat, ist wichtig. Sie ist die einzige prominente Politikerin, die willens ist, nicht nur den schmutzigen Krieg der USA und die Sanktionen zu kritisieren, sondern als Einzige diese Tatsachen anzuerkennen. Nehmen Sie die Sanktionen:

Wie Tulsi Gabbard sagt, verhängen die USA lähmende Sanktionen gegen Syrien mittels dessen, was im sogenannten Caesar Act festgeschrieben ist. Und dieser Caesar Act richtet sich ganz explizit gegen den Wiederaufbau Syriens [4]. Beide Kongressparteien haben ihn 2020 durchgewunken. Und darüber wird fast keine Diskussion geführt und ganz sicher nicht im Kongress.

Auch in den US-Medien, wenn Sie heute etwas über die aktuelle Krise Syriens lesen, werden die US-Sanktionen bestenfalls einmal im Nebensatz erwähnt. Interessant ist aber, dass diejenigen wie Tulsi Gabbard mit ihrer Kritik oder der bloßen Kenntnis der Sanktionen praktisch alleine stehen, während es andere gibt, die die Sanktionen sehr wohl anerkennen – indem sie die Tatsache begrüßen, dass die USA die Wirtschaft Syriens zerstören und den Wiederaufbau verhindern.

Nehmen Sie zum Beispiel James Jeffrey, der unter Donald Trump Gesandter im Nahen Osten war. Er schrieb kürzlich einen Artikel in Foreign Affairs, in dem er sich brüstete, dass die USA „Syriens Wirtschaft durch die Sanktionen zermalmten“. Also ich finde das sadistisch, die Zerschlagung der Ökonomie eines Landes zu feiern, ganz besonders, wenn es sich um ein Land handelt, das seit zehn Jahren vom Krieg verwüstet wird.

Und wieder ist es Tulsi Gabbard, die politisch nahezu allein steht, und auch bereit ist, zuzugeben, dass die USA – und das stellt Bidens Luftschlag weit in den Schatten – Milliarden von Dollar für einen schmutzigen Krieg ausgeben, der schon fast ein Jahrzehnt andauert und zur Zerstörung Syriens beiträgt.

Aber die Wahrheit ist ja nicht verborgen. So nannte die New York Times den schmutzigen Krieg gegen Syrien als „eines der kostspieligsten verdeckten Programme“ in der Geschichte der CIA. Der Washington Post zufolge hat dieses CIA-Programm ein Jahresbudget von nahezu einer Milliarde Dollar. Im Jahr 2017 zitierte der Washington Post-Kolumnist David Ignatius einen „gut informierten Beamten“, der schätzte, „dass die von der CIA unterstützten Kämpfer in den vorangegangenen vier Jahren 100.000 syrische Soldaten und Alliierte getötet oder verwundet haben“.

Zur Veranschaulichung, welche Art von Kämpfern die CIA in Syrien unterstützt,

gab Ignatius das Beispiel der „Rebellen“ an, die in der Stadt Latakia eine Operation durchführten, die „Assads angestammte Heimat und die russischen Militärbasen dort bedrohten“.

Nun, nach Angaben von Robert F. Worth von der New York Times, drohten diese Rebellen tatsächlich mit Genozid an der alawitischen Glaubensgemeinschaft [8], die in Latakia dominiert. Worth schrieb Folgendes:

„Hätten die Rebellen das Gebiet – in dem die Alawiten die Mehrheit bilden – eingenommen, wäre es mit ziemlicher Sicherheit zu einem religiös motivierten Massenmord gekommen. Viele Menschen der Region hätten den USA die Schuld gegeben, weil sie einige der dort operierenden Rebellen mit Waffen versorgt.“

Das ist also die Sorte von „Rebellen“, die die USA in Syrien unterstützen, und die Tulsi Gabbard treffend als „dschihadistische Stellvertretertruppen“ charakterisierte, die zum Massenmord an den Alawiten bereit waren.

Und wieder, wie schon bei den mörderischen Sanktionen, ist es verrückt, dass Tulsi Gabbard praktisch die Einzige ist, die daran Kritik übt. Und dass sie wegen ihrer Kritik in Washington faktisch zu einem Paria gemacht wurde.

Nun, das bedeutet nicht, dass die Wahrheit vorher nicht zugegeben worden wäre. Was ich heute vorhabe, ist, einige Fälle durchzugehen, in denen US-Spitzenbeamte tatsächlich die Wahrheit über das anerkennen, was die USA in Syrien getan haben. Diese bestätigten Tatsachen werde ich dann mit dem Grad des öffentlichen Bewusstseins vergleichen und aufzeigen, wie oft diese kritischen Eingeständnisse und Fakten in den US-Medien ignoriert werden, und wie das dazu beiträgt, eine vernünftige und humane Syrienpolitik heute zu verhindern.

Die Realität dessen, was die USA in Syrien getan haben und wie sie Tulsi Gabbard beschrieben hat, wurde also von ganz oben eingeräumt – von Präsident Joe Biden höchstpersönlich. Hören Sie sich an, was er im Jahre 2014 über das Verhalten der US-Alliierten in Syrien zu sagen hatte:

Joe Biden: „Unser größtes Problem waren unsere Verbündeten. Unsere regionalen Verbündeten waren unser größtes Problem in Syrien. Die Türken – die gute Freunde sind, ich habe eine exzellente Beziehung zu Erdogan, mit dem ich viel Zeit verbrachte –, die Saudis, die Emiratis et cetera: Was taten die alle? Sie waren derart entschlossen, Assad zu stürzen und es auf einen sunnitisch/schiitischen Stellvertreterkrieg ankommen zu lassen ... also was machten sie? Sie unterstützten jeden mit Hunderten von Millionen Dollar und Zigtausend Tonnen von Waffen, der bereit war, gegen Assad zu kämpfen. Nur dass die solcherart Geförderten die Al-Nusra, die Al-Qaida und die extremsten Dschihadisten waren, die aus anderen Teilen der Welt kamen.“

Aaron Maté: Nun, Joe Biden hat sich für diese Stellungnahme sogar entschuldigt – und nicht, weil irgendetwas daran nicht stimmte. Sein einziger Fehler bestand im Auslassen der kritischen Rolle, die die USA bei all dem spielten. Denn die USA gaben – genau wie ihre saudischen, katarischen, emiratischen und türkischen Partner – Geld und Waffen und ermöglichten deren Transfer nach Syrien. So hatte Biden, bis auf die Rolle der USA, alles wahrheitsgemäß dargestellt. Aber Biden entschuldigte sich tatsächlich – nicht weil er die Rolle der USA ausgelassen hatte, sondern weil die Verbündeten über die Offenlegung ihrer Rolle verstimmt waren.

Während Biden die Wahrheit öffentlich zugegeben hat, haben andere Spitzenbeamte sie privat eingeräumt. So zum Beispiel Jake Sullivan, der jetzt Bidens nationaler Sicherheitsberater ist. Laut WikiLeaks schrieb er im Jahr 2012 an Hillary Clinton: „AQ (Al-Qaida) ist in Syrien auf unserer Seite.“ Und da Al-Qaida in Syrien auf amerikanischer Seite stand, können Sie sich vorstellen, dass sie davon auch profitierte, und das tat sie auch. Durch die Möglichkeit, an der Seite der, von den USA gesponserten, Rebellen zu kämpfen, denen sie sogar Waffen stahlen, konnte Al Qaida eine Provinz namens Idlib erobern, wo sie sich bis heute festgesetzt hat.

Und das bewog einen anderen Spitzenbeamten der Biden-Regierung namens Brett McGurk, Koordinator für den Na-

hen Osten und Nordafrika im Nationalen Sicherheitsrat, dass er im Jahre 2017 gab, dass Idlib jetzt die größte sichere Zuflucht von Al-Qaida seit 9/11 sei.

Brett McGurk: „Sehen Sie, die Provinz Idlib ist die größte sichere Zuflucht für Al Qaida seit 9/11, sie untersteht direkt Ayman al Zawahiri [5]. Das ist ein Riesenproblem, schon seit einiger Zeit. Wir haben das Rampenlicht – auch die der internationalen Medien – auf ISIS fokussiert. Wir haben uns sehr auf Al-Qaida und die Provinz Idlib konzentriert. Al-Qaida-Führer, die es bis in die Provinz Idlib schaffen, kommen oft von dort nicht mehr weg. Aber es bleibt die Frage: Warum und auf welche Weise konnte der Stellvertreter von Ayman al-Zawahiri die Provinz Idlib erreichen? Warum ist das möglich? Wie kommen sie dorthin? Sie sind keine Fallschirmspringer und der Weg ...“

Ich werde natürlich nicht darüber reden, was die US-Regierung in bestimmten Teilen Syriens getan hat, aber die Herangehensweise einiger unserer Partner [6], dorthin Zigtausend Tonnen Waffen zu schicken und das Einsickern dieser ausländischen Kämpfer nach Syrien zuzulassen, war vielleicht nicht die beste Idee, und Al-Qaida hat das voll ausgenutzt. Idlib ist jetzt ein Riesenproblem. Es ist ein sicherer Zufluchtsort für Al-Qaida direkt an der türkischen Grenze.“

Aaron Maté: Übrigens hat nicht nur Al-Qaida von der Unterstützung durch die USA profitiert, sondern auch ISIS – und auch das wird offen zugegeben. General Martin Dempsey, der den Vorsitz der Joint Chiefs of Staff unter Obama innehatte, berichtete im Jahr 2014 dem Kongress, dass US-Verbündete ISIS direkt finanziert haben. Senator Lindsey Graham wies ihn für diese Offenlegung zurecht:

Senator Graham: „Kennen Sie irgend-einen größeren arabischen Verbündeten, der ISIS unterstützt?“

General Dempsey: „Ich kenne große arabische Verbündete, die sie finanzieren.“

Senator Graham: „Ja, aber sie unterstützen? Sie finanzieren sie, weil die ‚Freie Syrische Armee‘ (FSA) nichts gegen Assad ausrichten konnte. Sie wollten Assad loswerden. Ich glaube, inzwischen haben sie die Unsinnigkeit ihres Vorhabens erkannt. Lasst uns die Nahost-Verbündeten nicht unfairerweise beschuldigen.“

Aaron Maté: Nicht nur, dass die US-Verbündeten ISIS direkt finanzierten, sie unterstützten sie auch stillschweigend, auf ihre eigene Art. John Kerry, der jetzt Bidens Klimabotschafter ist, machte als Außenminister unter Obama ein großes, heimlich aufgezeichnetes Eingeständnis. Er äußerte, dass die USA tatenlos zusehen habe, als ISIS Damaskus einkreiste, in der Hoffnung, dass der Vorstoß Assad zu Verhandlungen zwingen würde.

Kurz gesagt, die USA waren bereit zu riskieren, dass Damaskus von ISIS eingenommen wird, wenn sie dadurch dem Ziel eines Regimewechsels gegen Assad näherkommen konnten. Und deshalb, so sagte Kerry, intervenierten auch die Russen in Syrien, denn Russland wollte dort keine ISIS- oder Daesh-Regierung [7] haben.

John Kerry: „Der Grund, warum Russland nach Syrien kam, war das Erstarken von ISIS. Sie drohten, nach Damaskus zu kommen, und so weiter. Und deshalb intervenierte Russland. Sie wollten keine Daesh-Regierung, sie unterstützten Assad. Und wir bekamen mit, wie dies ausgebaut wurde. Wir haben es beobachtet. Wir sahen zu, wie Daesh an Stärke zunahm, und wir dachten uns, dass Assad in Gefahr sei.“

Aaron Maté: So helfen nun all diese Eingeständnisse von hohen Amtsträgern der Biden-Administration, eine der größten Lügen der Obama-Regierung zu entlarven, in der viele von ihnen gedient haben.

---

**Da ist die oft gehörte Behauptung, Obama habe in Syrien nicht entschlossen genug durchgegriffen. Er habe zu wenig interveniert. Aber das genaue Gegenteil ist richtig. Wie alle diese Funktionäre darlegten, hat Obama in Syrien massiv interveniert, in erster Linie mittels eines riesigen, verdeckten CIA-Programms.**

---

Geführt hat das zu dem Chaos, mit dem Syrien noch heute zu kämpfen hat. Es stellt den Gipfel des Zynismus dar, dass die USA bereit waren, ihr Ziel eines Regimewechsels ausgerechnet mithilfe von Al-Qaida und ISIS durchzusetzen.

Das bringt mich zu einem anderen Amtsträger namens Rob Malley, der schon unter Obama diente und jetzt Bidens Gesandter im Iran ist, in der Hoffnung, möglicherweise das Nuklear-

abkommen JCPOA wiederzubeleben — obwohl noch nicht klar ist, ob Biden das will. Aber hören Sie sich an, was Malley mir in einem Interview im Jahre 2018 berichtete. Entgegen der gängigen Version, Obama habe sich in Syrien zu wenig engagiert, berichtete Malley mir, dass in Wirklichkeit die USA zu den Kräften gehörte, die den Krieg anheizten, anstatt ihn zu beenden.

Rob Malley: „Sobald wir uns erst einmal ins Spiel gebracht hatten, wurden wir Teil des Regimewechsels — per Definition, auch wenn wir es leugneten —, indem wir die bewaffnete Opposition unterstützten, die nur ein Ziel kannte, nämlich den Sturz des Regimes. Wir steckten auch mit den Saudis, Kataris und Türken unter einer Decke, die auch dieses Ziel verfolgten. Deren Ziel war nicht, und ich will es nicht zu sehr vereinfachen, aber ihre Rolle war nicht in erster Linie der Schutz der syrischen Bevölkerung. In der Tat, wie Sie richtig sagten, haben viele ihrer Aktionen die Situation verschlimmert und zu weiteren Todesopfern geführt. Sie wollten das Regime zu Fall bringen, um den iranischen Einfluss in Syrien zu brechen. Sobald wir ein Teil dieses Projektes wurden, dann, Sie haben recht, waren wir ein Teil dessen, was den Konflikt angeheizt hat, anstatt ihn zu beenden.“

Aaron Maté: Das ist also die Art, wie die USA geholfen haben, Syrien zu zerstören, gemäß den Worten von Regierungsbeamten unter Obama und Biden. Und so gut wie alles, was Tulsi Gabbard kritisierte, wurde von diesen Mitarbeitern zugegeben. Der wesentliche Unterschied ist, dass der Großteil dieser Leute keinerlei Problem damit zu haben scheint, ein Land durch einen Stellvertreterkrieg zu zerstören und dann mit mörderischen Sanktionen den Wiederaufbau zu verhindern. Betont werden muss, dass auch Trump diese Politik verfolgte; von ihm stammen die Caesar-Sanktionen, die direkt gegen den Wiederaufbau Syriens gerichtet sind. Auch gab er offen zu, dass die USA in Syrien bleiben, um dessen Öl zu stehlen.

Donald Trump: „Und dann sagen sie, er ließ doch Truppen in Syrien. Wissen Sie, was ich tat: Ich ließ die Truppen dort, um das Öl zu bekommen. Ich holte das Öl. Die einzigen Truppen, die ich behielt, si-

chern das Öl. Sie beschützen es. Ich habe das Öl übernommen.“

Laura Ingraham: „Wir nehmen es, wir nehmen es nicht ...“

Donald Trump: „Vielleicht nehmen wir es, vielleicht auch nicht.“

Laura Ingraham: „Sie sichern ihre Anlagen.“

Donald Trump: „Ich weiß nicht, vielleicht sollten wir es uns nehmen. Aber wir verfügen über dieses Öl. Jetzt im Augenblick hat die USA den Zugriff.“

Aaron Maté: Nun setzt Biden diese Politik fort und belässt die US-Truppen in Syrien. Einigen Berichten zufolge hat er die Militärbesatzung dort sogar ausgebaut und auch die mörderischen Sanktionen aufrechterhalten.

---

**Es muss darüber gesprochen werden, was diese Sanktionen in Syrien angeordnet haben. So gibt es jetzt Berichte von langen Warteschlangen für Brot, das Land steht vor einer massiven Wirtschaftskrise, seine Währung ist auf einem Rekordtief.**

---

Und die UN-Sonderberichterstatterin für Sanktionen Alena Douhan veröffentlichte kürzlich eine Stellungnahme, in der sie diese US-Sanktionen illegal nennt und auf das massive Leiden der Bevölkerung hinweist. Versuchen Sie, eine Erwähnung ihrer Erklärung in den US-Medien zu finden, quer durch das ganze Spektrum. Selbst in opponierenden Websites wie The Intercept oder Democracy Now fehlt jeder Hinweis darauf. Sie sprach mit mir auf Pushback über die Wirkung der Sanktionen in Syrien:

Alena Douhan: „Aus Angst beteiligt sich niemand in irgendeiner Form am Wiederaufbau oder an irgendwelchen anderen Prozessen. Das beeinträchtigt im Ergebnis die Menschenrechte — und ich würde sogar sagen, bringt Menschenleben in Gefahr. Im Grunde genommen führt die Angst zu einer Art kollektiver Diskriminierung der gesamten Bevölkerung, in derart sanktionierten Ländern. In Syrien läuft es so. Sie erhalten keine medizinische Versorgung, haben kein Dach über dem Kopf und nicht genug zu essen.“

Aaron Maté: Abgesehen von dieser jüngsten Bombardierung an der irakisch-syrischen Grenze, ist von Biden und aus dem Weißen Haus nicht viel über Syrien zu hören. Aber alle Anzeichen deuten darauf hin, dass sie den schmutzigen Krieg fortsetzen wollen, den sie unter Obama angefangen haben. Dies ist den Äußerungen einer weiteren Regierungsbeamtin, Diana Stroul, zu entnehmen, die unter Biden stellvertretende Assistentin im Verteidigungsministerium für den Nahen Osten ist. Zuvor hatte Stroul den Co-Vorsitz einer sogenannten, vom Kongress ins Leben gerufenen „Syria Study Group“ inne. Als sie über die Sanktionen, die Behinderung des Wiederaufbaus und die US-Militärbesetzung sprach, hatte sie vorab offen zugegeben, dass all diese Dinge „Druckmittel“ zur Durchsetzung des Regimewechsels seien.

Dana Stroul: „Der Grund, warum die Syria Study Group die US-Militärpräsenz in diesem Drittel Syriens aufrechterhalten wollte, war nicht nur die Beendigung des Kampfes gegen ISIS. Es ging um die breitere Hebelwirkung, die uns das rohstoff-

reichste Drittel des Landes verschafft, um Einfluss auf eine politische Lösung für Syrien zu nehmen.“

Aaron Maté: Ähnlich wie Trump sagt hier eine Biden-Regierungsbeamtin ganz offen, dass die militärische US-Besetzung von Syrien — und zwar dort, wo das Öl ist — als „Druckmittel“ für die politischen Ziele der USA genutzt werden soll. Und nicht nur Öl gibt es im Nordosten Syriens — dieses Drittel Syriens, das die USA besetzt halten, ist auch die Kornkammer Syriens. Dort gibt es Weizen. Dort werden die Lebensmittel für den Rest des Landes angebaut.

Dana Stroul: „Dieses Drittel von Syrien ist das ressourcenreichste, ist der Wirtschaftsmotor Syriens, wo Erdöl und Erdgas lagern, um die sich heute offenbar die politische Debatte in Washington dreht, und es ist auch das landwirtschaftliche Kraftzentrum.“

Aaron Maté: Darin besteht also das Druckmittel der USA nach den Worten von Bidens Regierungsassistentin Stroul: Das Drittel Syriens besetzen, in dem es das Öl und den Weizen gibt, sowie beim

Neuaufbau „eine Karte in der Hand zu halten“ — und damit den Wiederaufbau eines vom Krieg zerstörten Landes zu verhindern.

Dana Stroul: „Etwas Stabilisierungshilfe gab es in dem Teil Syriens, der von ISIS befreit und von den Syrian Democratic Forces im Nordosten Syriens kontrolliert wird. Der Rest von Syrien liegt jedoch in Trümmern. Was die Russen wollen und was Assad will, ist der wirtschaftliche Wiederaufbau. Und das ist etwas, bei dem die USA über die internationalen Finanzinstitutionen und unsere Zusammenarbeit mit den Europäern im Grunde eine Karte in der Hand halten können. So haben wir also argumentiert, dass wir ohne eine Verhaltensänderung seitens des Assad-Regimes die Wiederaufbauhilfe sowie die Rückkehr eines technischen Know-how nach Syrien verhindern sollten.“

Aaron Maté: Das ist also die Realität, was die USA Syrien angetan haben — wie von Regierungsbeamten der Biden- und Obama-Administration erklärt, die diese Politik umgesetzt haben.



Free21.org ist ein Projekt des Vereins zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V.

## Unterstützen Sie Free21 als Fördermitglied!

### Ja, ich möchte für 5,-€/Monat Fördermitglied werden!

Bitte tragen Sie hier Ihre persönlichen Daten ein:

Vorname, Name des Kontoinhabers:	
Straße, Nr.:	
PLZ, Ort, Land:	
E-Mail-Adresse:	
Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:	
IBAN:	
BIC:	Gläubiger-ID-Nr.: <b>DE84ZZZ00001969982</b>
	Mandatsreferenz-Nr.

**SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. (c/o Marika Matthaei, Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin, Gläubiger-ID: DE84ZZZ00001969982) Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. **Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.**

Mit einer Fördermitgliedschaft ermöglichen Sie Free21 eine regelmäßige, sichere finanzielle Grundausstattung. Der Förderbeitrag beträgt 5,- Euro/Monat. Selbstverständlich erhalten Sie auch eine jährliche Spendenbescheinigung.

Bitte füllen Sie dieses Formular vollständig aus und senden Sie sie per Briefpost an:  
 VzF unabh. journalistischer Berichterstattung e.V.  
 c/o Marika Matthaei  
 Karl-Lade-Straße 36a  
 10369 Berlin

*Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B. St.Nr. 27/680/76987*

Und noch einmal: Vergleichen Sie die milde Kritik einiger Kongressabgeordneten, dass Biden sie nicht konsultierte und ihr Einverständnis für seinen Luftschlag einholte, mit dem Stillschweigen über all die Verbrechen, die dem Luftschlag in diesem schmutzigen, zehn Jahre währenden Krieg vorausgegangen sind.

All die Verbrechen, die heute fortgesetzt werden, mit diesen US-Sanktionen, die das syrische Volk am Wiederaufbau hindert. Bezeichnend ist, dass die eine Person auf der nationalen politischen Bühne, die bereit ist, das alles zu kritisieren, Tulsi Gabbard, diejenige ist, die dafür verleumdet wurde. Das konnten wir während der demokratischen Vorwahlen sehen, als Kamala Harris, die jetzige Vizepräsidentin, Tulsi Gabbard vorwarf, eine Assad-Apologetin zu sein.

Kamala Harris: „Hören Sie, ich denke, dass dies von einer kommt, die eine Apologetin für ein Individuum, Assad, gewesen ist, der die Menschen in seinem Land wie Kakerlaken umgebracht hat. Sie hat sich für ihn eingesetzt und ist eine Apologetin der Art, wie sie sich weigert, ihn

einen Kriegsverbrecher zu nennen. Ich kann das, was sie sagt, und ihre Meinung nur für bare Münze nehmen.“

Aaron Maté: Das sagt eigentlich alles. Nach langer Zeit hat Tulsi Gabbard nun viele der Dinge über Syrien ausgesprochen, die — wie wir gesehen haben — von Regierungsbeamten der Biden-Regierung offen zugegeben worden sind. Der einzige Unterschied ist, dass Gabbard auch die moralische Integrität besaß, dies zu kritisieren — einen katastrophalen Krieg in einem fremden Land ebenso zu kritisieren wie das fortgesetzte Sanktionsregime, das den Syrern die Chance zum Wiederaufbau raubt und den syrischen Kindern Nahrung und Medizin vorenthält. Und bevor sich das nicht ändert — und Tulsi Gabbards Sicht nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel ist ...

Bis dahin wird die unter Biden fortgesetzte Syrienpolitik mehr Leid für das syrische Volk bedeuten — nach all dem Leiden und dem Schaden, den Biden und Co bereits verursacht haben.

## Quellen:

[1] The Grayzone, Pushback mit Aaron Maté, „Tulsi Gabbard calls out the US dirty war on Syria that Biden, aides admit to“, am 05.03.2021, <<https://youtu.be/mBdO1Re9ctU>>

[2] Der „War Powers Act“ von 1973 limitiert die Freiheit des Präsidenten, Militäraktionen ohne Zustimmung des Kongresses zu befehlen.

[3] Hay'at Tahrir al Sham (HTS, Organisation für die Befreiung der Levante) ist eine sunnitische islamistische Miliz, die sich 2017 als Zusammenschluss anderer Gruppen, darunter Al-Nusra, bildete.

[4] Sanktioniert wird jede Kooperation ausländischer Regierungen oder Firmen mit der Assad-Regierung — alle Investitionen benötigen die Erlaubnis Washingtons. Ausgenommen von dieser Regel ist der von den US-Truppen besetzte Teil des Landes. Russland und China beantragten mehrfach im UN-Sicherheitsrat die Aufhebung der Sanktionen — mit Verweis auf die Corona-Pandemie. Doch die USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland stimmten dagegen.

[5] Ayman al Zawahiri ist seit 2011 der Chef von Al-Qaida.

[6] gemeint ist natürlich die Türkei, über deren lange Grenze mit Syrien fast alle Kämpfer und alle Kriegsausrüstung nach Syrien gelangen — das gibt dem NATO-Land eine Schlüsselrolle im Syrienkonflikt.

[7] „Daesh“ ist der arabische Name jener Dschihadistengruppe, die im Westen als IS (Islamischer Staat), ISIS (Islamischer Staat im Irak und Syrien) und ISIL (Islamischer Staat im Irak und der Levante) bekannt ist.

[8] Die Alawiten sind eine islamische Glaubensgemeinschaft des schiitischen Spektrums, die in Syrien etwa 2 Millionen Mitglieder hat. Baschar al Assads Familie gehört dieser Minderheit an.



## Abo-Bestellschein mit Einzugsermächtigung/SEPA-Lastschrift

Hiermit ermächtige ich Free21Abo, Björn Gschwendtner, bis auf Widerruf, die Gebühren für das Aktiv-Abonnement von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die Lastschriften einzulösen. Die nebenstehenden Hinweise (Seite 51 dieser Ausgabe) habe ich gelesen und verstanden.

<b>Kontoinhaber</b>			
<input type="text"/>		<b>Abweichende Lieferanschrift:</b>	
<input type="text"/>		Vorname, Nachname:	
<input type="text"/>		Straße, Nr.:	
<input type="text"/>		PLZ, Ort:	
IBAN	<input type="text"/>		
BIC	<input type="text"/>	Kontoführendes Institut:	
<input type="text"/>		Gläubiger-Identifikations-Nr.: DE67 ZZZ 000 02 38 73 88	
<input type="text"/>		<b>Mandatsreferenz-Nr.</b> (wird von Free21 ausgefüllt)	
Datum, Unterschrift des Kontoinhabers			

**Abschicken an:** Free21Abo, Björn Gschwendtner, Kiebitzpfad 20, 65933 Frankfurt

Ab sofort  
neuer Vertrieb!



# Das Free21-Aktiv-Abo

- ✓ **10er Pack** Free21-Magazine
- ✓ Das Magazin **erscheint 6 Mal** im Jahr
- ✓ **Bequeme Lieferung** nach Hause

Erhalten Sie das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Aktiv-Abonnement. Die Bezugsgebühren innerhalb Deutschlands (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen pro Ausgabe 10,- EUR, innerhalb der EU-Länder 15,- EUR. Sie erhalten 10 Exemplare pro Ausgabe zum Selberlesen und Weiterverteilen.

**ACHTUNG:** Ab sofort neuer Vertrieb! Bestehende Abonnements laufen mit dieser Ausgabe (Feb. 2021) aus. Sie müssen Ihr Abonnement auf der Webseite <https://free21abo.de> erneuern. Oder verwenden Sie den Abonnement-Bestellschein auf der gegenüberliegenden Seite.



**Zum Abo:** Die Druck- und Versandkosten für je 10 Exemplare werden ca. 20 Tage vor dem Erscheinungstermin per Lastschrift (SEPA-Lastschrift oder PayPal) eingezogen. Das Abonnement gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der nächsten Ausgabe, ab dem Zeitpunkt der Bestellung online auf [www.free21abo.de](http://www.free21abo.de) oder schriftlich (per Post).

**Kündigung:** Das Aktiv-Abonnement ist jederzeit zum Monatsende kündbar. Die Kündigung kann nur online auf [www.free21abo.de](http://www.free21abo.de) oder schriftlich (per Post) erfolgen.

#### **Einzugsermächtigung/Zahlung per SEPA-**

**Lastschrift:** Free21Abo, Björn Gschwendtner, Kiebitzpfad 20, 65933 Frankfurt (Gläubiger-ID: DE67ZZZ00002387388) wird ermächtigt, Zahlungen vom Konto des Abonnenten mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das Kreditinstitut des Abonnenten angewiesen, die Lastschriften einzulösen. Es gelten die Bedingungen des jeweiligen Kreditinstituts. Innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, kann die Erstattung des belasteten Betrages seitens des Abonnenten gefordert werden.

**Widerrufsbelehrung:** Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt 14 Tage ab dem Tag, an dem Sie das Abonnement online auf [www.free21abo.de](http://www.free21abo.de) oder schriftlich (per Post) rechtsverbindlich abschließen. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie online auf [www.free21abo.de](http://www.free21abo.de) oder schriftlich (per Post) Ihren Widerruf eindeutig erklären. Die Widerrufsfrist ist gewahrt, wenn die Widerrufserklärung vor Ablauf der Widerrufsfrist abgesendet wird. (Es gilt das Datum des Poststempels.)

[free21abo.de](http://free21abo.de)



Lieber Mitmensch,

für Sie ist freier und kritischer Journalismus genauso wichtig, wie für mich. Mir ist auch bewusst, dass das gedruckte Wort eine größere Überzeugungskraft ausübt, als das schnelllebige Internet es vermag. Die Idee des Internets dagegen ist der sogenannte Hypertext – die Verlinkung von Informationsquellen untereinander.

Free21 ist die Verknüpfung dieser beiden Welten. Hinzu kommt noch der „open source“-Gedanke. Daher schätze ich das Magazin Free21 seit seinen Anfängen. Als gelerntem Grafiker gefällt mir die Idee der professionell gelayouteten Artikel in Heftform besonders, und ich freue mich, in Zukunft den Vertrieb des Magazins übernehmen zu können.

Bitte erneuern Sie Ihr Abonnement des Magazins, da mit dem Wechsel der bisherige Lastschrifteinzug seine Gültigkeit verliert. An der Idee „10 Hefte pro Ausgabe zum Selberlesen und Weiterverteilen“ ändert sich nichts.

*Björn Gschwendtner*

## Abonnement-Bestellschein

Jeder Abonnent erhält alle 2 Monate je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare. Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop [www.free21abo.de](http://www.free21abo.de) bestellen (solange der Vorrat reicht).



## Free21 Researcher/in

Du bist kritisch, skeptisch, sattelfest in Rechtschreibung und dazu noch misstrauisch? Dann Unterstütze uns mit Deinem Recherche-Talent! Bevor wir Artikel layouten und veröffentlichen, prüfen und korrigieren unsere Researcher die Texte unserer Autoren sowie die Links und Quellen auf Verfügbarkeit und sachliche Richtigkeit.

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an [research@free21.org](mailto:research@free21.org)

## Free21 Übersetzer/in

Free21 wird international! Unser Team übersetzt international relevante Artikel aus dem Englischen ins Deutsche und Dänische sowie umgekehrt. Bist Du in zwei der drei Sprachen zuhause und in beiden stilistisch und orthografisch sicher? Dann freuen wir uns über Deine Hilfe beim Übersetzen, bzw. Korrekturlesen.

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an [translate@free21.org](mailto:translate@free21.org)

# Free21 live: Vortrag von Dr. Daniele Ganser

im Konzerthaus Karlsruhe, 18.10.2021, 19.30 Uhr

Aufgrund der anhaltenden coronabedingten Einschränkungen müssen wir den Vortrag leider erneut verschieben. Wir bedauern die Unannehmlichkeiten und bitten um Verständnis. Bereits gekaufte Tickets behalten weiterhin ihre Gültigkeit.

**Erneut verschoben:  
Am 18.10.2021  
um 19.30 Uhr!**

Tickets unter  [www.reservix.de](http://www.reservix.de)  
oder an allen bekannten Vorverkaufsstellen!

**Ansprechpartner:** Hardy Groeneveld · **E-Mail:** [hardy.groeneveld@free21.org](mailto:hardy.groeneveld@free21.org) · **Tel.** 0176/47 31 10 04

